

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 22. September 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Vom Parteitage.

Der achtstündige Normalarbeitstag des Parteitages wurde heute vollständig der Schippel-Frage gewidmet. Die ganze Debatte verlief durchaus ruhig und sachlich. Es wurde kaum ein schärferes Wort gesagt. An keiner Stelle entstand eine erregtere Scene. Klar kam das Grundmotiv zum Ausdruck, aus dem die Parteigenossen die Erledigung dieser Frage forderten. Nicht um die Stellung Schippels zur Handelspolitik handelte es sich in erster Linie, sondern um die Frage der politischen Moral, die Festigkeit und Eindeutigkeit der Handlungen erheischt. Der Eindruck war allgemein, daß es Schippel, dem sein Abgeordnetenmandat besondere Verantwortung auferlegt, an dieser Zuverlässigkeit in bedenklicher und gefährlicher Weise habe fehlen lassen. Obwohl Schippel in seiner ersten Verteidigungsrede sich als Gegner der Agrarzölle ausdrücklich bekannt hatte, blieb auch diese Erklärung immer noch so zweifelhaft, daß verschiedene Redner, und zwar ganz begründet, an ihn die direkte Frage richteten, wie er sich zu den Agrarzöllen stelle. Schippel bekämpfte die Mehrzahl der auch von der Sozialdemokratie verwandten Argumente gegen die Agrarzölle, trotzdem kommt er zu dem gleichen Schluß, wie die Gesamtpartei: der absoluten Verwerfung. Das Proletariat, das ist die Brücke zwischen den Widersprüchen, das soll wenigstens die Brücke darstellen, kann nicht für Agrarzölle sein, weil es erstens durch sie als durch eine brutale Kopfsteuer belastet ist, und weil sie zweitens dazu dienen, die schlimmsten Feinde des Proletariats zu unterstützen. Würde Schippel diese Auffassung überall hervortreten lassen, so würde man zwar auch dann seine Ueberschätzung und relative Verteidigung der schutzzöllnerischen Verweigerungen nicht teilen, aber da zwar nicht die Motive, so doch das Ergebnis mit der allgemeinen Auffassung der Sozialdemokratie übereinstimmen würden, so wäre kein Grund zur Mißstimmung gegeben. Aber Schippels psychologisches Mäkel ist es, daß er die Lebenskraft der bürgerlich-agrarischen Zöllner, das Bollwands zwischen Industrie und Landwirtschaft liebesoll, verständnisvoll und ausführlich darstellt, dagegen das sozialdemokratische Schlussargument so eilig, flüchtig oder gar ironisch ansieht, daß der Verdacht auskommen muß, das Endergebnis sei nicht ernst gemeint, es sei nur eine spöttische Berührung. Es läßt sich allerdings ein logischer Zusammenhang zwischen der Kritik der Freihandelsargumente und der trotzdem von ihm bekämpften Verwerfung der Agrarzölle konstruieren, aber weil eben die Umdeutung so scharf und unvermittelt erfolgt, muß der Eindruck eines Sprunges entstehen, daß Schippel, der intellektuell im agrarischen Lager stehe, sich im letzten Augenblick noch zur Sozialdemokratie bekennt. Daher auch das wiederholt in der Debatte zum Ausdruck gekommene Gefühl, daß Schippel innerlich nicht mehr zu uns gehöre und nur sich noch nicht entschließen konnte, das zu bekennen. Schippels Selbstverteidigung galt im wesentlichen der Schilderung der thatsächlichen Vorgänge, die den diesmaligen Fall Schippel accumulierten. Er berief sich darauf, daß sein Vortrag im dritten Wahlkreis Berlins kein Pronunciamento gegen die Zollpolitik der Partei sein sollte, daß er wider Willen und Abicht in den Streit gedrängt worden sei. Einig war sich der Parteitag darin, daß nicht beabsichtigt werde, Schippel zum Austritt aus der Partei zu veranlassen. Aber auch eine Mandatsniederlegung wurde von der großen Mehrheit nicht für erforderlich gehalten; nur eine nicht genügend unterstützte Resolution Kagenstein, die übrigens durchaus wohlwollend begründet wurde, wollte es für die allein befriedigende Lösung erklären, daß Schippel seinen vorgeschobenen Posten in der Partei verlasse. Ebensovorneig Anknüpfung fand die andre extreme Resolution, in der sich Bernstein bedrückte über die Erklärungen Schippels äußerte und den Uebergang zur Tagesordnung beantragte. So blieben zwei Resolutionen übrig: die von Paplow, die sich mit der einfachen Mißbilligung begnügte, und die Webels, die in stärkerer Form die Mißbilligung ausdrückte. In Webels Resolution beantragten Freyhaller und Genossen ein Amendement, das Schippel eine Art Ultimatum stellte und so Webels Resolution scharfzte, andererseits aber auch Gelegenheit gab, daß der Parteitag seine Auffassung über den Grad und die Konsequenzen der Mißbilligung genauer spezifizieren konnte. Nachdem die Resolution Paplow mit großer Mehrheit abgelehnt wurde, wurde die Resolution Webel in namentlicher Abstimmung mit 24 gegen 44 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen; die Minderheit setzte sich aus drei Gruppen zusammen: denen, welchen die Resolution nicht weit genug ging, solchen, die formale Bedenken gegen Einzelheiten der Fassung hatten, endlich aus den Gegnern einer schärferen Form der Mißbilligung überhaupt. Das Amendement Freyhaller wurde schließlich mit 150 gegen 126 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. Mit der Minderheit stimmte ein großer Teil der Fraktion; mit der Mehrheit Webel, der dadurch befürwortete, daß auch seine Resolution den Sinn des Amendements einschloß. Ausdrücklich wurde noch vom Referenten im Schlusswort betont, daß auch das Amendement nicht bedeuten solle, daß Schippel zur Niederlegung seines Mandats genötigt werde. So hat nun der Parteitag den Fall Schippel glücklich überwunden, es ist einmütig festgesetzt — denn niemand hat das Verhalten Schippels gebilligt — daß es die Lebensfrage der Sozialdemokratie ist, daß die Männer ihres Vertrauens nicht von schwankender Zerrissenheit der Ueberzeugung und von zweideutiger Unsicherheit in der Aktion sein dürfen. Aber er hat auch zugleich die Hoffnung nicht aufgegeben, daß Schippel nicht der Partei verloren zu gehen braucht. Auch das war die allgemeine Empfindung, daß es nun genug sei der „Fälle“ und die Parteitage sich ganz und gar erquicklicher und fruchtbarer Arbeit hingeben können.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. September.

Gegen den Rassenhass und die Balkan-Wirtschaft.

Dem Parteitage in Bremen liegt eine durch den Königsberger Prozeß veranlaßte Resolution der Königsberger Genossen vor dieses Wortlaut:

In Erwägung:

daß das abscheuliche Willkürregiment in Rußland auf das entschiedenste im Interesse der Kultur bekämpft werden muß, daß die russischen Genossen, welche diesen Kampf unter den schwierigsten Opfern führen, der Unterstützung auch der deutschen Sozialdemokraten versichert sein dürfen;

in Erwägung:

daß die preussischen Justizbehörden denjenigen deutschen Parteigenossen, welche den russischen Genossen durch Mitwirkung bei der Verbreitung von Agitationschriften offen vor den Augen der deutschen Behörden behilflich gewesen sind, durch Erhebung einer Anklage von Geheimbündelei diese Mitwirkung zu unterbinden versucht haben,

beschließt der Parteitag:

1. es ist eine selbstverständliche Pflicht internationaler Solidarität, den russischen Parteigenossen bei der Verbreitung von Druckchriften, sofern sie nicht gegen die deutschen Gesetze verstoßen, gefällig zu sein;
2. diesen Beschluß der Staatsregierung noch ausdrücklich bekannt zu machen.

Zu dieser Resolution haben Webel und Bernstein am Mittwoch auf dem Parteitage folgenden, gegen die Balkan-Wirtschaft gerichteten Zusatz beantragt:

Des weiteren erucht der Parteitag die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, einen Gesetzentwurf einzubringen zur Schaffung eines der modernen Kultur entsprechenden Rechts der Fremden im Deutschen Reich und insbesondere zur Sicherung von Ausländern gegen die seit längerer Zeit besolgte und neuerdings verschärfte, verwerfliche Praxis der Auswandererpolizei, sie durch Nötigung zum Lösen von Fahrkarten nach bestimmten Ländern bestimmten Meedern in die Hände zu spielen und sie im Falle der Weigerung ihrem Heimatlande auszuweisen.

Der Bankrott des Panzerschiffes.

In der direkt als offizielles Organ des Marineministeriums geltenden französischen Fachzeitung „Marine-Francaise“ veröffentlicht ein Militärschriftsteller, Alfred Duquet, seit einiger Zeit Abhandlungen über die aus dem russisch-japanischen Seekrieg zu ziehenden Lehren. In einem dieser Artikel, der unter dem Titel: „Der Bankrott des Panzerschiffes“ erschien, kommt Duquet zu folgenden Ergebnissen:

Der Panzer schützt die Schiffe gegen große Geschosse nicht. Die Wirkung der großen Geschütze der Panzerschiffe und gepanzerten Kreuzer auf die Erdbatterien ist gleich Null, dagegen zwingen die großen Geschütze der Forts die gepanzerten Fahrzeuge zum sofortigen Rückzuge.

Die großen, mächtig ausgerüsteten und verteidigten Fahrzeuge sichern keineswegs die Herrschaft auf dem Meere.

Die Herrschaft auf dem Meere gehört der nicht gepanzerten Flotte, die eine solche Schnelligkeit besitzt, daß kein Panzerschiff, ob groß oder klein, sie einholen oder ihr ausweichen kann.

Jedes Panzerschiff ist schädlich oder unnütz.

In der That sind diese Urteile, in so scharfem Widerspruch sie auch zu den bisherigen marinistischen Auffassungen stehen mögen, keineswegs so absurd, wie sie auf den ersten Augenblick erscheinen mögen. Haben doch in der That die Panzerschiffe in dem russisch-japanischen Kriege nur eine geringe Rolle gespielt. Die sechs Panzerschiffe in Port Arthur haben nicht den geringsten Erfolg den Japanern gegenüber zu erzielen vermocht. Aber auch umgekehrt haben die japanischen Panzerschiffe der russischen Flotte nur relativ geringe Verluste beigebracht. Es hat sich herausgestellt, erstens, daß die moderne Panzerung, mag sie noch so stark sein, die Beschädigungen der Schiffe durch Granaten nicht verhindert. Andererseits hat sich aber auch gezeigt, daß selbst die schwersten Verletzungen durch die Riesengranaten der Panzerschiffe nicht in der Lage waren, auch nur ein leichteres Schiff zum Sinken zu bringen. Die Einrichtung, die Schiffkörper durch Schotten in eine Reihe völlig von einander getrennter wasserdichter Abteilungen zu zerlegen, verhinderte, daß selbst unter der Wasserlinie beigebrachte Lecks das Sinken des Schiffes zur Folge hatten. Nur die kolossalen Verletzungen durch Torpedos brachten die Schiffe zum Sinken. Zeigt sich aber, daß einerseits der Panzerschutz der Linienschiffe unzulänglich ist, daß andererseits aber auch die schwersten Geschütze der Linienschiffe zur Vernichtung von Schiffen nicht ausreichen, so ist damit der Wert der Panzerflotte vollständig in Frage gestellt.

Wie wir schon oben sagten, sind alle wesentlichen Erfolge des Seekrieges teils durch die Torpedoboote, teils durch die Kreuzer erzielt worden. Die drei Uhlirskol-Kreuzer haben den Japanern mehr Schaden zugefügt als alle russischen Panzerschiffe, und umgekehrt waren es auch die japanischen Kreuzer, welche die gefährlichen schnellfahrenden Kreuzer der Russen schließlich unschädlich machten. Mit einem Wort: der Wert der großen Linienschiffe, dieser kolossal teuren Riesengebäude, auf die die Seemächte so stolz waren, hat sich als ein ganz minimaler herausgestellt. Wahrscheinlich werden auch die Ansichten über den Schatz, den ein Panzer überhaupt gewährt, einer gründlichen Revision unterzogen werden müssen.

Die Sozialdemokratie hat sich immer sehr skeptisch über den Wert der Linienschiffe geäußert. Aber auch die bürgerlichen Kreise werden zu der Einsicht kommen müssen, daß, wenn sie schon einmal

das marinistische Betrüben für notwendig halten, sie doch die Vermehrung der Panzerschiffe, der sogenannten Schlachtschiffe, im marinistischen Interesse abzulehnen haben. —

Eine Ministerialkonferenz hat sich mit der Ausführung des Anstaltungsgegesetzes beschäftigt. Dabei soll auch nach einer vorausgehenden Darstellung der „Nationalliberalen Korrespondenz“ die Konkurrenz der privaten Wäterschlächter gegen die amtliche Wäterschlächterei eine Rolle gespielt haben. —

Einen harmlosen Sport haben die Alldeutschen erfunden. Sie wollen die Liebesgaben, die den Soldaten nach Südwest-Afrika geschickt werden sollen, mit Berächen versehen, durch die den Soldaten die Liebesgaben schmackhafter gemacht und zugleich verschiedene patriotische Zwecke erreicht werden sollen, als: Hofonialbegeisterung, Herovernichtung, Sozialistenvernichtung, Biß- und Beverleinvernichtung und was sonst ein alldeutsches Herz noch erfreuen mag. Die Liebesgabenpender werden zu heftiger dichterischer Anstrengung in patriotischer Pfefferkuchenpoesie aufgefordert. Dem Sammelaufruf werden einige anregende Muster beigegeben. J. D.: „Trotz Biße, Waudjinn, Beverlein, haut Deutschlands Feinde kurz und klein!“

„Wenn Keise kriegt der Herero, schmerzt es Herrn Webel — fragt nicht wo!“

„So wahr die Heimat Dich nimmer vergißt, Gedanke, daß Du ein Deutscher bist!“

Wir vermischen in diesen billigen Späßen einige Hinweise auf den Zusammenhang zwischen dem christlichen Weihnachtseste und der kapitalistischen Ausraubung armer Reges.

Herr Ränd-Herber, der durch den Beleidigungsprozeß mit seinen Verwandten heillos hohgestellte Reichstags-Abgeordnete für Hof, läßt die Meldung, er werde sein Mandat niederlegen, als Erfindung bezeichnen. Er wird sein Mandat in alten Ehren weiterführen. —

Germanisierung. Inotwrazlat, die alte polnische Stadt, wird in Zukunft Pohlenzla heißen. So beschloffen die Stadtverordneten auf Antrag des Magistrats gegen die Stimmen der polnischen Mitglieder. —

Ein schenkliger „Stellvertreter Gottes“ ist der Unteroffizier Warschau von der 7. Kompanie des badischen Fuß-Artillerie-Regiments Nr. 14, ein junger Mann von 24 Jahren.

Nicht bloß, daß er sich zahllose Schimpereien, Prügeleien und Schandereien der Rekruten durch raffinirte Straßungen zu Schulden kommen ließ, zwang er die Leute auch zu allerhand elektrisierenden Handlungen. Dem Kanonier Grimm war es beim Getwehreinigen passiert, das Pfätschen mit Gewehröl unzufällig. Warschau stellte das Verlangen an ihn, das schmutzige Öl, das nach Petroleum roch und schmeckte, aufzulucken. Als Grimm diesem Befehle nicht nachkam, traktierte er ihn mit Schlägen, bis der Rekrut in seiner Bedrängnis das Öl aufleckte und hinunterluckte. Nach dem Genuß wurde er krank. Derselbe Mann mußte eines Tages den Rest seines schmutzigen Wackwassers austrinken. Ein anderer mußte den Spudnapp auslecken. Einen Mann forderte Warschau auf, dem Kofelneimer einen Heringsskopf zu entnehmen und ihn zu essen. Der arme Teufel mochte nicht; da nahm Warschau den Heringsskopf, drückte ihm dem Mann in den Mund und zwang ihn, den Heringsskopf zu kauen und hinunterzuschlucken! Die Behandlung der Rekruten seitens ihres Korporalitätsführers Warschau erstreckte sich ferner auf die Jagnpflege. Mit einer alten Zahnbürste, die zum Getwehreinigen benutzt wurde, fuhr Warschau einem Mann in den Mund und säuberte die „Drottschubade“.

Der vietnische Kerl wurde vom Gouvernementsgericht in Strahburg zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und Degradation verurteilt. —

Strecken der südwestafrikanischen Operationen.

General v. Trotha meldet unter dem 14. September aus Oparalane: Die Meldungen über die Abzugsrichtung des Heindes gehen auseinander. Der Abzug nach Südosten ist anscheinend im Stocken. Der Zusammenhang der Kapitane soll sich nach Aussage von Gefangenen lodern. Dies ist keineswegs erwiesen. Gleichfalls nach Aussagen von Gefangenen befinden sich Salatiel und Tzeto noch in der Gegend von Ojofondjou und Samuel Maharero sowie Michael waren am 1. (?) September noch bei Ojime. Deimling mit Wahlen bei Epukiro-Ballfontein, mit Meiser heute Sanduwe, Storr bei Sturmsfeld, später Clarupolo, Vollmann bei Owinana-Nawa. Reichenstein sperrt die Linie Ojimbine bis Ojofondjou. Aufrüstung längs des Epukiroflusses, ferner auf Klein-Olabandja—Epata—Ojofondjou und nördlich. Fiedler zum Eingreifen von Waterberg bereit. Die Abteilungen müssen unbedingt ihre Verpflegung ergäßen, deren Nachführung bei dem schnellen Abzug des Heindes, dem raschen Folgen unserer Truppen und den zu durchschreitenden Durchstreifen überaus schwierig ist. Die Signolverbündung durch das flache Terrain ist so unzulänglich, daher sind die Meldungen nach rückwärts erschwert und nur durch Offizierspatrouillen zu bewerkstelligen. —

Husland.

Franzreich.

Die Einigung der französischen Partei war Gegenstand der Verhandlungen innerhalb der sozialistischen Föderation der Seine (Zanrosisten). Zu einem Abschluß wurde die Diskussion nicht gebracht, sondern die Abstimmung wurde vertagt; die Ausführung einiger Redner war jedoch bemerkenswert genug, um hier wiedergegeben zu werden. Gaudrilli, der zuerst das Wort nahm, spricht sich für die Einigung aus; man müsse Disziplin zeigen und Mittel und Wege suchen, um die Einigung herbeizuführen. Die Hindernisse sieht er in der Taktik, welche die Majorität der parlamentarischen Gruppe befolgt und in der ständigen Mitarbeit an der Politik des bürgerlichen Ministeriums. Aber auch die guesdistische Partei müsse Konzessionen machen. Drey dagegen tritt für die Weiterbefolgung der jetzigen Taktik ein. Er erinnert daran, daß

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltene Anzeigenzeile über deren Raum 40 Pfg., für vollständige und gewerkschaftliche Vereins- und Berammlungs-Anzeigen 35 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 6 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die parlamentarische Gruppe auf Anweisung des Inter-
föderalen Komitees mit den republikanischen Gruppen in Verbindung
getreten sei. Er ist überzeugt, dass, wenn der Vloed befeitigt wird,
weim die sozialistischen Deputierten diesen verlassen, das Ministerium
fallen wird; damit würden alle Gesetze, welche das Proletariat mit
ebenso großer Ungeduld erwartete wie die Einigkeit, auf den
St. Nimmerleinstag verschoben. Jegou wünscht die Einigkeit so-
bald wie möglich herbeigeführt. Der Nationalrat müsse die Depu-
tierten auffordern, die Verbindung mit dem Vloed zu lösen. Man müsse sich den Beschlüssen der inter-
nationalen Kongresse unterwerfen; das hindere
nicht, daß man jedesmal, wenn die Republik in Gefahr
sei, diese verteidige. Nach dem Versuche ministerieller
Politik müsse man zur Politik des Klassen-
kampfes zurückkehren und sich ohne Hintergedanken der
Dresdener Resolution unterwerfen. Longuet beäpft die
Argumente Dreyß, namentlich die Auffassung, daß das
Ministerium fallen werde, wenn die sozialistischen Deputierten den
Vloed verlassen. Er habe nicht den Wunsch, den Fall des jetzigen
Ministeriums herbeizuführen, wenn die Sozialisten außerhalb des
Vloed sind. Auf alle Fälle müsse man mit dem politischen System
der Zusammenarbeit brechen, bei welchem die sozialistische
Partei alles gäbe, aber nichts empfangt. Das
parlamentarische Milieu und die permanente Mit-
arbeit an bürgerlichem Vloed schwäche das Klassen-
bewußtsein der Deputierten. Die Entscheidung über die
vorliegenden Resolutionen wurde, wie schon erwähnt, vertagt.

Rußland.

Von der russischen Grenze wird uns geschrieben: Die näheren
Nachrichten über die Judenkränze in Sosnowice, der russischen
Grenzstadt, bestätigen die Ansicht, daß die russische Polizei nichts
gethan hat, um die Unruhen einzudämmen.

In diesen Tagen war der stellvertretende Gouverneur aus
Petritan an Zhatort. Die Vertreter der jüdischen Gemeinde wurden
vorstellig und klagten über die Unthätigkeit der Polizei. Da warf
der Landrat des Kreises Danitzul ein: Ja, warum haben Sie
mich nicht benachrichtigt? Ein Vertreter entgegnete: Ich habe
Ihnen doch am Tage des Kränkens selbst gegen 6 Uhr telephoniert
und um Hilfe gebeten! Der Landrat: Ja, ich muß aber eine
offizielle Meldung von der Polizei haben, um einzugreifen. Die Juden
wandten sich auch an das benachbarte Kosulenkommendo mit der
Bitte um Hilfe. Da wurde ihnen erwidert, sie würden nur kommen,
wenn die Kosten hierfür im Voraus bezahlt werden würden. In
Sosnowice wurde eine Jüdin mit Messern bearbeitet. In demselben
Dauke wohnt ein Polizeiwachmeister. Als man ihn um Hilfe bat,
erwiderte er, er könne nur dann eingreifen, wenn er den kategorischen
Befehl von seiner Behörde habe. — Der Landrat Danitzul ist im
ganzen Grenzrevier als ein überaus beständiger Beamter bekannt.
Er ist auch derselbe, der im Jahre 1897 an der Ermordung
einiger streikenden Gütenleute in Guta Panfowa teilgenommen
hat.

Parteitag

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Schluß aus der 1. Beschl.)

Kautsky:

Ich habe mich nur zum Wort gemeldet, weil mein Ton gegen-
über Schippel bemängelt worden und gesagt worden ist, wenn man
schon den Ton verurteilen wolle, so müsse man auch den von Parvus,
mir u. a. verurteilen. Wäre dieser Passus in der Beschlüssen Reso-
lution so aufzuheben, daß Schippel wegen des Tones getadelt
werden soll, den er gegen einzelne von uns angeschlagen hat, dann
würde ich allerdings auch dafür sein, daß dieser Passus gestrichen
wird. Ich meine, die Art und Weise, wie wir unsere Redden aus-
sprechen, überläßt man uns am besten; jeder von uns ist Mannes
genug, sich seiner Haut zu wehren und sich persönlich habe nie zu
beugen gehört, die werbleidig den Ton beklagen, in
dem sie angegriffen werden. Ich fasse den Passus aber
anders auf. Nicht der Ton Schippels gegen einzelne seiner
Kritiker soll getadelt werden, sondern der Ton, den er gegen die
Masse der Parteigenossen angeschlagen hat, und das ist etwas
ganz anderes. Dieser Ton Schippels steht in Widerspruch mit
allen Parteitraditionen. In Dresden sind gewiß viele harte Worte
gefallen, aber daß dort jemand mit Geringschätzung von der Partei
gesprochen hätte, ist mir nicht bekannt. Obenwiegend kann das von
einem der Kritiker Schippels behauptet werden. Schippel aber schreibt
z. B. in einem seiner Artikel in der Chemnitzer „Volkstimme“, den Um-
stand, daß er vielfach für einen Agrarschutzpöbler gehalten wird. Wäre er
nur dadurch erklären, daß die Genossen in den Redaktionen überhaupt
nur kurze Artikel, aber keine Bücher lesen, so daß sie sich über Dinge
entäußerten, von denen sie nichts verstehen. Aber darauf komme es
gar nicht an, wenn man sich nur überhaupt entschle: das sei immer
ein Beweis von Parteifeindschaft und Bestimmungslosigkeit. Hier werden
nicht einzelne Genossen kritisiert; nein, die ganze Partei wird als
eine Herde hingestellt, in der Entrüstung verlangt wird über Dinge,
von denen man nichts versteht. Dieser kann man die Partei nicht
einschähen. Selbst die Anhängigen unter unseren Gegnern haben uns
derartiges nie nachgesagt.

So viel über den Ton. Da ich einmal das Wort habe, will
ich auch noch einige Worte über die Sache verlieren. Das ist aller-
dings nicht leicht, denn wenn man Schippel pöden will, so weiß
man nicht, wo man pöden soll. Seine heutige Rede war
sachlich genau so inhaltslos wie die 47 Spalten,
die er in der Chemnitzer „Volkstimme“ geschrieben
hat. Es handelt sich um die Agrarzölle. Das ist die Grundfrage,
die uns erregt und über die Schippel sich äußern soll. Wenn ich
mich aber recht erinnere, hat Schippel in seiner ganzen heutigen
Rede das Wort Agrarzölle überhaupt nicht in den Mund genommen
oder, wenn er es that, so ist er jedenfalls nicht darauf eingegangen.
Er meint vielleicht, seine Erklärung, es sei ihm nicht im Traume
eingefallen, Agrarschutzpöbler zu sein, genüge. Nein, das genügt
nicht. Zu einer kurzen Erklärung kann auch ein Papagei abgerichtet
werden. Dazu braucht man keinen Reichstagsabgeordneten. Ein
Reichstagsabgeordneter muß nicht nur erklären: Das ist mein
Standpunkt, sondern diesen Standpunkt auch begründen und auch
richtig begründen. Wir sind eine Partei der Propaganda und sind
verloren von dem Augenblick an, wo wir nicht Gründe anführen
können für unseren Standpunkt. Aus Rücksichten der Propaganda
haben wir uns gegen Schippel erhoben und verlangt, daß er sich
äußert. Nun hat er gesagt: Er habe seine eigene Meinung über-
haupt nicht geäußert; seine „Grundzüge“ seien nur ein
historischer Abriss der Entwicklung der handelspolitischen
Strömungen. Da ist es allerdings merkwürdig, daß der Social-
demokrat Schippel in seiner Schilderung des Ideenganges in der
Entwicklung der Handelspolitik gerade dort abbricht, wo er auf die
Handelspolitik seiner eigenen Partei zu sprechen kommt. (Sehr gut!)
Man sollte meinen, daß das auch noch ein Teil der Geschichte der
Handelspolitik ist, und für die Socialdemokratie sogar der wichtigste
Teil. Darüber hat Schippel kein Wort gesagt. Weiter ist es auch
nicht einmal richtig, daß seine „Grundzüge“ bloß ein historisches
Buch sind, nein, das Buch enthält neben einer Darstellung von
Gründen auch statistisches Material, und dies statistische Material
spricht einzig und allein zu Gunsten der Agrarzölle. (Sehr richtig!)
In dem Vortrag, der die Grundlage der ganzen Diskussion bildet,
hat Schippel dann dasselbe ausgeführt wie in seinem Buch und
auch in den 47 Spalten der Chemnitzer „Volkstimme“, wo man doch
annehmen darf, daß er endlich mal seine eigenen Gedanken ausdrückt,
daß er sich nicht bloß als Phonograph gefühlt hat, in den man
eine agrarische Walze hineinrollt, sondern als Mensch
mit eigenen Gedanken und eigenen Sinnen, auch da hat er
Material angeführt, das mit Naturnotwendigkeit für Agrarzölle
spricht, und zwar ganz in der Weise wie in seinen „Grundzügen“.
Er hat da z. B. den Satz ausgesprochen, daß „diese modernen Agrar-

zölle mit Mühe und Not, mit Geld und Ansehen aufrechtzuerhalten, was in
Mittelamerika schon lange war und was schon längst zusammen-
gebrochen und nicht mehr sein würde, wenn gar nichts seitens der
mitteleuropäischen Staaten geschehen wäre.“ Wenn dieser Satz
richtig ist, dann ist das eine Verurteilung der Haltung
der Fraction in der Zollfrage. (Sehr richtig!) Wenn durch unsere
Gegnerschaft gegen Agrarzölle die Landwirtschaft zusammengebrochen
wäre, wenn wir schuld wären an dem Zusammenbruch der Land-
wirtschaft, ja, eine stärkere Anklage gegen die Social-
demokratie könnte man sich gar nicht vorstellen.
Nebenbei bemerkt ist es gar nicht wahr, daß Agrarzölle, bloß die
Agrarzölle den Zusammenbruch der Landwirtschaft verhindern haben.
Es giebt in Europa Länder, die keine Agrarzölle haben, England,
Dänemark, Dänemark, und zu den Ländern, deren Landwirtschaft heute
noch am blühendsten ist, gehören gerade diese beiden letztgenannten
freihändlerischen Staaten.

Es ist nicht richtig, daß nur die Agrarzölle den Zusammenbruch
der Landwirtschaft verhindern haben. Gerade das Gegenteil ist der
Fall. Schärfer als in Dänemark und Holland muß allerdings die
Landwirtschaft in England kämpfen, weil sie den Anprall der über-
flüssigen Produkte am ersten auszuhalten hatte. Aber die englische
Landwirtschaft ist nicht zu Grunde gegangen. Es trat nur eine
Krisis ein, die heute überwunden ist. Die heutige englische Land-
wirtschaft steht mindestens so gut da wie die deutsche, trotzdem diese
durch Zölle geschützt ist. Die englische Landwirtschaft hat nur
eine Änderung durchgemacht. Der Rückgang ist eingetreten
in Bezug auf den Körnerbau, und die Viehzucht ist in
den Vordergrund getreten. Außerdem sind die Pachtzinsen
herunter gegangen. Die Großgrundbesitzer können heute aus
dem englischen Vloed nicht mehr soviel herausziehen wie früher.
Das ist die Not der Landwirtschaft in England, daß die Groß-
grundbesitzer heute nicht mehr so wie früher auf Kosten der Arbeiter
schwächen können. Das ist nicht etwas, worüber wir uns zu freuen
haben, sondern was wir mit Freuden begrüßen. (Sehr richtig!) Wir
würden uns freuen, wenn in Deutschland dasselbe eintrete. (Sehr
wahr!) Und wann war denn in Deutschland die Not der Landwirt-
schaft am größten? — Gerade als die Agrarzölle am höchsten
waren. Seit der Caprivischen Zollreform, seitdem die Zölle etwas
ernüchert sind, hat sich die Landwirtschaft wieder etwas gehoben.

Auch da finden wir wieder, daß der Zoll durchaus nicht zum
Gedeihen der Landwirtschaft notwendig ist. Im Gegenteil; daß in
einer Zeit, wo die Agrarzölle herabgesetzt werden, die Landwirtschaft
in die Höhe geht, ist kein Zufall. In jedem Zeitalter giebt es einen
bestimmten Produktionszweig, der den Charakter der Gesellschaft be-
stimmt. Heute ist es nicht die Landwirtschaft, sondern
die Industrie. Von dem Gedeihen der Industrie hängt
das Gedeihen der ganzen Gesellschaft ab. Wo die Industrie
zurückgeht, geht auch die Landwirtschaft zurück. Die Agrar-
zölle sind aber eines der mächtigsten Mittel zur Ent-
wicklung der Industrie. Sie hemmen infolgedessen die Entwicklung
der Landwirtschaft und wirken also gegen die Landwirtschaft. Wir
müssen sie bekämpfen nicht nur vom Konventionenstandpunkt aus.
Wäre aber der Standpunkt Schippels richtig, müßten wir für
Agrarzölle eintreten, und so hätte sich die Partei
eine große Verurteilung zu Schulden kommen
lassen durch ihren Kampf gegen die Agrarzölle.
Es ist nicht richtig, daß es sich nur um wissenschaftliche Spekulationen
Schippels handelt. Schippel als Mann der Wissenschaft kommt hier
nicht in Frage. Hätte Schippel bloß sein Buch geschrieben als Mann
der Wissenschaft, wir würden ihn laufen lassen. Aber er ist ebenso
socialistischer Abgeordneter und beeinflusst die
Propaganda unserer Partei. Und weil er Gesichtspunkte
entwickelt, die, wenn sie angenommen würden, unsere Partei voll-
ständig auf falsche Bahnen leiten müßten, die, auch wenn sie nicht an-
genommen, aber von den Gegnern kolportiert werden, die Partei
auf so schwere Schäden müßten, deshalb müßten wir
gegen ihn aufstehen und keinen Zweifel lassen, wie wir über ihn
denken. Aber so unangenehm auch die ganze Frage ist, mit der wir uns
heute zu beschäftigen haben, ich hoffe, daß sie wenigstens ein persönliches
Moment gereizt hat. Es war sehr erfreulich zu sehen, daß, wie
verschieden auch die Ansichten der Redner sind, doch nur eine einzige
Stimme darüber herrschte, daß seine Anklage, daß der Agrarzoll
in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft notwendig ist, einmütig
zurückgewiesen ist. Unsere Gegner haben gehofft, daß Schippel
einen neuen Keil zwischen uns reiben, daß er ein neues
Werkzeug sein würde, um Uneinigkeit in die Partei zu bringen.
Wir haben ja in den letzten Jahren schwere Differenzen gehabt.
Aber nun sehen wir, daß in der praktischen Frage, die uns be-
schäftigt, in der wir die wichtigsten Kämpfe auszufechten haben,
die Einigkeit größer ist als jemals. Und gerade der Fall Schippel
hat dazu beigetragen, daß diese Einigkeit zu Tage tritt.
Schippel selbst hat sich vor dem einmütigen Edikt gebeugt
und sich als reumütiger Sünder bekannt. Er sagt: Ich
kenne zwar eure Gründe nicht, aber ich bin mit Euch gegen den
Agrarzoll. Diese Einmütigkeit bürgt dafür, daß wir auf dem Gebiete
der Handelspolitik nach wie vor die Führung haben und nach wie
vor neue Siege erringen werden. (Lebhafter Beifall.)

Eingegangen ist ein Vegrüßungs schreiben der Genossen von
Dresden-Mühlstadt.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Am 3 Uhr 10 Min. eröffnet der Vorsitzende Ebert die Sitzung.

Kautsky beantragt folgende Resolution:

„Der Parteitag erklärt den vom Genossen Schippel in der
Frage der Zoll- und Handelspolitik eingenommenen Standpunkt
unvereinbar mit der handelspolitischen Grundverfassung der
Partei. Er ist weit entfernt von jeder Beschränkung der freien
Meinung und Meinungsführung innerhalb der Partei, erklärt
jedoch die Stellung eines Abgeordneten, der in wichtigen Grund-
fragen der praktischen Politik zu der grundsätzlichen Auffassung der
Gesamtpartei in scharfem Widerspruch steht, für politisch und
moralisch unhaltbar und fordert den Genossen
Schippel zur Niederlegung seines Reichstags-
Mandats auf.“

Diese Resolution findet nicht die nötige Unter-
stützung.

Stäulen-Altenburg: Schippel behauptet, daß die ganze Be-
wegung gegen ihn von einzelnen Hebern und Stänkern angehe.
Es ist allerdings richtig, daß man in Sachen sich öffentlich mit der
Sache wenig beschäftigt hat. Es sind dort eben die Fragen
der Zollpolitik noch nicht eingehend erörtert
worden. Daß die Chemnitzer Genossen Schippel ein Vertrauens-
votum ausgesprochen haben, ist ganz natürlich. Aber daraus darf
nicht etwa geschlossen werden, daß die Chemnitzer die Seiten-
sprünge Schippels billigten. Die Chemnitzer Genossen haben
den Genossen Schippel ebenso mißverstanden, wie die ganze Partei.
Sie waren bis zu dem Schlußartikel Schippels der Ansicht,
Schippel sei allerdings Agrarzöllner. Ich habe in
der Polemik den Boden der Sachlichkeit nie verlassen. Aber die
Methode Schippels muß verurteilt werden. Hätte Schippel in der
Fraction erklärt, daß er kein Agrarzöllner sei, oder hätte er diese
Erklärung an den Schluß seiner 47 Spalten gestellt, so hätte die
Affäre nicht diesen Anfang genommen. Schippel sollte doch der
letzte sein, der sich über Aufhängen beklagt. Wer so in
den Wald hineinruft, darf sich nicht wundern, wenn es
entsprechend wieder heraufschallt. Die Anklage Schippels, daß
sein Vortrag nur für einen kleinen Kreis bestimmt gewesen sei,
sieht sehr nach einer Moral mit doppeltem Boden
aus: ein Standpunkt für einen kleinen Kreis, eine Schablone für
die große Masse. Für die Agrarzölle wird die Partei nie zu haben
sein. Die Frage der Industriezölle liegt ja etwas anders. Den
Eisenzoll zum Beispiel spürt der Arbeiter wenig, der Eisenzoll
ist aber eine Stütze des kapitalistischen Systems und deshalb
müssen wir ihn ablehnen. Ueber den Standpunkt Schippels
sind wir noch immer nicht klar. Statt den Agrariern Argumente
zu liefern, hätte er lieber diese Argumente widerlegen sollen.
Ich bitte das Amendement Freythalers anzu-
nehmen. Es bedeutet keinen Ausschluß Schippels aus der Partei,

sondern wir schieben damit einen Niegel vor, daß Schippel weiterhin
unter dem Mantel der Meinungsfreiheit Uneinigkeit in die Partei
bringt.

Langer-Oemnitz: Es ist behauptet worden, das Vertrauensvotum,
das die Chemnitzer Genossen Schippel ausstreckten, sei von Schippel
selbst abgelehnt worden. Allerdings haben wir vor der ersten
Versammlung Schippel beantragt, eine Resolution zu formulieren.
(Hört! hört!) Das that Schippel. Sein Vorschlag wurde
aber dann nach allen Richtungen erwoogen und schließlich in
wesentlich anderer Form angenommen; in der Versammlung
am 31. August dagegen war Schippel an der dort angenommenen
Resolution absolet nicht beteiligt. Wenn Sie die Resolution Bebel's
mit dem dazu gestellten Amendement annehmen, so wird in Zukunft
jeder Genosse, der auf wissenschaftlichem Gebiete thätig ist, sich
hüten müssen, neue Gedanken auszusprechen. (Rufe: O nein!)
Jawohl, er wird sich schließlich hüten müssen, Ansichten auszusprechen,
die der Mehrheit nicht gefallen. Ich bitte Sie, im Interesse unserer
Partei und unseres Wahlkreises davon Abstand zu nehmen, die Reso-
lution Bebel's oder irgend eine andre anzunehmen. Ich bitte Sie,
zur Tagesordnung überzugehen.

Cunow: Es handelt sich nicht um die Frage Freihandel oder Schutz-
zoll, sondern um das Verhalten Schippels. Schippel meint, wir
würden die ganze Debatte nicht gehabt haben, wenn der „Vorm.“ nicht das
Referat über den Vortrag im 3. Berliner Wahlkreise gebräut hätte.
Ich glaube, daß dadurch wenig geändert wäre. Das Mißtrauen gegen
Schippel besteht schon lange Zeit, mindestens schon seit dem Dresdener
Parteitage. Der Vortrag war mir gewissermaßen der letzte Tropfen,
der das Maß zum Überlaufen brachte. Die Wirkung des Referats
hätte Schippel einfach beschränken können, wenn er es sofort berichtigt
und mitgeteilt hätte, was er in Wahrheit gesagt hat. Statt
dessen schwieg er sich vollständig aus. Erst
nach einigen Tagen kam eine Verächtigung. Diese ließ
aber im Unklaren, welches denn seine Auffassung sei.
Warum hat er nicht damals in einer oder anderthalb Spalten seinen
Standpunkt dargelegt? Nachdem er die Verächtigung veröffentlicht
hat, schwieg er mehrere Monate, bis die Fraction ihre Resolution
beschloß. Auch dann zögerte er noch. Als er sich aber daran machte,
zu antworten, hat er wieder nicht einen kurzen Artikel geschrieben.
Da kamen zunächst in über 40 Spalten alle möglichen Erörterungen,
und dann erst folgte zum Schluß die bekannte Ausrede: Es ist mir
nicht im Traum eingefallen, Agrarschutzpöbler zu sein. Parvus hatte
er monatelang Artikel über Artikel geschrieben zum Gaudium aller Gegner,
ließ sich aber durch den Spott der Gegner nicht irritieren, sondern fuhr
fort, immer weiteres Material gegen die Partei anzusammeln. v. Elm
sagte, der Bericht habe vor der Drucklegung Schippel vorgelegt
werden müssen. Das ist aus journalistischen Gründen unmöglich.
Wir haben in Berlin und den Vororten manchmal an einem Abend
15 bis 20 Versammlungen. Wenn wir da alle Referate allen
Rednern erst vorlegen wollten, würden wir manchen Bericht erst
nach 8 bis 14 Tagen bringen können.

Antritt: Schippel hat heute morgen gesagt, es müsse ein Ende
gemacht werden. Das unterschreibe ich voll und ganz und hätte nur
gewünscht, daß Schippel zu dieser Ansicht schon vor Jahren gelangt
wäre, dann hätte er der Partei viel Schmerz und Verdruß erspart.
Ich selbst, der ich mit Schippel jahrelang freundschaftlich verkehrt
und von ihm gelernt habe, bin durch sein Verhalten zu der Ansicht
gekommen, daß Schippel innerlich mit den Grund-
anschauungen der Partei seit langer Zeit gebrochen
hat, und daß er nur nicht den Mut hat, dies öffentlich auszusprechen.
Diese ungeladene Offenheit ist nach meiner Auffassung der einzige
Grund für die Zweideutigkeit Schippels. Wäre das nicht der Fall,
so hätte Schippel sein Buch nicht geschrieben. Schippel weiß, daß
ich das Buch mehrmals gelesen und mich mit ihm wiederholt darüber
unterhalten habe. Schippel hätte ferner sein Verhalten im Reichs-
tage während der Zollkämpfe anders einrichten müssen. Schippel
ist es, der den Gegnern das Scheinargument geliefert
hat, man dürfe die Zollfrage nicht betrachten vom
Standpunkt der Arbeiter als Konsumenten allein,
sondern man müsse sie wesentlich vom Standpunkt
der Arbeiter als Produzenten betrachten. Graf
Kosobrodsky und der lange Köller haben dieses Argument begierig
aufgegriffen. Während von uns im Reichstage der Kampf bis zur
Erschöpfung geführt wurde, sah Schippel ruhig und gelassen in
seinem Sessel und lachte sich ins Häußchen. Er hatte seine Hand
gerührt und uns in keiner Weise geholfen. Ich habe wiederholt
nach meinen Reden zu Schippel gesagt: jetzt müßten Sie gegen
mich sprechen, er hat dafür nur ein ruhiges Lächeln gehabt.
Ich kann hier auf das Scheinargument nicht eingehen. Wer sich
dafür interessiert, findet in meinen Reichstagsreden Material genug.
Ich selbst habe ja oft tagelang geredet, wo ich
lediglich die ganze Frage vom Standpunkt der Arbeiter
als Produzenten behandelt habe. v. Elm sagt, man hätte die An-
klage gegen Schippel früher erheben müssen. Ganz recht! Und
ich habe gleich nach dem Erscheinen des Buches mit verschiedenen
Genossen darüber gesprochen, es man Schippel nicht zwingen müsse,
seinen Standpunkt klar darzulegen, damit er uns nicht immer wieder
entgegengehalten werden könne. Stadhagen war da immer derjenige,
der als Antwort immer die bekannten letzten Sätze aus dem Buche
Schippels vorlas. Ich muß sagen, mich überließ es immer heiß und
süß, wenn dies Argument vorgebracht wurde. Da habe ich mich dann
auf die Hosen gelehrt, subiert und immer wieder subiert, um diese
Frage von Schippels Produzentenstandpunkt zu untersuchen.
Jawohl, Schippel dabei mit mir einverstanden war, weiß ich nicht.
Dem Wunsche Schippels, zu Ende zu kommen, werden wir, glaube
ich, am besten entsprechen durch Annahme der Resolution
Bebel's mit dem Amendement Freythalers. Damit
würden wir Schippel nicht ausschließen, sondern nur den Gesamt-
willen der Partei zum Ausdruck bringen, daß wir von einem
Abgeordneten verlangen, daß er nicht der Partei fortwährend
Verlegenheiten bereitet. Ich pflege auf die Worte der
Gegner wenig zu geben. Aber ich habe eine Aeußerung
Nichters im Gedächtnis, dessen Zeitung die Meinung aus-
spricht, kein Gegner habe die Partei schlimmer
verhöhnen können, als Schippel, und daß, wenn
die Partei sich das gefallen lasse, beide einander wert
seien. Ich hoffe, wenn Schippel die Hand aufs Herz legt und sich
noch einmal prüft, wird er sich selbst danken, daß wir ihn durch
Annahme der Resolution Bebel's endlich aus dieser Affäre befreien.

Frau Bleck-Hamburg: Schippel hat heute morgen ver-
langt, daß der Parteitag Klipp und Klar Stellung
nimmt. Wenn wir die Resolution Bebel's mit dem Amendement
Freythalers annehmen, dann haben wir Klipp und Klar
gesagt, was wir wünschen. Ich möchte Sie deshalb
bitten, der Aufforderung Schippels dadurch Rechnung zu tragen,
daß Sie die Resolution mit dem Amendement annehmen.
In der Resolution ist klar ausgesprochen, was wir an der Haltung
Schippels kritisieren, und in dem Amendement ist deutlich gesagt,
welche Konsequenzen er zu ziehen hat, wenn er fortfährt, so zu
handeln wie bisher. Es ist heute morgen nachgewiesen,
in welcher Weise Schippel Zweideutigkeiten ausgesprochen, in
welcher Weise er Unklarheiten in die Pflaßen getragen hat.
Besonders hat Bebel eine Stelle aus Schippels Artikel eitiert, daß
der Bund zwischen Industrie und Landwirtschaft in
Mittelamerika eine Notwendigkeit für die bürger-
liche Gesellschaft sei und ein Produkt enormer Lebenskraft
darstelle. v. Elm hat gemeint, Schippel stelle damit den Stand-
punkt der bürgerlichen Parteien dar: ebensooft wie das Mißtrauen
notwendig für die bürgerlichen Parteien sei, sei auch dieser Bund
zwischen Industrie und Landwirtschaft eine Notwendigkeit. Aber
nach meiner Ansicht hat v. Elm außerordentlich daneben gehauen.
Er hat zwei Dinge verglichen, die gar nicht mit einander zu ver-
gleichen sind. Die Forderung hoher Industrie- und vor allem hoher
Agrarzölle wird nur erhoben im Interesse einer kleinen Clique von
Leuten, die auch politisch unsere allergrößten Gegner sind (sehr richtig!),
nicht im Interesse der allgemeinen bürgerlichen Gesellschaft. Wenn
die Bourgeoisie sagt, wir haben das Mißtrauen nötig, und wir dann
erklären, wir wollen das Mißtrauen nicht befeitigt wissen, sondern nur
das Mißtrauen an seine Stelle setzen, so ist das etwas anderes, als

wenn wir solche Besetzung dessen fordern, was nur einer kleinen Clique zu gute kommt, die dadurch ihre politische Macht stärkt und die Reaktion unterstützt. (Sehr richtig!) Es ist mit Recht betont worden, daß Schippel alle diejenigen Gründe zusammengetragen hat, welche die Haltung der Agrarjöllner rechtfertigen. (Sehr wahr!) Es ist mit Recht betont worden, wenn er als Sozialdemokrat handeln wollte, hätte er mit derselben Ausführlichkeit unsere Argumente zusammengetragen und sagen müssen: Das ist unser Standpunkt! (Sehr wahr!) Nun sagt Schippel: Ihr haut auf mein Buch los, aber im Schlußsatz meines Buches ist auch unser Standpunkt dargelegt. Angenommen, das wäre Thatsache, so hätte ich doch eines nicht zu verzeihen. Wenn Schippel sagt: Das ist der Standpunkt, den wir als Partei vertreten, und wenn er vorher in seinem Buche diesen Standpunkt fortwährend verhöhnt hat, so hat er damit gesagt: Dieser Standpunkt, den ich am Schluß wiedergebe, ist ein wichtiger. (Sehr gut!) Außerdem sagt Schippel, unmittelbar bevor er am Schluß seines Buches den Konsumentenstandpunkt darlegt: „Erst seit den Agrarjöllnern ist der reine Konsumentenstandpunkt wieder zum vollen Siege gelangt“. Und dann kommt das, was nach Schippels Ansicht der Konsumentenstandpunkt ist, dann kommt das, was hauptsächlich unser Partei standpunkt ist. Sogar aber hat Schippel in seinem ganzen Buche diesen Konsumentenstandpunkt heruntergerissen und verhöhnt. (Sehr richtig!) Er sagt u. a.: Entschieden sich die Arbeiterklasse eines Landes für den Freihandel, so wird ihre Stellung nur dann richtig sein, wenn sie erfolgt im Hinblick auf die Produktion und den Arbeitsmarkt, nicht aber in oberflächlicher Konsumentenschwärmerei für einen niedrigen Preisstand. Am Schluß sagt er dann den Konsumentenstandpunkt in wenigen Sätzen zusammen. Entweder ist das Schippels Standpunkt nicht, und er sagt ja auch nirgends, daß es sein Standpunkt ist, oder aber, wenn es sein Standpunkt wäre, hätte er es klipp und klar sagen müssen und vorher nicht diesen Pöhn und Spott ausschütten dürfen. Denn damit hätte er dann sich selbst verhöhnt. Können das gestern gemeint, es ist nur ein außerordentliches Hindernis für unsere Agitation, wenn unsere Gegner uns vorwerfen, daß wir durch unsere Haltung zu den sozialpolitischen Gesetzen das Interesse der Arbeiterschaft schädigen. Nach meiner Meinung hat uns diese ablehnende Haltung gegenüber den Gesetzen zuwider, die nicht einmal unsere minimalsten Forderungen entsprechen, noch niemals geschädigt. Wir haben, wenn unsere Gegner uns das vorhalten, Gelegenheit bekommen, die Massen aufzuklären und ihnen zu sagen: Seht mal, das haben wir gewollt. Aber daselbe Bürger tum, das uns jetzt Vorwürfe macht, hat es verhindert, daß unsere weitergehenden Forderungen erfüllt sind. (Sehr richtig!) Aber etwas ganz anders ist es, wenn wir uns im Kampf mit unsern schlimmsten politischen Gegnern, den preussischen Junkern, befinden und dann auf einmal einer unserer Reichstags-Abgeordneten kommt und uns Knüttel zwischen die Beine wirft. — Das schadet uns, das hemmt uns, das hindert uns, ja das raubt den Massen das Vertrauen zu uns. (Sehr richtig!) Deshalb müssen wir erklären, wer solchen Standpunkt einnimmt, wie Schippel, und diesen Standpunkt auch noch in Zukunft einzunehmen gewillt ist, der muß auch die Konsequenzen der Resolution im Verein mit dem Amendement Freyhaller ziehen. Ich hoffe, daß die Resolution angenommen und daß Schippel dann die Konsequenzen ziehen wird. Thut er das noch der einen Richtung hin, indem er klipp und klar erklärt, was er heute hier nicht gethan hat, daß er kein Schützjöllner ist, so soll uns das freuen. Thut er es nicht, so sind wir davon befreit, daß einer aus uns einen Keil in uns hemmt und schädigt. Schippel hat nicht bewiesen, daß wir ihn Unrecht thun, wenn wir ihm sagen, er habe den Schützjöllnern Waffen geliefert. Er ist selbst der größte Schützjöllner. Ja, er hat nachzuweisen gesucht, daß die Leute, die ihn anlagen, selbst auf einem ähnlichen Standpunkt stehen. Er hat nicht in klaren Worten, aber in seiner bekannten Zweideutigkeit nachgewiesen, daß er im innersten Herzen Schützjöllner ist. Entweder er erklärt: ich bin es nicht, und handelt darnach; oder aber, wenn er das nicht kann, hoffe ich, daß er selbst die Konsequenzen zieht.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, von Lipinski begründet und von v. Elm belämpft, wird abgelehnt.

Partei-Dortmund: Ich besähe, daß wir zu keinem befriedigenden Abschluß mit dem Fall Schippel gelangen werden. Die Resolutionen bringen keine Klärung; die einzige, die sie gebracht hätte, die Klagensteinische, hat leider nicht die nötige Unterstützung gefunden. Die Empörung der Genossen im Lande ist sehr groß. Mit der Haltung der „Arbeiterzeitung“ hat sich eine Wahlkreis-Konferenz einstimmig einverstanden erklärt. Beachten Sie nicht die Autorität Schippels. Er mag als Journalist Hunderten seiner Kollegen überlegen sein, aber wir dürfen nicht die Spitzbubenrolle der Gegner befolgen und nur die kleinen Diebe hängen und die großen laufen lassen. Das Parteiprogramm muß für jeden gelten, und das sagt unabweisend: Wir sind gegen Agrarjöllner und gegen indirekte Steuern. (Sehr richtig.) Mag Schippel erklären: ich bin Schützjöllner, dann wissen wir, woran wir sind, oder mag er hier hinstreten und sagen: ich habe einen großen Vord geschossen, ich widerrufe. (Zustimmung.)

Dr. Sidelum: Wenn die Absicht bestand, so ausführlich auf den Fall Schippel einzugehen, hätte man erwarten sollen, daß das gesamte Material, vor allem die 47 Spalten, die Schippel in der „Vollstimme“ veröffentlicht hat, den Delegierten vorgelegt worden wären. Eine ganze Reihe von Delegierten ist im Saal, die das Material sich nicht beschaffen konnte, es aber gern in Händen haben möchte. (Sehr richtig!) Nun wirft man Schippel nicht nur seinen Vortrag im 3. Berliner Wahlkreise vor, man hält ihm seine Vorlesungen sozuzagen vor und erzählt, wie oft er der Partei Unbequemlichkeiten und Verlegenheiten bereitet hat. Haben die Genossen recht, dann liegt der Fall doch so: Schippel ist ein psychologisches Rätsel, und die Partei soll es lösen. Es giebt aber noch mehr psychologische Rätsel in unsern Reihen, die ungelöst sind. Was man zur Lösung vorschlägt, erscheint durchaus ungeeignet dazu. Das Amendement Freyhaller zur Resolution Bebel ist nichts anders, als der Ausschluss Schippels aus der Partei (Widerpruch Freyhallers), wofür der Parteitag aber die Verantwortung nicht übernehmen, sondern sie auf Schippel abwälzen möchte. Partei verlangt, man solle Schippel behandeln wie jedem andern. Dieser Meinung bin ich auch. Nun aber enthält das Organisationsstatut ganz genaue Vorschriften über den Ausschluss. Es muß eine erhobene Handlung oder eine Schädigung der Partei nachgewiesen sein. Die Genossen, die für das Amendement sind, glauben ja zweifellos, daß Schippel die Partei geschädigt hat. Dann steht ihnen ja der Weg offen, den Ausschlußantrag zu stellen und ein Schiedsgericht gegen Schippel zu beantragen. (Lebhafter Widerspruch; Rufe: Der Parteitag ist souverän!) Gewiß, er kam die ganze Parteiverfassung umstoßen und durch eine neue ersetzen, aber wenn Sie auf einem Parteitage einen Genossen ausschließen, so entziehen Sie ihm direkt die Wahlhabe, die das Parteistatut vorsieht; Sie stellen ihn sofort vor die letzte Instanz, statt vor die erste. (Sehr richtig!) Jeder Genosse hat auf drei Instanzen Anspruch, zuerst ein Schiedsgericht, dann die Kontrolleure, dann der Parteitag. Vor dem Schiedsgerichte ist die viel größere Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß die Sache nach allen Seiten erwogen, das ganze Material durchgearbeitet und ein gerechtes Urteil gefunden wird. Durch die Annahme der Resolution aber die Verantwortlichkeit Schippel aufzubürden, ist ein Verfahren, das ich nicht billigen kann. Ich kann darin nur eine solche Zweideutigkeit sehen, wie sie an Schippel getabelt wird. Freyhaller meint, ich hätte sein Amendement nicht ordentlich gelesen. Es steht allerdings nicht darin, daß Schippel ausgeschlossen wird, aber es wird ihm überlassen, die Konsequenzen zu ziehen, und steht es doch als beste Lösung an, er legt sein Mandat nieder und verläßt die Partei. Können Sie Schippel für seinen letzten Gang die Rechtswohlthaten, die jeder hat, nehmen Sie weder die Resolution Bebel, noch das Amendement Freyhaller an, sondern gehen Sie den Weg, den Ihnen Kron empfohlen hat.

Schippel-Leipzig: Schippel hat in Chemnitz selbst erklärt, daß er von der Fraktion aufgefordert wurde — und das ist doch gedrängt —, seine Stellung zur Präzisierung. In Chemnitz wurde

er dazu aufgefordert in der Landeskonferenz. Er hat es aber abgelehnt und hat Wert auf die Feststellung gelegt, daß er nicht provoziert habe. Zweifelloser Wahr ist, daß er nicht die Absicht hatte, das Referat im dritten Berliner Wahlkreise zu halten. Aber wenn er dort nicht gesprochen hätte, würde er bei einer andern Gelegenheit dieselbe Rede gehalten haben, das Resultat wäre dasselbe. Im ganzen Erzgebirge hat Schippel schälimm gelächelt. In der Zeit der Protestkundgebungen gegen den Sozialist ist in Chemnitz ruhig ausgeprochen worden — ich weiß das aus eigener Erfahrung — wir sind derselben Meinung wie Schippel. Der Chemnitzer Delegierte Langer hat hier erklärt, Schippel hat recht, wer Handelsverträge will, muß auch Zölle wollen, und andere Parteigenossen haben dort erklärt, wir stehen noch immer auf Schippels Standpunkt. Das kann im sächsischen Manchester widerspruchlos gesagt werden, ohne daß die Arbeiter Protest erheben! Und darin, daß diese Meinung ruhig hingenommen wurde, sehe ich die Gefahr, daß Schippel die Partei aufs schwerste desorganisiert. v. Elm meint, die Vergangenheit Schippels könne nicht die Grundlage des heutigen Verfahrens bilden. Im Gegenteil, die Vergangenheit Schippels beweist ja gerade, daß er unzuverlässig ist, daß er nicht zu dem steht, was er sagt. Immer und immer wieder ist in den „Monatsheften“ und in der „Neuen Zeit“ von Schippel mit der ihm eignen Gemütslichkeit erklärt worden: Wer, Genossen, die Sache ist ja gar nicht so arg! Sidelum meinte, das richtigste wäre gewesen, wenn Schippels Artikel den Delegierten zugänglich gemacht worden wären. Aber warum hat Schippel nicht selbst darauf gedrungen? Die Artikel waren ja schon in Form einer Broschüre gesetzt. Auch in Chemnitz hat man erwogen, die Artikel als Broschüre zu veröffentlichen. Ich meine, wenn jeder Delegierte diese Artikel gelesen hätte, würde die Stimmung gegen Schippel noch ungenügender gewesen sein, als sie ist. Ich halte mich nicht für berufen, eine führende Rolle zu spielen; aber als ich die 47 Spalten gelesen hatte, empfand ich die Pflicht, hinauszugehen und zu sagen, wie die Dinge stehen. Schippel ist mir stets freundlich und liebenswürdig entgegen gekommen. Persönlich war mir die Sache sehr unangenehm, denn ich bin auch etwas altväterlich, und vor den Alten habe ich immer großen Respekt. Schippel war schon zu einer Zeit für das Proletariat thätig, wo ich noch die Schulbank drückte, aber trotz aller persönlichen Liebenswürdigkeit Schippels, trotz aller seiner Verdienste um die Partei können wir diese Dinge nicht weiter dulden, sonst erhalten wir die schwersten Nachschläge und andere könnten sich auf Schippel berufen. Die Resolution sagt auch einigen andern Genossen, daß wir endlich einmal Ruhe haben wollen. Stimmen Sie der Resolution Bebel mit dem Amendement Freyhaller zu. (Beifall.)

Vorsitzender Oberst teilt mit, daß beantragt ist, in dem letzten Absatz der Bebel'schen Resolution in der 3. Zeile von oben die Worte „und Parteigenossen“ zu streichen.

Bebel erklärt, selber die Absicht gehabt zu haben, diese Streichung vorzunehmen, und nimmt die vorgeschlagene Aenderung in der Resolution auf.

Klagenstein: Sie können mir glauben, daß ich mich zu meinem Antrage nicht leichten Herzens entschlossen habe. Die Resolution Bebel enthält eine Reihe der schärfsten Mißbilligungen, die wir Reichstagsmitglieder machen, aber sie zieht doch keinerlei Konsequenzen aus diesem Vorwurf, und das Amendement Freyhaller wirkt zwar mit dem Jaunspruch, aber irgend eine Konsequenz wird auch nicht gezogen. Sehr verlegt hat es mich, wenn Genossin Zieg von Schippel verlangt, er soll klipp und klar sagen: ich habe mich geirrt und bin kein Schützjöllner. Das kann Schippel nicht sagen. Er hat seine Ansichten Jahre hindurch verbreitet, und da dürfen Sie ihm jetzt nicht die Pistole auf die Brust setzen und sagen: Denke so oder so. Ich sage vielmehr: Du denkst so, darum ziehe die Konsequenzen. In diesem Sinne war mein Antrag gestellt. Das Bureau glaubte, er wäre nicht genügend unterstützt; mehrere Genossen waren anderer Meinung. Ich halte die Stellung Schippels in der That für politisch und moralisch unhaltbar, solange er Abgeordneter ist; politisch unhaltbar zweifellos, denn man hat ihn von der gegnerischen Seite vielfach citiert, und er hat stillschweigend müssen; moralisch haltlos, da er in seiner Vertrauensstellung mit seinem Namen alle Aktionen der Partei decken muß, wenn er auch innerlich nicht mit ihnen übereinstimmt. Ich verstehe nicht, warum er sich aus dieser Situation nicht längst herausgezogen hat, indem er sagte: ich bin Parteigenosse, ich will weiter wissenschaftlich für die Partei arbeiten, aber ich kann nicht die Partei nach außen hin vertreten. Sidelum hat durchaus recht, der Parteitag hat nicht das Recht, jemand auszuschließen, wenn kein Schiedsgericht vorausgegangen ist. Aber es handelt sich gar nicht um den Ausschluß, wenigstens verlangt ihn keine der Resolutionen. Es ist bei diesen moralischen Beurteilungen auch von einer Befreiung des Parteitage die Rede gewesen. Mein demokratisches Herz wird verlegt, wenn da ein neuer § 95 für Majestätsbeleidigungen der Partei eingeführt wird. Mein Antrag sollte durchaus keine Aberkennung eines Ehrenrechts bedeuten. Wenn aber in einem bürgerlichen Staate das Ministerium mit der Mehrheit des Parlaments nicht übereinstimmt, tritt es zurück. Und wenn ein Parteigenosse sich in den Grundanschauungen mit der großen Mehrheit der Parteigenossen nicht deckt, kann er nicht mehr politischer Führer sein. (Sehr richtig!)

Ein erneuter Antrag auf Schluß der Debatte wird, nachdem Bedmann dafür, Frau Zetkin-Stuttgart dagegen gesprochen, mit großer Mehrheit angenommen. Der Parteitag erklärt sich damit einverstanden, daß Schippel in seiner Sache das Schlußwort erhält.

Schippel: Ich will noch kurz einige Thatsachen richtigstellen und auf einige Wünsche und Forderungen zurückkommen, obwohl ich meinen sollte, daß das, was ich früher geschrieben und gesagt habe, auch recht anprüchsvollen Genossen genügen könnte. Zuerst einmal eine kleine Nebenfrage, die aber doch unter Umständen eine recht persönliche Geschäftigkeit sein kann. Es ist von Bebel gefragt, ich hätte seiner Zeit beim parlamentarischen Handbuch bei der Behandlung der Militärfrage eine Stelle aus dem freisinnigen „Abc-Buch“ herausgenommen. Ich habe mit Richard Fischer darüber gesprochen, er hat mich ausdrücklich ermächtigt, zu erklären, daß nach seiner Ansicht in dieser Stelle nicht etwas gegen den Partei standpunkt gewesen wäre. Ich glaube auch Bebel wird sich daran erinnern. Damit kann wohl die Sache für die Öffentlichkeit erledigt sein. Wenn wir das in meinen Kreise besprochen hätten, hätte sich die Sache auf die einfachste Weise erledigt. Dann weiter noch: Daß so leicht Behauptungen aufgestellt werden, wie es hier von einer Reihe von Rednern geschehen ist, die sich einfach schwarz auf weiß durch meine Erklärungen mit Verneinung des Datums widerlegen lassen, hätte ich allerdings selbst nach den Erörterungen der letzten Wochen kaum für möglich gehalten. Den Gipfel hat ja Genosse Cunow erreicht. Er ist als Vertreter der „Vorwärts“-Redaktion hier, gebraucht also gewissermaßen ein Vortrecht; aber Privilegien legen doch auch Pflichten auf, und da hätte ich in allererster Linie erwartet, daß er, bevor er hier auftrat, wenigstens erst im „Vorwärts“ die Behauptungen nachprüfte. Aber da kommt er mit Behauptungen, die vollständig den Thatsachen und der Wahrheit ins Gesicht schlagen. Erst behauptet er, ich hätte nicht sofort eine Erklärung abgegeben. Ich habe am Tage, wo der Bericht erschienen, noch abends in der Fraktion meine Erklärung formuliert, am nächsten Tage früh stand sie im „Vorwärts“. Das weiß Cunow nicht. Er behauptet, alles wäre anders gekommen, wenn Schippel erklärt hätte — (Zuruf Cunows: Ich habe behauptet, diese Erklärung enthielt nicht Ihren Standpunkt!) Warten Sie nur ruhig ab! Was habe ich also erklärt? Ich habe, um einer Legendenbildung vorzubeugen, bereits im Reichstage den Versammlungsbericht im „Vorwärts“ als irreführend bezeichnet, was übrigens nicht den geringsten Vorwurf gegen den Berichterstatter einschließen soll. Der Bericht erweckt besonders dadurch ein ganz falsches Bild, daß Anschauungen, die ich als die heute in den parlamentarischen Mehrheiten ausgeübender schilderte, als meine Auffassungen erscheinen. Meinen

Standpunkt nach wie vor vertrete ich wie bei dem Zollkampf und im Wahlkampf vor der Partei. Diese Erklärung wurde von mir am Abend aus freier Initiative der Fraktion vorgelegt und stand am nächsten Tage im „Vorwärts“. Der „Vorwärts“-Redakteur brauchte davon nichts zu wissen. Als dann der „Vorwärts“-Berichterstatter aus jener Versammlung seine Gegenerklärung veröffentlichte, habe ich wiederholt erklärt, es läge keine mala fides auf seiner Seite vor. Cunow weiß davon nichts. Er braucht auch von folgender Erklärung als „Vorwärts“-Redakteur nichts zu wissen, die am 2. Februar 1904 erschien: „Genosse Schippel schreibt uns: Ich möchte zum Frieden noch um ein letztes Wort bitten. Ich habe es, soweit möglich, stets abgelehnt, Zeitungsreferate über meine Äußerungen richtig zu stellen, weil darin meist eine, wenn auch ganz unbedeutende Kränkung des Berichterstatters liegt, der so wie so eine der unanfechtbarsten Positionen in unserm Zeitungswesen einnimmt, ja oft eine bloß ungewollte Kränzung von Worten hinreicht, einen Gedanken wesentlich zu verändern. So habe ich dem Genossen Klein gegenüber jeden Vorwurf ausdrücklich bestritten. Meines Erachtens wäre an seinem Berichte nicht viel mehr anzusetzen gewesen, als was bei jedem Referate unabweislich ist, wenn es zwei Thatsachen mehr hätte hervorbringen lassen. Erstens gewinnt der „Vorwärts“-Bericht durch seine Korrektur den Anschein des beabsichtigten Sensationellen, während bisher über theoretische Vorträge in kleinen geschlossenen Mitgliederversammlungen kaum ein Wort gesagt wurde. Ich betone deshalb nochmals, was ich bereits in der Versammlung gleichfalls betonte, daß ich für Dienstag nur als Lückenbühler für einen verhängenen Fraktionsgenossen einsprang, und dazu mit der Erwartung, daß die Erledigung des vorangehenden geschäftlichen Teiles den Vereinsabend vollständig ausfüllen würde. Zweitens läßt der Bericht meine breit ausgeführten Eingangsworte zu sehr zurückstehen. Man kann Zollfragen einfach kritisch gemessen an unsern Partei-Anschauungen behandeln. Damit will ich Sie heute nicht weiter aufhalten. Darüber sind wir alle einig und als organisierte Parteigenossen alle aufgestellt. Man muß aber auch die treibenden organischen Kräfte, die Denkwerte, die Stärke der wirtschaftspolitischen Strömungen bei unsern Gegnern studieren, denn sonst kommt man zu einer ganz falschen Schätzung ihrer Widerstandskraft und zu einer falschen Schätzung der Lauterkeit des Bündnisses zwischen Industriellen und Agrariern. Darauf möchte ich heute abend Ihre Aufmerksamkeit lenken, und ich bitte Sie, das nicht aus dem Auge zu verlieren. Wäre das im Bericht vielleicht durch reichliche Sperrung und fetten Druck unterstützt derart herausgearbeitet, daß dieser Vorbehalt als deutliche Umrahmung und Einschänkung des Ganzen gewirkt hätte, so konnte wohl jede Unannehmlichkeit verhindert werden. Statt dessen verschwindet die Vorbemerkung im „Vorwärts“ so gut wie ganz, und die Sperrungen werden Äußerungen zu teil, die nur unter diesem ausdrücklichen Vorbehalt gelten. Der Redner begann, heißt es im Berichte, allerdings unentschieden und vielleicht auch mißverständlich mit der Bemerkung, er wolle die handelspolitischen Strömungen besprechen, mit denen wir zu rechnen haben, ohne daß er sie von unserm parteipolitischen Standpunkte kritisiere wolle. Hier ist die sedes materiae, und 3 oder 4 Zeilen hätten den ganzen Zwischenfall erledigen können. Also schon am nächsten Tage gab ich diese Erklärung ab. Heute aber kommt der „Vorwärts“-Redakteur hergefahren und hält mir Vorlesungen, ich hätte alles weitere durch eine Erklärung beseitigen können, ich hätte aber keine Erklärung abgegeben, das könne er als „Vorwärts“-Redakteur beschwören.

Nun lassen Sie mich zu einer andern Art übergehen, wie hier Behauptungen aufgestellt werden, nicht einfache Behauptungen — man sagt ja so manches in einer Rede —, sondern Anklagepunkte ohne einen Funken von Beweisenhaftigkeit. Da kommt Schippel, der war selber dabei auf der Landeskonferenz. Ein fester, aufrechter Mann hätte ja so viel Mut gehabt und hätte auf der Landeskonferenz selbst gesagt: Das und das gefällt mir nicht bei Schippel. Aber nein! In der Fraktion hebt man dann den Finger in die Höhe, wie in der Schule und erklärt: Schippel hat auf der Landeskonferenz die Fraktion brüdiert! Ich habe gleich erklärt, das ist nicht richtig; ich habe nicht gesagt, ich werde nicht antworten, sondern ich werde es mir überlegen, ob ich antworte. Darüber verweigere ich jetzt jede Auskunft. Und, Parteigenossen, ich hatte wohl Grund, auf der Landeskonferenz empfindlich zu sein. Es war 3 Wochen nach der Fraktionsresolution, die mich aufforderte, eingehend meinen Standpunkt darzulegen. Es war davon gesprochen, ich solle eine Broschüre schreiben. Ja, Parteigenossen, eine Broschüre schreibt man nicht in 3 Wochen, noch dazu, wenn man es nicht berufsmäßig thut, sondern noch nebenbei seine Beschäftigung hat. Selbst Mehring hat, obgleich er nichts anderes während der Zeit that, zu seiner Redigierbroschüre 3—4 Monate gebraucht. Wenn die Fraktionskollegen einen solchen Beschluß gefaßt haben — und Schippel war mit in der Sitzung — verlange ich auch, daß sie mir die genaugende Zeit lassen, zumal bei einer so unandbaren Materie, wo die Gegner nur darauf warten, wie sie die Sache ausnutzen können, muß man sehr vorsichtig sein, und da kommt man auf die Landeskonferenz und macht mir Vorwürfe, weshalb ich denn noch nicht geschrieben hätte, ich wollte mich wohl wieder drücken. Darauf habe ich allerdings recht kräftig geantwortet. Wie kommt man dazu, so kurz nach dem Fraktionsbeschlusse mich hier zur Rede zu stellen. Soll der Kratsch denn ewig und alle Tage weiter geben? Wie kommt man dazu, hier wieder Vorwürfe zu erheben? Uebrigens habe ich gleich hinzugesagt: ich werde es thun. Ich habe mir glücklicherweise alle diese Erklärungen, bevor ich hierher kam, angelesen. Da habe ich folgende Notizen aus Zeitungen über die Landeskonferenz gefunden, Notizen, die doch von mir vollständig unabhängig sind. Da heißt es in der „Vossischen Zeitung“ in dem Bericht über die Landeskonferenz vom 7. April 1904 Nr. 162: „Die Fraktion hat mich aufgefordert, mich einmal ganz klar auszusprechen.“ Das ist nicht so leicht, aber ich werde es versuchen. Ich kann bei dem nächsten Parteitag verlangen, daß der Fraktionsbeschlusse aufgehoben wird. Ob ich es thun werde, weiß ich zur Stunde nicht bestimmt. Ich glaube aber, ich werde es versuchen, zunächst in Schriften oder in der Presse die Sache klarzumachen.

„Leipziger Volkszeitung“ vom 7. April 1904 Nr. 79: „Die Fraktion hat mich aufgefordert, mich über die Zollfrage einmal gründlich auszusprechen. Das ist nicht leicht. (Zwischenruf.) Denn ich habe mich schon oft darüber ausgesprochen, und klarer als früher könnte ich es kaum thun, aber ich will es doch versuchen.“

„Vorwärts“ vom 8. April 1904 Nr. 82 wörtlich dasselbe. „Chemnitzer „Vollstimme“ vom 7. April 1904 Nr. 79 wörtlich dasselbe.

Daraufhin hat die Fraktion erklärt, das geht nicht. Aber da kommt man hierher und behauptet ganz ruhig: Bloß um die Fraktion zu brüskieren, hätte ich erklärt, ich werde es nicht thun.

Nun komme ich zu meinem Freunde Antrid, der wohl heute als mein präsumtiber Erbe hier gesprochen hat. Ich will Ihnen ganz offen mein Verhältnis zu Antrid darlegen. Antrid hat nie ein Wort der scharfen Kritik über mein Buch geäußert, er hat wohl dies und jenes darin bezweifelt, aber daß er davon gesprochen hätte, mit einem solchen Buche siehe man außerhalb der Partei — niemals! Ich weiß auch nicht, daß er mir im Reichstage jemals Vorhaltungen gemacht hat über mein Verhalten im Zollkampf. (Zwischenruf Antrids: Das ist stark!) Ich habe mit ihm wie vorher weiter verkehrt, besonders eng befreundet waren wir nie. Ich habe ihn im großen ganzen nur auf den Parteitag gesehen. Seit Jahren bin ich ja auf keinem Parteitage gesehen worden. Er hat gesagt, er hätte mein Buch gelesen; ich weiß es nicht. Er hat gesagt, er hätte viel daraus gelernt; ich weiß auch das nicht. (Weiterlekt.)

Nur Wahlzeit hat Antrid noch bei der Stichwahl in freundschaftlicher Weise mit mir verkehrt. Ich habe nie eine Feindschaft seinerseits bemerkt. Wie kann man nun hierher kommen und die Dinge so darstellen, als hätte man sich schon seit Jahren langsam zurückziehen müssen. Sein Beweisen habe ich geboten — ich verstehe das nicht (Antrid: Hannover!) — es mag sein, daß Antrid in Hannover in der

Die Lohnbewegung in der Eisenmetall-Industrie.

In der Versammlung, welche die streikenden Arbeiter und Arbeiter in allen Fabriken, wo der Tarif vorgelegt und nicht bewilligt worden ist, die Arbeiter nahezu vollständig die Arbeit niederlegten. Die streikenden Arbeiter, welche sich dem Streik nicht angeschlossen, bilden einen so kleinen Bruchteil der Arbeiter, daß sie zur Aufrechterhaltung des Betriebes auch nicht entfernt ausreichen. Die Zahl der streikenden Arbeiter und Arbeiter beträgt 570.

Zum Streik der Handwerker und Arbeiter der Firma Kohnen ist zu berichten, daß eine Versammlung des gesamten Personals eine Resolution angenommen hat, in der den Streikenden volle Sympathie erklärt wurde und der Arbeiterausschuß beauftragt wurde, heute bei der Firma zur Herbeiführung einer Einigungs-Verhandlung vorstellig zu werden.

In Sachen des Streiks bei der Firma Siemens u. Halske finden heute mittag Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts statt. Es ist zu hoffen, daß es dabei zu einem befriedigenden Abschluß der Angelegenheit kommt, da bei der Stimmung der Arbeitererschaft es im andern Falle zu Weiterungen kommen könnte, die zu heftigen Erschütterungen in der gesamten in Betracht kommenden Industrie führen.

Die Bewegung der Glasarbeiter dehnt sich immer mehr aus, da eine Anzahl Firmen dem Arbeitgeber-Verband beigetreten sind und ihre Bewilligungen zurückgezogen haben. Streikbrecher sind in so geringer Anzahl vorhanden, daß dieselben auf den Stand der Bewegung keinen Einfluß ausüben können. Auch die Anfertigung von Streikarbeit außerhalb Berlins will den betreffenden Firmen nicht gelingen. So haben die Glasarbeiter in Jülich und in Dresden die Anfertigung von Streikarbeit verweigert. Trotz der günstigen Lage des Streiks wollen die Arbeiter das Gewerbegericht als Einigungsamt anrufen, um dadurch ihre Forderungen zu dokumentieren. Sie haben jedoch gleichzeitig beschlossen, sich bei etwaigen Verhandlungen nicht dem Unternehmertum auf Gnade und Ungnade auszuliefern, sondern ihre Minimalforderungen aufrecht zu erhalten.

Eine Maßregelung in der „Frit“-Brotfabrik. Schon längst wurde in dieser Angelegenheit unter ärztlicher Überwachung stehenden Arbeiter den gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit in Bäckereien nicht entsprochen. Aber in Anbetracht ihrer Lohnbewegung glaubten die Bäcker nicht allzu energisch auftreten zu können, da ja während derselben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der „Frit“-Brotfabrik ebenfalls geregelt werden mußten. Tatsächlich hat die Firma auch als eine der ersten die Forderungen bewilligt und ehrenwörtlich unterschrieben. Man sollte nun meinen, daß eine solche Fabrik, die angeblich von Ingenieuren, Rechtsanwälten, Ärzten usw. geleitet wird, es mit dem einmal gegebenen Ehrenwort ernst nehmen würde, wie der größte Teil der Berliner Bäckereimeister. Aber weit gefehlt! Wohl bezahlte man den feigsten Lohn, überstunden aber nur mit 30 Pf. statt 60 Pf. die Stunde. In 12 Stunden Normalarbeitszeit mußten 4 Arbeiter 1100 Brote herstellen, ein Pensum, das unter andern Umständen von 6 Arbeitern mit dem äußersten Kraftaufwand geliefert werden kann und auch fast in keiner Bäckerei verlangt wird. An ein kurzes Ausruhen während dieser 12 Stunden war überhaupt nicht zu denken. Am Morgen war gar keine Zeit. Aber damit nicht genug. Wöchentlich viermal im Durchschnitt mußten die Arbeiter überstunden machen, und zwar so, daß nämlich weitere 100 Brote geliefert werden konnten. Dafür erhielten die Arbeiter die genannten 30 Pf. Überstundenlohn bezahlt. Sehr oft dehnten sich die Überstunden sogar bis zu 17 Stunden aus, so daß nicht einmal die ständige gesetzliche Ruhezeit eingehalten wurde. — Vor drei Wochen wurde nun den Arbeitern eröffnet, daß das Normalpensum von täglich 1100 Broten in ein Wochenpensum von 6600 Broten umgewandelt und von den zu zahlenden Überstunden die Hälfte des Tageslohnes für einen Ausführgesellen abgezogen werden sollte. Die Organisation wandte sich nun in der höflichsten Weise an die Direktion und bat um Abstellung der krassesten Uebelstände. Der Erfolg des Schreibens war ein überraschender. Zwei Arbeiter erhielten am Dienstag plötzlich ihre Entlassung. Man wolle sich vom sozialdemokratischen Bäckereigesellen-Verband keine Vorschriften machen lassen. Die übrigen wurden Streikbrecher. So halten diese Herren, die sich mit pompöser Besinnung auch bei der Arbeiterschaft einführten, ihr gegebenes Ehrenwort. Den Bäckern aber sei es zur Pflicht gemacht, diesen „Mißerbetrieb“ zu meiden.

Achtung, Leistungsvergolde! In Jülich i. B. sind die Postarbeiter (Fardigmacher) und die Grundrieger in den Streik eingetreten. Zugut ist darum streng fernzuhalten. Der Hauptvorstand des Verbandes der Vergolde.

Die Tarifbewegung der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter in Jülich ist von Erfolg gewesen, da sämtliche Unternehmer, bis auf zwei, eine Tarifvereinbarung mit dem Verbands der Arbeiter abgeschlossen haben, durch den die aufgestellten Forderungen im wesentlichen erfüllt werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zur Lage in Italien. Rom, 21. November. Die Gruppen der Radikalen, der Republikaner und der Sozialisten der Deputiertenkammer hielten heute nachmittags eine mehrstündige Beratung ab, an der 55 Deputierte teilnahmen, es wurde beschlossen im Hinblick auf die innere Lage die sofortige Einberufung des Parlaments zu fordern, und wenn diese nicht erfolgen sollte, am 10. Oktober eine neue Versammlung abzuhalten, einige Mitglieder der äußersten Linken gaben im Laufe der Debatte Erklärungen ab, in den sie die Haltung der äußersten Linken mißbilligten. In parlamentarischen Kreisen wird allgemein angenommen, daß die Einberufung des Parlaments zur gewöhnlichen Zeit erfolgen wird.

Zu den südamerikanischen Wirren. Buenos-Aires, 21. September. (W. T. W.) Nach Meldungen aus Montevideo hatte ein Abgeordneter der Regierung mit dem Führer der Aufständischen Bakilio Muñoz in Lage eine Zusammenkunft, in welcher die vom Präsidenten der Republik formulierten Friedensbedingungen im Prinzip angenommen und ein Waffenstillstand geschlossen wurde. Der Friede scheint gesichert.

Dresden, 21. September. (W. T. W.) Die Handelskammer bedauerte in ihrer heutigen Sitzung die merkwürdige Haltung der Regierung zu den industriellen Notstand-Tarifen; dadurch seien berechnete Erwartungen getäuscht und die Industrie schwer geschädigt worden. Die Regierung habe die Gelegenheit verkannt zu zeigen, welchen Wert die Selbständigkeit der sächsischen Staatseinkünfte habe. Die verschiedenenartige Behandlung der Industrie und der Landwirtschaft müsse die schwersten Bedenken hervorrufen.

treten des industriellen Besitzes für Agrarzölle für selbstmörderisch, kurzfristig oder für nicht weitblickend und notwendig halten, das industrielle Proletariat wird die Zölle nicht nur als ungeeignetes Mittel der Hilfe, sondern als den gewinnlosesten Brotwucher der vereinten Volkseinkünfte betrachten. Hier läßt sich alle nicht nur denkbare, sondern auch wirklich bemerkbare Unterschiebung in der mehr theoretischen allgemeinen Auffassung der handelspolitischen Grundfragen und vor den dringenden konkreten Entscheidungen der nächsten Gegenwart, und mehr bedarf eine politische Partei zu ihrer Tätigkeit nicht.

Da habe ich also die Gründe hervorgehoben, aus denen ich von dem Standpunkt der Arbeiterklasse aus zu einer ablehnenden Haltung komme. Aber trotzdem ich das wieder und wieder zitiert habe, heißt es immer wieder: Wenn wir nur wüßten, ob Schippel gegen die Agrarzölle ist. Ich habe das nun oft genug gesagt und bin sogar so weit gegangen, daß ich gesagt habe: nur ein vollenbeter Knabe kann mir unterstellen wollen, daß ich niemals für Agrarzölle eingetreten wäre. Das ist mir immer im Traum eingefallen. Da fragt man nun: Wenn Schippel erklärt, daß er gegen Agrarzölle ist? Nun, ich erkläre dies nochmals. Wenn Sie noch mehr wissen wollen, stellen Sie bestimmte Fragen! Aber wenn ich das erkläre, bitte ich, daß Sie diese Erklärung auch ernst nehmen. Auch über meine Zurückhaltung beim Volkstreffen habe ich mich ganz offen in der Chemnitzer „Volkstimme“ ausgesprochen. Ich glaube, wer es nicht geradezu auf einen großen Streitfall abgesehen hat, muß mir nachsehen, daß ich mich zurückgehalten habe, da ich doch manche der Gründe nicht teilen. Ich halte es einfach für anständig, daß ich gegen meine Ueberzeugung reden soll, wird niemand verlangen. Es passiert ja sehr oft, daß jemand in der Fraktion überstimmt wird, dann ist er eben still. Er hat kein Recht, gegen den Beschluß der Fraktion aufzutreten. Dazu war ja kein Grund für mich vorhanden. Daß man in solchen Fällen eine gewisse Zurückhaltung übt, ist nicht zu vermeiden. Das sind Lagen, in die jeder kommen kann. Da ist keine Unerschlichkeit dabei. Noch eins wollen Sie bedenken. Ich habe die Schlüsselstelle in meinen „Grundzügen“ eigentlich deshalb geschrieben, um etwaigen Gegnern, die sich auf mich berufen würden, entgegenzutreten zu können; sie ist ja förmlich dazu formuliert, den Gegnern ins Gesicht geschlagen zu werden, aber Voraussetzung ist, daß nicht Parteigenossen da sind, die länger vor den Gegnern erklärt haben, daß sie die Stelle nicht ernst nehmen. Dadurch haben Sie mir diese letzte Waffe selbst aus der Hand geschlagen. Wenn Sie das auf Schritt und Tritt jedem Genossen gegenüber thun wollten, werden Sie jeden zwingen, zu schweigen. Jeden Augenblick hätte man mir doch entgegenhalten können: Dein Genosse in der „Neuen Zeit“ und Dein Genosse im „Vorwärts“ haben ja selbst an dem Ernst Deiner Worte nicht geglaubt. Ja, da hört es eben auf. Und wer hat die Partei fortwährend in solche Lage gebracht? Wer hat jedes Wort, das mißdeutet werden kann, mißdeutet? Wer hat die Gegner mit der Nase auf Punkte gestoßen, die sie vielleicht gegen uns ausnützen konnten? Ich habe diesen Weg nicht betreten, aber andre haben wir ihn im letzten Jahre fortwährend gehen lassen. Wenn Sie den Weg weiter gehen, wenn Sie Äußerungen von Genossen so interpretieren, wie die Gegner es haben wollen, dann bringen Sie jeden in die Lage, in die ich gekommen bin. Ich bin ja nicht im Stande, Sie daran zu hindern, aber wir sollten doch gegenseitig mehr Rücksicht nehmen. Ich habe nicht behauptet, daß alles, was ich gethan habe, richtig ist. Wie geht es wie jedem Schriftsteller und Redner, daß man hinterher manches anders gewünscht hätte. Die Erklärung, daß ich nicht für Agrarzölle bin, habe ich abgegeben. Wenn Sie sie nicht hören wollen, kann ich Sie nicht daran hindern. Aber auf der andern Seite sorgen sie auch dafür, daß diese Art des parteigenösslichen Kampfes, die die Gegner geradezu mit der Nase darauf stoßen, daß hier vielleicht Stellen sind, die man anders auslegen kann, aufhört. Ich denke, wir werden dann immer noch mit einander auskommen können. (Lebhafter Beifall.)

Das Schlusswort als Referent erhält Ledebour, das wir ebenso wie die persönlichen Bemerkungen wegen Raummangel bis morgen juristrieren müssen.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, zuerst über die Resolution Vernstein, dann über die Resolution Paplow, dann über die Resolution Nebel und schließlich über das Amendement Freythalers abzustimmen.

Die Resolutionen Vernstein und Paplow werden abgelehnt.

In der namentlichen Abstimmung wird die Resolution Nebel mit 234 gegen 44 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Mit Nein stimmen:

- Aron, Bernstein, Dr. Heinrich Braun, Dies, Hedderheim, Dreschbach, Ehrhardt, v. Elm, Esser aus Baden, Friedrich, Edmund Fischer, Gengen aus Straßburg, Dr. Grabauer, Grenz aus Leipzig, Heilmann aus Oldenburg, Hildebrand aus Stuttgart, Holzappel aus Dresden, Hofmann aus Saalfeld, Horn aus Steinf, Hug aus Dant, Dr. Jäpper aus Braunschweig, Kasch aus Wandersb., Kayenlein, Keibel aus Birmens, Klitz aus Breslau, Kriemler aus München, Körsten, Kraemann, Langer aus Chemnitz, Lindemann, Maßke, Meis aus Gelsenkirchen, Dr. Michels, Mothes aus Chemnitz, Niesel aus Jülich, Paplow, Repp aus Friedberg, Scharf aus Langenscheidt, Schippel, Schmidt aus München, Schöpslin, Schulz aus Delmenhorst, Dr. Sidelmann, Vater aus Kossen und Pollmar. Der Stimme enthält sich Gohn aus Breslau. Enthaltend sind: Hüsel aus Bromberg, Paul Hoffmann aus Hamburg, Thiele aus Halle und Wollenbaur.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über das Amendement Freythalers ist seine Annahme mit 150 gegen 129 Stimmen bei zwei Enthaltungen (Gerisch und Pannsch) und derselben Zahl Enthaltend wie bei der ersten Abstimmung. Mit Nein stimmen zunächst von den 44, die vorhin die Resolution Nebel abgelehnt, alle mit Ausnahme von Grenz, Kayenlein, Dr. Michels und Schöpslin, die jetzt mit Ja stimmen. Außerdem stimmen mit Nein: Adelung aus Mainz, Bärer aus Hamburg, Beck aus Lauenburg, Beckmann aus Wiesbaden, Beyer, Bollert aus Kellum, Bodt aus Gotha, Böhmke aus Effenberg, Böhle aus Straßburg, Bloss, Bömelburg, Brey aus Hannover, Buder aus Forst, Dudenberg aus Dant, Burgau aus Kue, Burgund aus Breslau, Cohn aus Breslau, Diez, Dömede aus Mühlhausen i. Thür., Dorn aus Nürnberg, Dörnte, aus Hannover, Ebert aus Bremen, Eiers aus Viefels, Eilen aus Otterfen, Haber aus Frankfurt, Hauth aus Beyer, Helmman aus Langenscheidt, Richard Fischer, Förster aus Hamburg, Fröhlich aus Berlin, Frohne, Gramsdorf aus Götting, Grünhagen aus Danzig, Grünberg, Haugen aus Guben, Herbst aus Spremberg, Horst aus Durlach, Hünke aus Lagerdorf, Jakob aus Dant, Jakobson aus Loschicht, Jakobson aus Hadersleben, Jungbans aus Limbach, Kaufmann aus Niederwörlitz, Kemmott aus Göttingen, Klampfer aus Bismarck, König aus Berlin, Kratich aus Brandenburg, Kriemler aus Delitzsch, Lehmann aus Rannheim, Lemenhow aus Hamburg, Leinert aus Hannover, Wienau aus Neumünster, Wövenstein aus Nürnberg, Veiter aus Johannisberg, Vitzinger aus Minden, Müller aus Hameln, Muelkenstadt aus Rauen, Oederbissen aus Viefels, Osteroth aus St. Johann, Paulus aus Habelsch, Frau Voelck aus Commetz, Radl aus Nürnberg, Reim aus Bremen, Reichhaus, Riem aus Dresden, Sachse aus Weism., Schaumburg aus Hamburg, Schmalzfeldt, Schmidt aus Gadow, Schulz aus Posen, Segitz, Silberkämmt aus Berlin, Schlegel aus Göttingen, Storosten aus Rostock, Stille aus Vergedorf, Stubbe aus Hamburg, Thoenes aus Kassel, Tugauer, Vetterlein aus Helmshausen, Vortmann aus Mey, Alma Wartenburg aus Otterfen, Wadner aus Stuttgart, Weinheber aus Hamburg, Weismann aus Halle, Wich aus Mühlhausen i. E. und Just aus Berlin.

Zwischen der ersten und der Feststellung des Ergebnisses der zweiten Abstimmung wird nach längerer Debatte beschlossen, das Preussische Mandat für gültig zu erklären. Zugleich spricht der Parteitag den Wunsch aus, daß in Zukunft Mandate auf solche Weise nicht mehr zu hande kommen mögen.

Hierauf schließt die Sitzung. Am morgigen Tage, Donnerstag, fallen die Sitzungen aus.

Mittheilung einmal gesagt hat: Ach, Schippel, Sie brauchen hier nichts zu machen! Aber daß er in der Frage, um die es sich hier handelt, der Handelspolitik, mir jemals Vorstellungen gemacht hat, davon weiß ich nichts, und ich müßte es doch wissen. Und nun sind die Neuerungen von Ender's angezogen, — wenige von Ihnen kamen ja den Genossen Ender's. Er legt großen Wert darauf, und das ist sehr lässig von ihm, seine Redaction abfolgt selbständig zu führen. Seit Jahr und Tag habe ich mich nie auch nur mit einer Zeile oder einem Worte in seine Redaktionsführung eingemischt. Er hat ausdrücklich gesagt, er wisse zwar nicht, wie Schippel denkt, aber er denke sich das so und so. Ich habe nie intim mit ihm über Vorklagen gesprochen. Er hat manches in der Vorklage geschrieben, wofür ich mit Recht verantwortlich gemacht wurde. Ich achte seinen Sonderlingsstandpunkt, ich kann dafür aber nicht verantwortlich gemacht werden. Mir wird aber wieder vorgeworfen: ich treibe eine Moral mit doppeltem Boden, weil ich in kleinem Kreise mitunter etwas sage, was ich draußen nicht sage. Ja, macht denn das nicht jeder von uns? (Rufe: Nein!) Ruch das nicht; jeder so machen? Wie oft vertritt nicht jemand in der Fraktion den Standpunkt der Gegner, er wird aber überstimmt. Dann sagt man doch das draußen nicht, aber in kleinem Kreise. Wenn in der Fraktion die Sprache wieder darauf kommt, hat man das Recht, auch wieder seinen Standpunkt geltend zu machen, wenn dieser Standpunkt sich überhaupt innerhalb des Parteiprogramms hält. Dessenhalb aber darf man diesen Standpunkt nicht vertreten, weil er für die Partei unannehmbar ist. Es war mir klar, daß gewisse Neuerungen zwar durchaus zulässig sind, daß sie sich innerhalb des Parteiprogramms halten. Aber das ist doch nicht richtig, sie in die Öffentlichkeit zu bringen, weil sie dann zu Knäppeln werden, die der Partei zwischen die Beine geworfen werden. Ich habe in den Fraktions-Sitzungen förmlich gebeten, doch die Sache zur Ruhe kommen zu lassen, die ganze Geschichte ist ja kein Unglück. Es ist eine Anschauung, die in ausländischen Parteifreien überall vertreten ist und die auch in unsern Streifen vertreten werden darf, weil sie dem Programm nicht widerspricht. Ich habe gebeten, bis die Handelsverträge abgeschlossen sind, doch keinen Anstoß zu machen; die Aussprache ist trotzdem erfolgt, ich gebe zu, sie war angeht der Situation nicht zu vermeiden. Aber die Absicht, die Partei zu schädigen, habe ich nicht gehabt. Wie sollten doch bei Parteigenossen immer nach der Absicht urtheilen. Gegnern gegenüber soll man gewiß jede schwache Stelle ausnützen, aber wenn man das Parteigenossen gegenüber thut, kommt es dahin, daß jede kleine Meinungsverschiedenheit immer in große Differenzen ausartet, und das Parteileben würde darunter leiden. Moral mit doppeltem Boden habe ich nicht getrieben und ist nie meine Absicht gewesen. Und, Genossen, messen Sie doch auch nicht so sehr mit doppeltem Maß. Man hat mir immer Verhöhnung der Partei vorgeworfen, aber der einzige Beweis, den man angeführt hat, war meine Neuerung: Wenn man sich entrüstet, ist man immer ein guter Parteigenosse! Ob das in jenem Zusammenhang ein so großes Vergehen war, will ich dahingestellt sein lassen. Aber wie halten Sie es denn bei andern? Anrid hat vorhin die „Freisinnige Zeitung“ citirt. Das imponirt mir in keiner Weise. Die „Freisinnige Zeitung“ citirt auch Kautsky und Vernstein gegen die Partei, und sie hat seiner Zeit ganz besonders citirt die Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ gegen die Entscheidung der Parteischiedsgerichte, namentlich den mit „d.“ unterzeichneten Artikel, der von jedem als Verhöhnung, als Ironisierung unserer Partei aufgefaßt ist und nicht etwa bloß einzelner Genossen, sondern der Partei-Innungen. Wer hat damals seine Stimme dagegen erhoben? Ich glaube, was da in jenem Artikel gestanden hat von Wanzentaktik und dergleichen, das geht mehrere Tausend Prozent über das hinaus, was ich geschrieben. Daß ich jetzt eine handelspolitische Debatte eröffnen werde, die nicht mehr erwarten. Aber das werden Sie erwarten — das ist ja von vielen gewünscht worden —, daß ich klipp und klar mich über meine Stellung äußere. Genosse Dilwell und Genossin Fiey haben gefordert, ich solle doch einmal kategorisch erklären, ich sei kein Schuppelknecht. Wie kommt man dazu, eine solche Erklärung von mir zu verlangen? Schuppelknecht haben wir immer unter uns gehabt. Auf dem Stuttgarter Parteitag ist es als durchaus berechtigt anerkannt, daß man principieil in gewissen Fällen in den internationalen Verkehr regulierend eingreifen darf. Das nennt man eben Schuppel. Auch Kautsky ist nur als Opportunist principieil Gegner von Schuppelknecht. Er sagt: in Deutschland liegen die Verhältnisse so, daß wir ohne Industrie keine Agrarzölle haben können. Aber principieil ist er nicht gegen Schuppelknecht. Seine Grundzüge hören bei Bodenbach auf. Auf dem österreichischen Parteitag hat er sogar Resolutionen mit beschließen helfen, in denen steht: Principieil können wir die Schuppelknecht nicht verwerfen. Dann kann man aber doch nicht verlangen, daß ich principieil sagen soll, ob ich Schuppelknecht verwerfe, und erklären, daß, wie, wenn ich das nicht sage, getrennte Leute sind. Genossin Fiey, als ich in Stuttgart mein Referat hielt, war es mit eine ganz besondere Freude, daß ich von mehreren Seiten darin Zustimmung fand, daß unter Umständen doch ein Schuppelknecht zulässig sein könne. Ein Redner, der sich im allgemeinen auf den Freihandelsstandpunkt stellte, schloß mit den Worten: Ich erlaube Sie also, der Kautskyschen Resolution zuzustimmen, aber einen Passus einzuschließen, der unsre Abgeordneten ermächtigt, gegebenen Falles unbeschadet unsrer principieil Stellung auch für Schuppelknecht zu stimmen, und dieser Redner war die Genossin Fiey. (Große Heiterkeit.) Ja, so geht es. (Fran Fiey: Aber nicht für die Agrarzölle, Sie haben vorder von Schuppelknecht gesprochen.) Meine Stellung ist im Grunde genommen doch sehr einfach. Ich habe in meiner geschichtlichen Darstellung — dazu bin ich als Wissenschaftler einfach verpflichtet — infolge des kolossalen Umlages in der Handelspolitik auf dem europäischen Kontinent die Frage gestellt: Wie kommt es, daß das ganze Bürgerthum, das früher gegen die Agrarzölle war, seit Ende der 70er Jahre liberal sich so sehr gewandelt hat in allen Ländern? Ich habe gemeint, das müßte tiefe Ursachen haben, und die habe ich geschildert und daraus geschlossen, daß, so lange diese neuen Verhältnisse bestehen, das Bürgerthum aus verschiedenen Gründen an den Agrarzöllen festhalten wird. Und solange wird auch die Industrie daran festhalten. Kautsky sagt, ich hätte keinen Grund angegeben, sondern nur gesagt, ich bin Gegner der Agrarzölle. Ich habe wirklich geschrieben: „Als einen für ihn bedeutenden Grund führt Kautsky an, daß der Zoll aufgebracht wird in Form einer Kopfsteuer, die alle, ob reich oder arm, gleich belastet, ja, Reitere mehr als Reiche“. Na also: Warum soll ich allein nicht in der Lage sein, die schwere Not und Hilfsbedürftigkeit der Landwirtschaft, wie Kautsky anzuerkennen und die Wirkung der Zölle rein thatsächlich, ähnlich wie Koller, zu beurteilen; aber dennoch Arm in Arm mit Kautsky und Koller die spezifische Form der heutigen Staatshilfe, nämlich Hilfe durch Agrarzölle, entschieden abzulehnen, und deshalb abzulehnen, weil die Mittel zur Abhilfe nach einem am meisten für Arbeiter durchaus ungerechten Modus aufgebracht werden. Sogar bei der Arbeiterversicherung, bei geschäftlichen Anlässen zu durchaus berechtigten proletarischen Zielen (Gegenwartsziele) haben wir Sozialdemokraten oft genug die Negation hervorgehoben, weil und die Art der Aufbringung der Mittel nicht gefiel. Dann, denke ich, wird es als durchaus consequent angesehen werden müssen, wenn ich aus dem gleichen Gesichtspunkt der Agrarkrise in anderer Weise begegnet sehen möchte wie seitens der Agrarzöllner. Ich habe darum und aus naheliegenden allgemeinen politischen Gründen am Schluß meiner Handelspolitik geschrieben, und würde heute höchstens die Stellung über den Brotwucher in klarerer Weise fassen: Wie sollten die arbeitenden Massen in den Städten in den Brotzöllen etwas anderes sehen als Stockpügel auf den Wangen, wie sollten sie an dem Schicksal ihrer schuldigen politischen Feinde und Feinde, die sie überall an der Spitze der Agrarbewegung sehen, das geringste Interesse nehmen? Wie mögen uns über die Ursachen der Agrarkrise streiten, soviel wir wollen, wir mögen die Höhe des landwirtschaftlichen Notstandes hoch oder niedrig einschätzen, wir mögen das Ein-

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bremen, den 21. September 1904.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Vorsitzender Dies eröffnet die Sitzung kurz nach 9 Uhr und teilt mit, daß Kuer folgendes Telegramm an den Parteitag gerichtet hat: „Besten Dank für Euren Glückwunsch, hoffentlich erfüllt sich derselbe bald und bin ich wieder im Stande, für die Partei zu wirken. Doch die internationale und die deutsche Sozialdemokratie! Kuer.“ (Lebhafte Bravo-Rufe.)

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Zur Verhandlung steht der Fall Schippel.

Schippel:

Parteigenossen! Ich werde Sie vielleicht in gewissem Sinne enttäuschen, wenn Sie eine sogenannte große Verteidigungsrede erwarten. Vielleicht werde ich nicht einmal die volle Stunde, die Sie mir zu bewilligen die Güte hatten, ausnützen. Sie dürfen mir das nicht übel nehmen. Wenn man sechs Monate hindurch in einem solchen Streit steht, wenn man anfangs die Sache zu besichtigen versucht hat, um den Frieden herzustellen, wenn man Erklärung auf Erklärung abgegeben hat, die von vornherein dahin gingen, daß die Beschuldigungen gegen mich falsch sind, daß ich in Postfragen auf dem Standpunkt der Partei stehe und weiter bereit bin, ihn zu vertreten, wenn man dann einen „Vandwurm von 47 Spalten“ — wie mir so oft vorgehalten worden ist — produziert hat und dann noch nicht einmal erreicht, daß die Genossen zugehen: Nun ja, wir wissen jetzt, woran wir sind — dann dürfen Sie mir das nicht übel nehmen. Wie kommen wir dann überhaupt zu einem Ende, wenn in dieser Weise die Äußerungen eines Genossen einfach ignoriert werden, und wenn nach der Melodie „Wer das Lied nicht mehr weiter kam, der fängt dann von vorne an“, einfach die alten Beschuldigungen wieder erhoben werden. Aber ich habe selbstverständlich die Pflicht, Sie noch einmal zu orientieren über das, was geschehen ist; aber ich werde es so kurz wie möglich thun. Denn wenn meine Erklärungen in 6 oder 8 Monaten nichts geholfen haben, dann werden sie wohl auch heute nicht mehr viel helfen und wir müssen sehen, daß wir zu einem Ende kommen; das scheint mir die Hauptsache zu sein. Mag das Ende für mich weniger oder mehr unerfreulich sein, die Hauptsache ist, daß wir zum Schluß kommen. (Aufe: Sehr richtig.)

Ja, Parteigenossen, um erst einmal auf das Referat Ledebours zurückzukommen. Ich gebe zu, wir haben es mit Fraktionsreferaten nie so streng genommen, wie im Parlament etwa bei Kommissionsreferaten, daß der Referent selber nicht parteiisch sein soll, sondern durch sein Referat nur orientieren soll über die Strömungen, die in der Fraktion oder im Reichstag in der Kommission sich geltend gemacht haben. Ich will deshalb auch Ledebour keinen Vorwurf machen, aber betonen muß ich doch: ein objektives Referat über das, wie es in der Fraktion gelaufen ist, was es nun denn doch nicht. Da war doch viel zu viel subjektiver Standpunkt, viel zu viel subjektive Beurteilung mit dabei. Wenn Ledebour objektiv referieren wollte, hätte er nicht das Recht gehabt, immer von „Fraktion“ zu sprechen. (Sehr richtig!) Es hat dort Widersprüche und Mehrheiten gegeben und die Widersprüche waren keine kleinen. Die Fraktionsklärung ist angenommen mit einigen 30 gegen verschiedene 20 Stimmen. Das ist eine ganz ansehnliche Mehrheit, das hätte man doch wenigstens erwähnen sollen. Dann wurde ein zweites Verbot gefaßt, ob man diese Erklärung veröffentlichen sollte; also ob man die Sache schärfer oder milder in der Öffentlichkeit behandeln sollte. Dies wurde angenommen mit 28 gegen 25 Stimmen, zwei Stimmen hätten ausgereicht und die Sache wäre in der Öffentlichkeit in ganz anderem und weniger greuelm Lichte erschienen. Auch das hätte vielleicht Ledebour erwähnen sollen. Es gab eine starke Strömung, die sagte: bei einer so wichtigen Sache, die uns vielleicht in Streitigkeiten auf Jahre hinaus verwickelt, sollte man doch die Gesamtfraktion extra einladen. Das wurde abgelehnt, aber man weiß ja, die Süddeutschen sind es vor allem, die weniger in Berlin sein können, weil sie zum Teil in den Landtagen festgehalten werden. Vielleicht wäre sonst das Stimmenverhältnis doch anders gewesen. Also Sie sehen, die Dinge liegen nicht so einfach, daß die Fraktion etwa wie ein Mann in dieser Frage gegen mich gestanden hätte.

Auch das ist weiter charakteristisch: Wo ist denn die Entrüstung nun am größten gewesen? Da etwa, wo meine Artikel erschienen sind, da wo die Chemnitzer „Vollstimme“ verbreitet ist und gelesen wird? Mit großer Aufmerksamkeit sind gerade die Artikel gelesen worden. Ist da die Entrüstung aufgeschäumt, hat da die Volksseele gekocht? Nein. Die Chemnitzer „Vollstimme“ hat eine sehr große Verbreitung, sie wird gelesen im Wahlkreis 10. Döbeln, 15. Wittweide, 16. Chemnitz, 17. Glanbach-Neerane, 19. Stollberg-Schneeberg, 20. Jschopau-Marienberg, 21. Annaberg-Schwarzenberg. Ich lese die Zeitung sehr aufmerksam, auch alle Versammlungsberichte, weil es das Blatt ist, das in meinem Wahlkreis verbreitet ist. Da aber hat keiner aufgeschäumt vor Entrüstung. Da ist einmal Stüden in den 15. Wahlkreis gekommen, da ist Schöpflin hingelommen und hat wahrscheinlich ungefähr dieselbe Rede gehalten, wie gestern hier auf dem Parteitage, aber solche Äußerungen sind spurlos an den Versammlungen vorübergegangen, es ist nirgends ein Beschluß gegen mich gefaßt. Also gerade, wo die Genossen am meisten hätten ausschäumen müssen, ist nichts davon zu sehen gewesen, nichts von Entrüstung über meinen Ton, über das, was ich sachlich da entwickelt hatte. Auf der andern Seite aber ist wieder sehr charakteristisch: In Hamburg hat man einen Beschluß gegen mich gefaßt, dort hat man verlangt, daß gegen mich vorgegangen werde. Aber gerade im „Hamburger Echo“ habe ich gelesen, daß die Redner dort in den Versammlungen betont haben: ja eigentlich wissen wir ja gar nicht, was los ist, das „Hamburger Echo“ hat uns darüber nichts mitgeteilt, das müssen wir erst auf dem Parteitage erfahren. Also das ist der Unterschied. Dort haben sie nichts erfahren, da entrüstet sie sich; in Chemnitz aber und überall, wo die „Vollstimme“ verbreitet ist, wo man meine Artikel mit Aufmerksamkeit gelesen hat, wo man sie vor sich hatte, Woche für Woche, Monat für Monat, da ist nichts davon wahrgenommen worden. Im Gegenteil, es ist dort öfter vorgekommen, daß bekannte Parteigenossen, Referenten offen dafür eingetreten sind, daß der Fall Schippel objektiv behandelt werden soll und daß kein Grund zu einem Rezergericht vorliege. In dem 17. Wahlkreis, wo Kuer gewählt ist, einem unserer ältesten und berühmtesten Wahlkreise, der den Genossen Scherf als Delegierten hierher geschickt hat, hat einer der gefüheltesten Redner dort, der Genosse Knaut folgende Ausführungen gemacht mit Bezug auf den Fall Schippel:

Die Hauptsache ist, daß die Verhandlungen sachlich geführt werden. Vor allen Dingen dürfe man bei abweichenden Meinungen nicht immer gleich das Schlimmste befürchten. Die Meinungsfreiheit müsse unter allen Umständen hochgehalten werden. Er beziehe deshalb auch nicht, wenn man gegenüber dem Genossen Schippel wegen seiner abweichenden Meinung bezüglich der Handelspolitik so schwerwiegende Vorwürfe erheben und mit Ausschluß drohen könne. Die Sozialdemokratie sei keine Partei des absoluten Freihandels und auch die Fraktion habe sich nie auf diesen extremen Standpunkt gestellt, auch nicht stellen können. Diese Erklärung habe kein Eringerer als unser alter Wilhelm Liebknecht im sächsischen Landtage gegeben, ähnlich habe sich auch Genosse

Brade geäußert. Schippel habe ganz recht, wenn er den Grundton aufstelle: Wer Handelsverträge wolle, müsse notgedrungen auch Hölle wollen. Wir seien Vertreter der Vertragspolitik. Wenn aber über solche wichtige Punkte noch Unklarheit herrsche, so müsse man eben dafür sorgen, daß mehr Aufklärung geschaffen werde. Dann dürfe man aber nicht gleich aus dem Häuschen geraten — über die Sache selbst wollen wir uns ja jetzt nicht streiten, es handelt sich jetzt nur um die Entrüstung — wenn theoretische Auseinandersetzungen stattfinden. Diese sachlichen Auseinandersetzungen schaden der Partei nicht, wohl aber, wenn man abweichende Meinungen nicht dulden wolle. Gewiß, auch die Ausführungen Schippels — das ist das einzige, was da etwa bemängelt wird — hätten sachlicher sein können, für ihn konnte aber als Entschuldigung in Frage, daß er in ganz ungerechtfertigter Weise angegriffen und zu seinen theoretischen Darlegungen gezwungen worden sei.

So also entrüstet man sich dort, wo man mich kennt, und so in Hamburg, wo man mich nicht kennt. Man entrüstet sich, man bedauert, daß nichts im „Hamburger Echo“ gestanden hat, aber man glaubt, es müsse doch etwas geschehen. — Parteigenossen, legen Sie mal die Hand aufs Herz: Wie viele von Ihnen, die bereit sind, mich zu verurteilen oder scharf zu kritisieren, haben die Artikel gesehen, wie viele haben die Artikel gelesen, wie viele haben Nummer für Nummer verfolgt, ob mein Ton schlechter war oder der Ton der Gegner. Denn das müssen Sie doch auch bedenken, beim Hobeln fallen immer Späne, die Abwehrmaßnahmen richten sich doch auch nach dem Verhalten der Gegner, das ist doch selbstverständlich. Wenn Sie die Dinge so gelesen und verfolgt haben — dann gut, das Urteil wird für mich gewiß schwer wiegen, aber ich glaube, wenn Sie erst an die Dinge herangehen wollen, so wird es Ihnen ja ähnlich gehen, wie es den Hamburgern gegangen ist, wo man sich sagen mußte: Was eigentlich los ist, wissen wir nicht, darüber sind wir nicht orientiert.

Wie so die Stimmungen wechseln, dafür ist folgender Vorgang charakteristisch. Ich habe gestern Mittag mit Hoch privatim gesprochen und er hat dann am Nachmittag hier von der Tribüne denselben Standpunkt vertreten, wie mir gegenüber am Mittag. Als ich aber am Mittag mit ihm sprach, war niemand mehr verbittert über das, was mir Hoch gesagt, als ich selber. Denn im Reichstag waren die Dinge so:

Eines schönen Tages kam ein Fraktionsfreund auf mich zu und sagte: Hoch ist über Ihr Buch ganz entzückt, er wird es Ihnen wahrscheinlich auch noch selbst sagen. Nach ein paar Tagen traf ich Hoch. Das erste, was er that, war, daß er mir sein Entzücken über mein Buch ausdrückte. Aber über meine Rede im dritten Berliner Wahlkreise entrüstet sich Hoch, obwohl Knautsch nachgewiesen hat, daß genau daselbe, was ich da gesagt habe, in meinem Buche steht. Ich vermag mir solchen Widerspruch nicht zu erklären. In dem Buch, das ja den Mittelpunkt der Anklage bildet, steht doch nur ausführlicher und kräftiger betont daselbe, was man mir zum Vorwurf macht. An dem Buch hat man seine Freude, und dann steigt man hier auf die Tribüne und hält die Anklagerede. Das reimt sich nicht zusammen. Und wenn es immer heißt: Die Gegner haben uns gelobt; daß sie den Schippel öfter loben, das ist ein Beweis von seiner Grundgütlichkeit! — ja, Genosse Hoch, denken Sie daran, wie Sie in der Zolltarif-Kommission saßen, da haben Sie den Standpunkt vertreten — und das ist auch von den Gegnern ausgesagt worden — da haben Sie den Standpunkt vertreten, wer Handelsverträge haben will, der muß auch einen Unterhandlungstarif, der nur aus Hölle haben. Da stand Graf Kosobodowsky auf und lobte unsere Genossen Hoch über den grünen Ärmel. (Weiterleut.) Daraus machte ich Hoch nicht den geringsten Vorwurf, das entspricht ja in vieler Beziehung ganz meiner Stellungnahme. Aber dann soll man doch einen andern Genossen nicht deshalb angreifen, weil er um ähnliche Anschauungen wissen auch mal von den Gegnern gelobt wird. Ich bin dem Lob nicht nachgelaufen, aber ich fürchte mich auch nicht davor, ich kann mir doch meine Anschauungen nicht von den Gegnern vorlesen lassen, ich kann mir doch nicht, wenn sie mich loben, flugs eine andre Anschauung bilden.

Hamburg III möchte, wenn etwas bewiesen wird — das ist ein ganz locales Vorgehen — scharfe Maßnahmen gegen mich ergreifen. Hamburg III ist mit vertreten durch Páplow; das ist ein alter Bekannter von mir aus Chemnitz, ich habe stets seine Entwicklung sehr aufmerksam verfolgt und ich glaube, er wird auch meiner noch nicht ganz vergessen haben. Páplow vertritt bekanntlich mit am allerenergischsten den Standpunkt, auch für die Ware Arbeitskraft können sich einmal die weltwirtschaftlichen Konkurrenzverhältnisse, die internationalen Konkurrenzverhältnisse bei der heutigen rapiden Entwicklung des Weltverkehrs und des Menschenverkehrs sehr leicht und sehr rasch dahin ändern, daß wir den internationalen Freihandel in der Ware Arbeitskraft nicht mehr dulden können, daß wir da Beschränkungen, daß wir Abzerrungen haben müssen — es braucht ja kein Schutz Zoll zu sein, sondern eine andre Art des Protektionismus. Páplow wird extra hierher geschickt, um mich wegen meines Protektionismus zu verurteilen, für die Ware Arbeitskraft aber behält er sich vor, heute und morgen schon Protektionist zu werden, wenn andre Konkurrenzverhältnisse eintreten sollten. Páplow vertritt ungefähr denselben Standpunkt wie die Arbeiter in Südafrika, die von jedem Kandidaten verlangen, daß er dafür eintritt, die Indier auszuschießen, die Chinesen auszuschließen, die Schwarzen Arbeit in gewisser Beziehung einzudämmen. Zugleich aber vertritt Páplow Hamburg III, das mich als Protektionisten am schärfsten verurteilen möchte. Nun ist gestern eine wunderbare Anschauung kundgegeben, zuerst in milder Weise von Ledebour, dann in schärferer Weise von Schöpflin, der wir ja als Vertreter der schärferen Tonart kennen, aber mein Buch: Die Grundzüge der Handelspolitik. Ja, ich weiß nicht, hat Schöpflin das Buch überhaupt mal in der Hand gehabt? Er scheint sich da so etwas vorzustellen, als sei die Handelspolitik von Schippel so eine Rezeptensammlung, wie man sich die besten Schlagworte gegen die Agrarier zurecht machen solle. Und da Schöpflin nicht genug Schlagworte und Rezepte findet, so ist das Buch nichts wert, ja es ist sogar gefährlich, denn es schafft Unklarheit. Ich möchte Ihnen raten, Genossen, sich das Buch doch einmal anzusehen; das wird niemand etwas schaden. Sie werden in mancher Beziehung Anregung finden; aber manches werden Sie sich vielleicht ärgern; Sie werden manchmal anderer Meinung sein — aber Sie werden nichts finden, was Sie entrüsten könnte. Was will das Buch denn eigentlich? Mit den heutigen Postfragen hat es überhaupt direkt nichts zu thun. Jeder Wissenschaftler, der ein wissenschaftliches Buch herausgibt, stellt sich doch die Aufgabe selbst. Ich bin nicht verpflichtet, einen Leitfaden für die Agitation zu schreiben, wenn ich mich nur innerhalb des Rahmens der Partei halte. Das Buch soll eine Geschichte der handelspolitischen Strömungen im Laufe des 19. Jahrhunderts sein, eine rein geschichtliche Arbeit, die darstellt, wie diese Strömungen entstanden sind und welche theoretischen Formulierungen sie gefunden haben. Das erste Kapitel des Buches stellt dar, wie im Anfang des 19. Jahrhunderts in England der Freihandel emporgewachsen ist. Hätte ich da Rezepte gegen die Agrarier hineinbringen müssen? Das zweite Kapitel schildert die großen Gegenströmungen, die hauptsächlich in Amerika und dann auf dem Kontinent entstanden. England wollte den Freihandel international haben, aber überall, wo man auf dem Kontinent eine Industrie emporwuchs, die noch schwach, linderhaft, hilflos war, entstanden schutzjüderische Bewegungen. Man sagte: Wir werden einfach niedertreten und auf den rein agrarischen Produktionsstandpunkt zurückgeworfen, wenn wir es

England nachmachen. Natürlich handelte es sich damals nur um Industriefreihandel. Das dritte Kapitel behandelt die kurze Periode des Freihandels, die wir zwischen 1800 und 1870 auf dem Kontinent hatten. Auch diese Darstellung hat nichts mit den heutigen Fragen zu thun. Im vierten Kapitel wird dann die Frage erörtert: Wie kommt es, daß wir seit dem Ende der 70er Jahre allüberall einen so gewaltigen Umschwung aller Anschauungen über die ganze Handelspolitik wahrnehmen, daß die früher von den bürgerlichen Parteien so verfeimten Agrarzölle jetzt trotz aller Ueberlieferungen acceptiert werden? Das muß doch eine Ursache haben! Gerade wir Sozialdemokraten sollten uns doch eigentlich freuen, wenn auch mal einer kommt und offen sagt: Hier liegen ganz neuartige Erscheinungen vor, die wir auf absehbare Zeit nicht ändern können. Und da habe ich allerdings die Anschauung vertreten: So leicht wird diese Schutzollmauer nicht umfallen. Wir sind anderer Meinung als die herrschenden Strömungen, auch ich bin es, aber wir müssen mit den Thatsachen rechnen. Wie kann man mir daraus einen Vorwurf machen? Weil ich „unklar“ gewesen bin? Ich kann es nicht ändern, wenn man mich unklar findet. Andre sagen, ich sei zweideutig. Ja, wenn jemand so eine feindliche Strömung lange Zeit unterschätzt hat und es tritt dann jemand dagegen auf, so wird das immer „zweideutig“ gekunden. Mit einem solchen Vorwurf kann man den Gegner diskreditieren, aber widerlegt hat man ihn damit noch nicht!

Was ist denn für mich das Empörendste an der ganzen Geschichte? Das Buch, das den Mittelpunkt der ganzen Anklage bildet, ist vor 3 Jahren erschienen. Gewiß, es sind Artikel dagegen erschienen. Das geht bei jedem Buch so. Jemand ein Autor, bei dem sich andre Anschauungen in langen Jahren festgewurzelt haben, wird durch das Buch nicht bekehrt werden. Es gibt auch Artikel, bei denen der Autor gar nicht bekehren will, und es gibt auch Artikel, die nur geschrieben sind, um einen Autor zu diskreditieren. Solche Artikel, Genossen, liest man nicht. Ich habe sie nicht gelesen, bis heute noch nicht. Und ich verbitte mir das (Webel: Na, na!), daß mir zugemutet wird, ich hätte diese Artikel lesen müssen. Nein, so steht die Sache denn doch nicht. Wenn Leute, die mich gar nicht gelesen haben, trotzdem über mich urteilen, dann werde ich auch wohl sagen dürfen: die betreffenden kritischen Artikel habe ich auch nicht gelesen. In der Partei haben sie auch gar keine Wirkung gehabt. Niemand ist aufgestanden und hat gesagt: hier ist eine Anklage erhoben worden, die mich jetzt zur Entscheidung gebracht werden. Haben Sie so etwas wahrgenommen? Ich habe nichts davon gemerkt. Dann kamen die Postkämpfe im Reichstage. Ist da jemand aufgetreten mit der Behauptung, daß ich in die Fraktion nicht mehr hineinpaße? Niemand ist aufgestanden. Dann haben wir Wahlen gehabt. Ich bin in Chemnitz einstimmig wieder aufgestellt worden. Das hat man gewußt und hätte man Widerspruch erheben wollen, so wäre die Möglichkeit dazu vorhanden gewesen. Wir wissen ja, daß es in solchen Fragen nicht auf das formelle Recht ankommt; die Möglichkeit lag jedenfalls vor. Wissen Sie etwas davon, daß einer aufgestanden wäre und gesagt hätte, um einen Außerordentlichen Ausdruck zu gebrauchen: „Lassen Sie Schippel die Ränke von arken zumachen!“? Ich habe nichts davon gehört. Wir sind dann im Reichstag zusammengetreten; ich wurde wieder als Schriftführer präsentiert und habe sämtliche Fraktionsstimmen dafür bekommen, hat damals jemand gesagt: Schippel hat das Buch geschrieben, er ist nicht mehr würdig, der Fraktion anzugehören? Ich habe nichts davon gehört. Und als ich dann meinen Vortrag hielt, war es nun wirklich notwendig, daß um jeden Preis dieser Streit entsefelt werden mußte?

Ich habe den Vortrag gehalten in kleinem, geschlossenem Kreise. Als ich darauf hinwies, hat man gesagt, ich wolle mich verteidigen. Nein, ich habe mich nie verteidigt; man wirft mir ja gerade vor, daß ich wie ein Grobian aufgetreten sei. Ich gebe zu, die Partei kann verlangen, daß ein Genosse zeitweise beiseite geht, wenn er mit der Anschauung der Mehrheit nicht übereinstimmt. Aber ich war gar nicht der Meinung, daß der Fall vorlag, daß daraus für mich ein Kampf entstehen müsse zum Wiegern oder Brechen. Weiter kann man auch verlangen, daß ein Genosse nicht geflüstertlich der Partei knipst zwischen die Beine wirft. Wie die Dinge lagen, kann von einer solchen Absicht wirklich nicht die Rede sein. Die Sache stand so: Schöpflin sollte am dem Abend im dritten Berliner Wahlkreis eine Rede halten. Weil aber die Reichstags-Sitzung an dem Tage ausfiel, reiste er nach Hause und der Vorstand des Kreises kam in große Verlegenheit. Ich wurde mit Witten beauftragt, einzuspringen, und weil ich schon so oft abgelehnt hatte, sagte ich schließlich zu. Damals wurde gerade der Mittel-europäische Wirtschaftsverein gegründet, und ich schlug vor, daß ich über diese Fragen sprechen wolle. So ist der Vortrag entstanden. Hätte ich gewußt, daß über den Vortrag ein Bericht veröffentlicht werden sollte, so hätte ich dem Berichterstatter — ich kannte ihn nicht — gesagt: Ich bin hier nur als Lückenbäher, die Sache könnte in der Öffentlichkeit doch irgendwie ausgegütet werden (Hört! Hört!). Thun Sie mir den Gefallen und lassen Sie das. Wir sind in einem kleinen Kreise, da kann man schon mal etwas sagen, was, wenn es in die Öffentlichkeit gedruckt wird, Mißverständnisse und Zweideutigkeiten erregen kann.“ (Hört, hört!) So war die Sache und da kann man doch nicht behaupten, daß ich die Absicht gehabt hätte, der Partei Knipst zwischen die Beine zu werfen. Und nach der Absicht müssen Sie urteilen. Wenn mir ein solcher Jungenschlag oder so etwas passiert wäre: von der Absicht, einen Streit zu provozieren, kann wirklich nicht gesprochen werden. Und wenn diese Absicht nicht vorliegt — sie kann nicht vorliegen —, so sollte man sie auch nicht unterstellen.

Nun komme ich auf das Verhalten der Fraktion. Hätte ich gewünscht, daß der „Vorwärts“ einen Bericht über den Vortrag bringen würde, so hätte ich zum mindesten gebeten, daß er mir vorher vorgelegt würde. In der Fraktion wurde von allen Seiten offen ausgeprochen: Wenn man einen so sensationellen Bericht bringt mit Stellen, die offenbar so nicht gelautet haben können, dann möchte der Bericht dem Redner unbedingt vorgelegt werden. Ich glaube, durch zwei Sätze und die Aenderung von sechs oder sieben Worten hätte der ganze Bericht eine korrektere Form bekommen können, so daß kein großes Unglück hätte entstehen können. Ledebour sagte gestern, die Fraktion hätte mich erst zwingen müssen zu der Erklärung, daß ich gegen Agrarzölle sei, natürlich als Forderung der Sozialdemokratie. Das ist nicht richtig. An demselben Tage, an dem der Vorwärtsbericht erschien, waren wir abends in der Fraktion zusammen. Damals war die Stimmung allgemein: Die Sache ist nicht hübsch, aber nach den Aufklärungen, die erfolgt sind, müssen wir sehen darüber hinweg zu kommen. Man wollte überhaupt nichts gegen mich unternehmen. Im Laufe der Debatte hatte Pfannhuf — ich glaube, er war es — das Wort fallen lassen: „Wenn Schippel eine Erklärung abgibt, er teile den gegnerischen Standpunkt der Partei gegen den Zolltarif, so würde die Sache am besten erledigt.“ Ein Beschluß wurde in dieser Beziehung nicht gefaßt, ich griff den Vorschlag, der mir gefiel, aber auf, und Stadthagen hatte die Freundlichkeit, eine entsprechende Erklärung zu formulieren. Und so fanden Sie denn am nächsten Tage meine Erklärung im „Vorwärts“, die mit den Worten schließt: „Nach wie vor vertritt ich die beim Zollkampf und im Wahlkampf von der Partei und mir beabsichtigten Anschauungen.“ Damit sollte die Sache erledigt sein; das war die allgemeine Stimmung. Dann aber kamen die Hinweise auf mein Buch. Es wurden Äußerungen von mir citiert wie die, daß der Zoll keine verteidigende Wirkung habe — eine Behauptung, die in dieser Form einfach geschmacklos ist —; es kamen immer neue Anzuspungen. Man wollte die Sache auf der andern Seite nicht zur

Ruhe kommen lassen, und so mußte schließlich die Fraktion auch etwas thun. Ich mache der Fraktion keinen Vorwurf. Sie hätte vielleicht sagen können: „Beweist mal Eure Wortwäre!“ Aber wenn sich draußen so viel Mißtrauen angeammelt hat, so kommt die Fraktion schließlich dazu, daß sie etwas thun zu müssen glaubt. So kam die Resolution der Fraktion zu stande. Wenn Sie sich diesen Sachverhalt überlegen, so können Sie nicht sagen, ich hätte den Streit provokieren wollen. Im Gegenteil, ich habe alles gethan, um den Streit beizulegen. Es ist doch auch nicht angenehm, jeden Tag erklären zu müssen, ich stehe in diesen Dingen durchaus nicht der praktischen Haltung der Partei gegenüber. Und wenn man das erklärt hat, und jeden Tag von neuem kommen dieselben Angriffe, nun, das geht einem schließlich gegen den Mann. Fortwährend diese betweisenden Andeutungen, dann Erklärungen von mir und immer dabei die Empfindung: morgen gehts wieder los! Ich bin bis an die Grenze des Möglichen gegangen, vielleicht noch darüber hinaus. Trotzdem ist der Streit weiter gegangen, den in seinen Einzelheiten zu schildern gar nicht möglich ist.

Ich wende mich deshalb der Resolution Vebel zu. Welche Stellung Sie dazu nehmen werden, ist Ihre Sache. Ich weise Sie nur auf einige Punkte hin, die Sie unmöglich annehmen können. Da wird mir zunächst mein Ton vorgeworfen. Ein Jahr nach dem Dresdener Parteitag berichtigte ich mich, dem in erster Linie in der Partei der schlechte Ton vorgeworfen wird, das habe ich nicht erwartet. Ich glaube nicht zu denjenigen zu gehören, die sich am lautesten gegen Parteigenossen äußern. Aber bedenken Sie: ich habe auch eine Leber, über die mal eine Maus läuft. (Heiterkeit.) Wissen Sie, was gegen mich geschrieben worden ist? Wenn Sie meinen Ton tabeln, warum nehmen Sie den Ton der andern nicht mit hinein! (Sehr richtig!) Warum nur immer den Ton desjenigen, der angegriffen, der herausgefordert worden ist, der sich verteidigen muß gegen betweisende Verdächtigungen. Ich will Ihnen mal ein paar Stellen vorlesen. Da gibt der Genosse Kardus eine Korrespondenz heraus, die ich bis dahin nicht gekannt habe, die Korrespondenz: „Aus der Weltpolitik“. Darin schreibt er am 30. Januar 1904 und die Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ hat diese Beleidigungen und Beschimpfungen wortgetreu nachgedruckt. Es heißt da:

„Max Schippel hielt in Berlin eine große Rede über Handelspolitik. Der „Vorwärts“ brachte einen langen Bericht darüber. Dieser Bericht enthält von der ersten bis zur letzten Zeile nichts als flogararische Ausführungen (Sehr richtig!) über Agrarzölle, über Landwirtschaftsnot, über Handelsverträge. Ganz und gar im Sinne eines Grafen Damis. Dann publiziert Schippel eine Verächtlichkeit im „Vorwärts“, wonach seine Ausführungen zwar durchaus genau im Bericht wiedergegeben seien, nur habe er damit bloß die Ansichten der andern Parteien zum Ausdruck bringen wollen, seine Ansichten aber seien die Ansichten der Partei. Wir gestatten uns, dieses Dementi in den Papierkorb zu schieben. Hätte Schippel gesagt, er sei es gar nicht gewesen, der den Vortrag gehalten hat, die Versammlung habe nicht stattgefunden, der Bericht sei gar nicht im „Vorwärts“ erschienen, sondern in der „Deutschen Tageszeitung“, so würde man vielleicht an seiner geistigen Intelligenz, aber nicht an seiner Aufrichtigkeit zweifeln. Schippel würde gut thun, in der Zukunft, um Mißverständnisse vorzubeugen, an die Genossen, die von ihm ein Referat verlangen, erst die Anfrage zu richten: Von welchem Standpunkte wollen Sie, daß ich die Frage behandle? Vom agrarischen, vom ultramontanen oder vom antisemitischen? Oder noch anders? In der Zukunftsfrage wird es dann ungefähr heißen: Max Schippel spricht über Jüdisch vom Standpunkte Fritz Friedmanns — eine Geisteskrankheit ersten Ranges. — Den Kulminationpunkt des Ganzen bildet eine Verherrlichung des neuen Jolltarifs — meine Rede eine Verherrlichung des neuen Jolltarifs! — man soll nicht sagen: Mit dem neuen Jolltarif ist nichts anzufangen. Damit ist sehr viel anzufangen. Wer spricht denn da? Ist es Bassermann? Ist es Posadowsky? Oder sind Sie es gar wirklich, Genosse Max Schippel? Existieren Sie denn lebhaftig und lebendig? Oder ist es vielleicht nur noch ein sozialdemokratisches Reichstagsmandat, hinter dem sich der Geist des verstorbenen Freiherren von Wangenheim verbirgt? Da haben wir nun gegen den Jolltarif gekämpft und gewöhnt, Obstruktion getrieben, beinahe eine Staatskrise zu stande gebracht, — und jetzt erfahren wir, daß das alles umsonst war, daß wir ruhig der Jolltarifvorlage hätten zustimmen, oder jedenfalls, wie bei der Herero-Vorlage, uns der Abstimmung enthalten, neutral bleiben können! Das ist nun Schippel!“

Es ist immerhin ein Trost, daß in derselben Nummer der „W.“ gerade so gegen die Fraktion wegen ihrer Abstimmung über die Herero-Vorlage losgegangen wird. Es ist ein Trost für den Glenden, mit andern zusammen abgeklacht zu werden. Ein schöner Ton war das nicht, und mein Ton war doch um verschiedene Grade schöner. Ich bitte, mir das Gegenteil zu beweisen. Das waren aber noch lange nicht die schönsten Töne, die Kardus riskiert hat. Und seine gefälligen Helfershelfer haben es nachgedruckt. Das ist „Parteidisziplin“, das ist die „Förderung des guten Verhältnisses unter den Parteigenossen“. So heißt es in der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ vom 10. 2. 1904:

Schippel macht sich nichts daraus. Es ist ihm überhaupt alles egal. Das Gefühl der allgemeinen Würdigkeit besetzt ihn. Man weiß ihm nach, daß er alte agrarische Landeshüter produziert, deren Richtigkeit längst aufgedeckt, von ihm selbst erkannt ist, daß er Citate fälscht. (Auf: Sehr richtig!) Amt, Citate fälschen wir ja alle. Citate müssen immer im Zusammenhang betrachtet werden — daß er die Unwahrheit sagt, — das rüht ihn nicht. Er ist unverlegbar, denn er hat jedes moralische Empfinden verloren. Man kann ihm, wie dem unverbundbaren Al in Variété Strickadeln durch die Wangen ziehen und brennendes Berg in den Mund stecken. (Heiterkeit.) Er fühlt es nicht. Was man auch über ihn schreibt, er liest es nicht. Alles ist nichts. Er ist jenseits von Gut und Böse. Er lebt in einem Nirwana, deutsch, in einem Dufel. Mit halbgeschlossenen, verchlafenen Augen sieht er sich die Welt an — sie erscheint ihm klein, unbedeutend, und was wir andern treiben, wofür wir uns ereifern, erhitzen, unruhig und erbärmlich. Wahrheit, Wissenschaft — alles ist unklar, schwankend, vergänglich. Revolution, Sozialismus, politische Macht, Weltumwälzung, Princip — Hakematationen, Utopien, Zeitvertreib! Jedes Ding läßt sich verkleiden darstellen — je nach dem Gesichtspunkt. Tritt man ihm entgegen, sucht man ihn zu überzeugen, so höhet er bloß; Das alles kann er ebenso gut wie wir, und wenn wir es wünschen, könne er es auch anders darstellen. (Auf: Leider sehr richtig!) Er zeichnet eine Karikatur der Volksmiliz und agitiert mit uns gegen das bestehende Heer; er schreibt ein schuppädlnerisches Buch und agitiert mit uns gegen die Schutzölle. Er glaubt weder an das eine noch an das andre: weder an das, was wir thun, noch an das, was er schreibt. Der Mann ist zu bedauern. Er kannte einst bessere Zeiten.

Was sagt nun die Dortmunder „Arbeiterzeitung“ dazu? „Soweit Kardus. Sie haben gestern schon unsere Hoffnung Ausdruck gegeben und wiederholen das auch heute, daß die Fraktion alle Verurteilungen zu Schanden machen wird, indem sie resolut zwischen sich und Schippel das Tischschloß zerhacken.“ Und bei anderer Gelegenheit schreibt dasselbe Blatt: „Schippel hat den ehernen Boden der marxistischen Denkweise verlassen, und nun hat er gar keinen Boden mehr unter den Füßen, er sinkt — sinkt ins Bodenlose. Gerade im Falle Schippel zeigt sich aufs neue deutlich, wie selbst die größte Begabung und die umfassendsten Spezialkenntnisse nicht vor völligem politisch-wissenschaftlichen Schiffsbruch schützen, wenn man nicht geleitet wird von dem Kompass einer fest fundierten Theorie, wenn man nicht unverwandelt blickt auf den Leuchtturm eines zielklaren Programms.“

Das erlaubt sich hier dem Genossen Max Schippel jemand zu sagen, der es weder an Begabung noch an Spezialkenntnissen mit ihm aufnimmt, der weder „allweise“ noch ein „Vorteilhaft“ ist, der aber vor Schippel einen großen Vorzug vorans hat, den nämlich, daß er nach wie vor ein Klassen- und zielbewußter Sozialdemokrat ist.“ Habe ich angeichts solcher Auslassungen nicht recht, wenn ich meinen Ton um ein paar Nuancen verhärtete? Wenn die Dinge so von vornherein angegriffen werden, bevor es zu einer Aussprache kommt, wenn die Parteigenossen nicht das Bedürfnis haben, abzuwarten, wie die Erklärungen ausfallen, sondern gleich loschlagen, nun, dann darf man sich nicht beschweren, wenn auch mein Ton etwas kräftig geworden ist. Ich weiß nicht recht, weshalb die Resolution Vebel nur den Ton der einen Seite tabelt.

Dann enthält die Vebelsche Resolution noch eine Stelle, die Sie unmöglich so annehmen können. Es heißt da: „Wenn schließlich der Genosse Schippel, durch die Fraktion zu harter Stellungnahme gedrängt, erklärte, daß er Gegner der Agrarzölle sei...“ In meiner ersten Erklärung bin ich durchaus nicht gedrängt worden. Ich selber habe mich freiwillig bereit erklärt, eine persönliche Erklärung abzugeben. Dazu kommt die Stelle über den Ton. Wenn Sie den Ton der einen Seite kritisieren, dann sollten Sie, da es sich um einen Streit hin und her gehandelt hat, entweder den Ton der andern Seite auch kritisieren (Sehr richtig!), oder Sie sollten dies Moment weglassen, denn das führt in der Außenwelt zu ganz falschen Vorstellungen. Auf die Sache selbst will ich nicht eingehen, die müssen Sie ja selbst entscheiden können. Warum soll ich es bestreiten, daß ich in der Agrarfrage von Grund aus nicht gedrängt habe? Liegt etwas vor, was ich bestreite, dann nagen Sie das an! Dann würde Ihre Resolution wenigstens nach außen wirken, wenn sie auch nicht so gemeint ist. Aber niemand hat ja bereitwilliger die Aenderung seines Standpunktes in gewissen Fragen zugegeben als ich. Ich habe in der Chemnitzer „Volksstimme“ vom 10. August geschrieben: „Folgend darf man aus meinen Darlegungen allerdings, daß für die Partei die Agrarfrage wohl noch nicht als „gelöst“ zu betrachten ist. Kommt sie, was in keiner Weise eilt, wieder einmal ernstlich zur Erörterung, — sowohl hinsichtlich der tatsächlichen Feststellungen über die Lage der Landwirtschaft, wie hinsichtlich der Möglichkeit sozialistischer Hilfsmittel gegen etwa anzuerkennende Notstände — so interliegt es für mich keinem Zweifel, daß wir vieles besser machen werden wie 1895. Ich selber bin ein lebender Zeuge manches Meinungsumschwunges auf diesem Gebiete, und auch andre haben unterdes manderlei gelernt. Das geht uns nun einmal allen so oder doch den meisten von uns — glücklicherweise. Selbst rettende Gegenprogramme gegen den bürgerlichen Agrarismus auszudecken, dazu bin ich selbstverständlich nicht verpflichtet, dazu bin ich ferner sehr wenig beranlagt. Ich habe in solchen Dingen noch immer dem altösterischen Grundglaube, daß Programme und programmatische Umgebungen nur Kollektivarbeit, nur das Ergebnis vorangegangener vielfeitiger Ansprachen und Verständigungsversuche innerhalb der Partei sein können und sein sollen, daß sie darum zunächst ein in der Partei alleseitig empfundenes Bedürfnis nach einer bestimmten Stellungnahme zur Grundlage haben müssen. Seit dem Jahre 1895 habe ich davon nichts mehr verspürt. Das wird sicher eines schönen Tages abermals anders werden. Bis dahin jedoch kann unferner vernünftigerweise weiter nichts wollen, wie Aufklärung über die nahgebendsten agrarischen Entwicklungserscheinungen mit verdrehten zu helfen, um auf diese Weise spätere Diskussionen zu erleichtern und spätere Vorschläge vorzubereiten. Heute schon mehr zu thun, hieße Eier bebrüten, ehe sie gelegt sind.“

Nun, Genossen, wenn einer so offen ausspricht, daß er seinen Standpunkt geändert hat, dann sollen wir auch hier nicht diese Aenderung anmagen wollen, als wenn sie einen Vorwurf bedeutete. (Auf: von Vebel.) Ja geht zu, das mag ja nicht die Absicht sein, aber Sie wissen ja, wie solche Resolutionen außen beurteilt werden, und wegen dieser Wirkung nach außen sollten Sie die Knage lung fallen lassen.

Und nun zum Schluß! Das richtet sich gegen Schöpflin, der hier mit solcher Verbe gegen mich gesprochen hat; er hat erklärt, selbst die Resolution Vebel ohne das Amendement Freythalers sei nicht annehmbar, und er hat hinzugefügt, ob Schippel dann die Konsequenzen ziehen wird, das steht dahin. Nun, Genossen, darüber zeredne ich mir zunächst den Kopf nicht, ich habe die Gewohnheit, daß ich mir nicht über Dinge, die vielleicht einmal kommen könnten, aber Verläufe, die vielleicht einmal angenommen sein könnten, schon im voraus den Kopf zerbrechen über die Konsequenzen, die ich daraus ziehen soll. Darauf kann ich Ihnen im Augenblick keine Antwort geben. Aber, Sie haben von meiner Zweideutigkeit gesprochen. Nun, Genossen, wenn Sie das durch das Amendement bezwecken, was Schöpflin ganz offen als Absicht ausgesprochen hat, dann haben Sie heute mal den Mut, dann setzen Sie nicht zweideutig, dann verlangen Sie das, was Sie wollen. Und verlangen Sie das, was Sie wollen, dann werden wir uns weiter sprechen. (Beifälliger Beifall.)

Sindermann-Dresden:

Der Wunsch, Klarheit zu schaffen, besteht unter den Genossen fast aller Wahlkreise, und es ist ja auch ganz selbstverständlich, daß wir Schippel gegenüber mal eine klare Stellung einnehmen müssen. Die Geschichte liegt doch nicht so einfach, wie Schippel sie darzustellen beliebt. Ledebour hat durchaus objektiv berichtet; wir haben seitens der Fraktion von Schippel eine Erklärung darüber verlangt, ob er noch auf dem Standpunkt steht, den er zur Zeit des Kampfes gegen den Jolltarif einnahm. Diese Erklärung ist nicht erfolgt. Es ist in den letzten Monaten ein bedauerlicher Unfug damit getrieben worden, daß man sich Vertrauensvoten von Wahlkreisen ausstellen läßt. (Sehr richtig!) Die Chemnitzer haben Schippel ein Vertrauensvotum erteilt, noch bevor er gefragt hat, welchen Standpunkt er eigentlich einnimmt. Ich habe sogar gehört, daß er die Vertrauensresolution selbst geschrieben und sie nur durch einen andern Genossen hat einbringen lassen. (Beifälliger Beifall!) Welchen Wert haben denn solche Vertrauensvoten noch? Ich glaube, auch die Chemnitzer werden das mysteriöse Verhalten Schippels zu würdigen wissen und denselben Weg betreten, den der Parteitag heute durch die Resolution Vebel und das Amendement Freythalers ihnen anzeigt. Die Resolution Vebel geht mir nicht weit genug, wir müssen Schippel zeigen, was er zu thun und zu lassen hat, und das kommt in dem Amendement zum Ausdruck. Schippel macht den schwereren Kampf gegen den Jolltarif nicht mit, er läßt sich nicht blicken, er giebt den Gegnern Material gegen uns, und heute kommt er hierher und liefert das selbe traurige Schauspiel wie in seinen Zeiteln in der Chemnitzer „Volksstimme“. (Sehr richtig!) Wenn ich einmal die Notwendigkeit von Schutzölle einsehe, dann ziehe ich auch die Konsequenzen daraus. Gegen das mysteriöse Verhalten von Schippel muß der Parteitag endlich Stellung nehmen. Zur Zeit des Wahlkampfes im 20. jährlichen Wahlkreise, wo Göhre eine so taktlose Rolle spielte, als die bürgerlichen Parteien die Stellung von Schippel gegen uns auszunutzen, hat sich Schippel trotz der Aufforderung, zu sprechen, nicht gerührt. Er liest nichts, er hört nichts, er weicht nicht, und dabei ist er fähig, und eine ganze Reihe von Citaten vorzuführen, die zu seinen Gunsten sprechen. (Sehr gut!) Auf der jüngsten Landeskonferenz sagte er, er kümmere sich um die Streitigkeiten in der Partei nicht. Erst sollte er eine Streiffrage auf, und wenn dann die Genossen Klarheit verlangen, dann sagt er: Ach, Ihr wollt ja bloß känkeln, ich lasse mich darauf nicht ein, denn jedesmal fangen diese Stänkereien an mit einer Auseinandersetzung über die materialistische Weltanschauung, die Sie finden mit einer dreidigen Kunstfertigkeit. (Wui!) Er hat seine Erklärung abgegeben, obwohl nichts leichter gewesen wäre, als einfach zu sagen: ich verwerfe alle Lebensmittelsölle, ich verwerfe alle Agrarzölle in Deutschland! Statt das zu erklären, hat er nachher die Genossen in der höchst unklaren Art und Weise herantzerissen. Das darf in der Partei nicht Brauch werden, die Genossen müssen Schippel zu erkennen geben, daß wenn er nicht mehr fähig ist, die neue Weltanschauung gegen die alte zu vertreten, in der Partei kein Platz mehr für ihn ist. Schippel läßt es zu, daß die Gegner ihn

fortwährend gegen uns ausspielen, aber er hat nicht den Mut, zu sagen, ich laun nicht mehr durch Dich und Damm mit Euch gehen und muß deshalb die Konsequenzen ziehen. Das fällt ihm gar nicht ein. Wir alle haben keine Lust, in der Partei zu stänkern, wir wissen, daß es notwendig ist, gerade in Pollfragen die größte Einheit zu bewahren. (Sehr richtig!) Mander Genosse, der es 1895 nicht verstand, wie Vebel sagen konnte: er sei mit Schippel als Mensch fertig, wird heute sagen, daß Vebel recht gehabt hat. An Stelle von Schippel würde ich den Mut haben, zu sagen: ich gehöre innerlich nicht mehr zu Euch, ich gehe meiner Wege, ich laun nicht mehr mit Euch marschieren. (Beifälliger Beifall.)

Eduard Bernstein:

Ich habe mich einschreiben lassen, um gegen die Resolutionen zu sprechen, nicht etwa, weil ich den Standpunkt Schippels teile, sondern, weil die Resolutionen nur Aeußerlichkeiten betreffen und nicht das, worauf es ankommt. Ich will nicht leugnen, daß in Schippels Auftreten eine gewisse Zweideutigkeit liegt, aber das ist mir eine Aeußerlichkeit. Viel wichtiger ist, daß der Standpunkt Schippels ein theoretisch falscher und zweideutiger ist. Auch die Art, wie er hier die Frage behandelt hat, hat das von neuem bekräftigt. Er hat unter andern Paplow angeführt als einen Genossen, der zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß unter Umständen die Ware Arbeitskraft gefähigt werden muß gegen die Konkurrenz von Arbeitern anderer Länder auf dem Arbeitsmarkt. Das ist aber etwas ganz andres als das, worum es sich in der Handelspolitik handelt. (Sehr richtig!) Ich will damit nicht etwa sagen, daß ich all das gut heiße, was in den verschiedensten Ländern geschieht ist, um fremde Arbeiter vom Arbeitsmarkt abzuhalten. Die deutsche Technik und die deutsche Industrie sind im allgemeinen so entwickelt, daß sie keines Schutzölles bedürfen. Schutzölle sind wirtschaftlich betrachtet doch schließlich eine Verteuierung der sachlichen Produktionskosten, und wir alle haben doch ein Interesse daran, die sachlichen Produktionskosten möglichst zu vermindern. Wir wissen weiter, daß der Agrarzoll für kleine Landwirte, je mehr sie sich ihrer Klassenlage nach den Arbeitern nähern, gleichgültig, ja sogar schädlich ist. Die Arbeiterklasse muß eine durchaus einheitliche Handelspolitik betreiben aus ihrer ganzen Stellung in der modernen Gesellschaft heraus. Daß die bürgerlichen Parteien, wie Schippel feststellt, die Föhne des Freihandels haben fallen lassen, ist begreiflich, einmal weil sie überhaupt reaktionärer geworden sind, teils auch, weil sie die Kraft verloren haben, für ihre Ideen einzutreten. Deshalb ist die Föhne des freien Verkehrs auf die Arbeiterklasse übergegangen. Ich bedauere, daß Schippel diesen Standpunkt nicht hat, aber aus solchen theoretischen Auffassungen kann man niemandem von vornherein einen Vorwurf machen. Andererseits darf man dazu auch nicht schweigen. Ich verweise in den Resolutionen die Betonung des Standpunktes der Partei, wie er in den Beschlüssen von Mainz und München zum Ausdruck kommt. Also, theoretisch trennt mich sehr viel in dieser Frage von Schippel, ich sehe vielleicht am schärfsten von allen Genossen gegen ihn, aber daraus, daß er in einem improvisierten Vortrag (Auf: improvisiert?) in einer geschlossenen Versammlung seine theoretischen Auffassungen vorgebracht hat, ist ihm kein Vorwurf zu machen. Die Sache ist gegen seinen Willen und seine Absicht in die Öffentlichkeit gezogen, er ist aufgefordert worden, Stellung zu nehmen. Die Art, wie Schippel seinen Standpunkt entwickelt hat, hat auch mir nicht gefallen, er hätte schon etwas deutlicher sprechen und von vornherein seinen Standpunkt öffentlich kundgeben können. (Vebel: Das verlangen wir ja, das haben wir aber auch heute nicht erfahren!) Schippel hätte auch im Ton anders sein können, aber ich weise darauf hin, daß uns sonst immer gesagt wird, alte Weiber beschwerten sich über den Ton, eine künftige Partei laun auch einen kräftigen Ton vertragen. Also, man soll auf den Ton nicht so viel Gewicht legen, oder aber, wenn man ihn rügt, dann soll man ihn bei allen rügen. Schippel ist doch auch scharf angegriffen worden, ihm ist sogar von Kautsky unrecht gesprochen, insofern als er ihn Widerspruch vorwarf, wo keine Widersprüche vorhanden waren. Ich teile, wie gesagt, den Standpunkt von Schippel nicht, und ich halte es weiter für notwendig, daß der Parteitag nochmals seine Stellung zur Verkehrs- und Handelspolitik und zur gegenwärtigen Jollpolitik bekräftigt. Ich habe auch nichts dagegen, wenn der Parteitag einen Tadel ausspricht über den Ton, aber nicht über den Ton allein von Schippel, sondern über den Ton von allen. (Sehr richtig!) Schippel verband sich in einer sehr schwierigen Lage, man hätte ihn nicht zwingen dürfen zu sprechen. Aus seinem Schweigen laun ihm ein Vorwurf nicht gemacht werden. Ich empfehle Ihnen die Annahme folgender Resolution:

„Der Parteitag mißbilligt den Ton, in dem die Polemik zwischen Schippel und einigen Parteigenossen in der Jollfrage geführt wurde:

er bekräftigt aufs neue die Resolution des Mainzer Parteitages von 1900 in Bezug auf die Grundzüge der Verkehrs- und Handelspolitik und des Münchener Parteitages von 1902 über die gegenwärtige Jollpolitik der Reichsregierung; er nimmt von der Erklärung des Genossen Schippel, daß er entschiedener Gegner der Agrarzölle ist, Kenntnis und geht damit über diese Angelegenheit zur Tagesordnung über.“ (Lachen.)

Paplow-Hamburg:

Schippel hat recht, wenn er mich als alten Freund reklamiert, ich gehöre zu denen, die ihn vor 15 Jahren auf den Sattel gehoben, d. h. als Reichstagskandidat für Chemnitz aufgestellt haben, und ich bin in gewisser Beziehung auch heute noch Schippelianer, obwohl ich nicht alles, was er geschrieben hat, mit beantworten will. Ich sage auch, daß die handelspolitischen Fragen diskutiert werden können in dem Sinne, wie Schippel es gethan hat. Was ich ihm vorwerfe, ist, daß er die politische Situation nicht beachtet, daß er gerade als die Partei im Kampfe gegen den Jolltarif stand, diese Fragen aufzuwerfen hat. Schippel sagt, ich sei Protektionist. Ich bin in Amsterdam keineswegs protektionistisch aufgetreten, ich habe nur gesagt, daß ich das Wort von Marx: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“ nicht so auf-fasse, daß ausländische Arbeiter in ungefähren Scharen ohne Rücksicht auf die Zustände bei uns nach Deutschland kommen dürften, ich habe gesagt, wir müssen die internationale Freizügigkeit an gewisse Bedingungen knüpfen. Wer so unter der internationalen Freizügigkeit gelitten hat, wie wir Bauhandwerker unter dem Jozug der Italiener, der darf wohl mit Recht verlangen, daß die internationale Solidarität auch von den übrigen Arbeitern gefördert wird. Genau so, wie wir uns jetzt unter Umständen wehren müssen gegen die massenhafte Einwanderung von Arbeitern, können wir auch zu der Anschauung gelangen, daß die Ware an und für sich gefähigt werden muß. Ich will darauf nicht weiter eingehen, sondern nur betonen, daß der Standpunkt von Bernstein auch nicht der richtige ist. Will man die Ware Arbeitskraft schützen, dann muß man unter Umständen auch so weit gehen, daß man die Ware selbst schützt. Ob der Zeitpunkt dazu gekommen ist, will ich nicht erörtern.

In der Resolution Vebel ist von dem Ton die Rede, aber man muß doch berücksichtigen, welcher Ton vorher angeschlagen ist. Und leider hat ja das Wort noch immer Geltung: Die es in den Wald hinein schallt, so schallt es wieder heraus. Kautsky, der sich ja Schippel besonders vorgenommen hat, hat in dieser Beziehung auch sehr viel geschludert. Und Vebel — ich schäme ihn sehr hoch, ich bin schließlich in fast allem mit ihm einverstanden, mir ist sein Standpunkt mißunter sogar noch nicht scharf genug — aber der Ton, den er manchmal anschlägt, gefählt mir nicht. Der Ton, den er in Dresden angeschlagen hat, wird mir niemals gefallen. Also, wenn man soviel vom schlechten Ton redet, so soll man auch andern diesen Vorwurf machen. Ich halte deshalb sowohl die Resolution Vebel als auch das Amendement Freythalers für mannehmbar. Wollen wir Schippel einen Tadel aussprechen, so laun das nur in der milden Form geschehen, wie ich es in meiner

Resolution beantragt habe. Wäre keine andre Resolution vor-
geschlagen, so könnte ich die meiste sogar zurückziehen und be-
antragen, daß die Sache durch die Aussprache hier als erledigt
angesehen wird. Ich würde eigentlich nach der Resolution Verstein
den Vortrag geben.

Da ich aber nach der Stimmung, wie sie sich bisher hier gezeigt
hat, nicht wage, anzunehmen, daß diese veröhnliche Resolution an-
genommen wird, so muß ich vorläufig meine Resolution aufrecht
erhalten, die noch etwas schärfer ist. Ich würde es für sehr
wünschenswert halten, wenn Bebel seine Resolution
zurückziehen würde. (Bebel: Unmöglich!) Dann könnten
wir alle Resolutionen verwerfen und uns auf die Verstein's
verständigen. (Lachen.) Wir wollen doch nicht so intolerant
sein und so böse Scharfrichter treiben. Es ist doch
nicht zu leugnen, daß Schippel heute ganz un-
zweideutig seine Meinung gesagt hat.

Nach kurzem dem Antrage von Hamburg III. Schippel meinte
mir gegenüber, die Hamburger Genossen hätten mich wohl zu dem
Zwecke hergeschickt, um ihn abzuschneiden zu helfen. Das trifft nicht
zu. Ich weiß nicht, wie die Resolution von Hamburg III zu
Hande gekommen ist; ich habe sie erst kennen gelernt, als
sie hier im Druck vorgelegt wurde. Die Genossen
haben mir nichts davon gesagt, ich habe keinen Auftrag
von ihnen. Ich würde einen solchen Auftrag auch zurück-
gewiesen haben. Ich hätte den Hamburger Genossen meinen Stand-
punkt dargelegt, daß ich es nicht nur für möglich, sondern sogar für
nützlich halte, wenn theoretische Erörterungen darüber gepflogen
werden, ob wir nicht schließlich doch einmal protektionistische, schütz-
zöllnerisch werden müssen. Ich bitte Sie, nicht immer den schärfsten
Ton anzuschlagen, seien wir doch tolerant und veröhnlich. Geben
wir Schippel Gelegenheit seine Fehler innerhalb der Partei wieder
gut zu machen.

Es wird hierauf die Unterstützungsfrage für die Re-
solutions Verstein gestellt; sie wird genügend unter-
stützt.

Deutsch-Berlin IV: Ich muß meine gestrigen Ausführungen etwas
ergänzen. Die Genossen sind mit Recht der Ansicht, daß
Schippel in der „Volkstimme“ wie auch in den „Socialistischen
Monatsheften“ wie die Rabe um den heißen Brei gegangen ist. Er
stellt es so dar, als ob er alle Gegner in der Partei zur Strecke
gebracht hat. Seine Darlegungen ähneln darin, daß es für die
deutsche Regierung unumgänglich war, die Zollpolitik zu
inaugurieren. Er liefert also den Vertretern der
heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung den
Beweis, daß sie auf dem richtigen Wege sind.
Hinterher sagt er dann, er identifiziere sich nicht mit diesem Stand-
punkt der Gegner, den er eben gerechtfertigt hat. Das verstehen
die Parteigenossen im Lande nicht. Gehört ein Mann, der beweist,
daß unreife Gegner mit ihrer Politik recht haben, noch in unreife
Reihen? Ich bin nicht der Meinung. Das Volk verlangt von
seinen Vertretern, daß sie ihre wissenschaftlichen Kenntnisse in den
Dienst der Sache des Proletariats und nicht in den Dienst der
Gegner stellen. (Bebel: Sehr richtig!) Gegen den Individualismus
Schippels haben wir nichts, aber als Abgeordneter muß er seinen
Individualismus beschränken. Er ist verpflichtet, seine Studien im
Interesse der Partei zu verwerten. Thut er das nicht, so muß er von
dieser Stellung zurücktreten und im Hintergrunde der
Partei seinen wissenschaftlichen Reigungen huldigen. Ich bitte Sie
um Annahme der Resolution Bebel mit dem Berliner Amendement.
(Beifall.)

Zweifel-Berlin: Wir haben wieder das alte Bild erlebt, daß
Schippel sich hier als der Angegriffene hinstellt, er ist nicht das
Narnikel das angefangen hat, er ist durch den Ton der andern ge-
reizt. Er ist auch der ganz Raube, der im „geschlossenen Kreise“
vor 400 Personen im dritten Berliner Bahnhofs einen Vortrag
gehalten hat. Ja, Schippel hat die Stirn gehabt vor den
Parteitag zu treten und zu behaupten, er habe Schulter
an Schulter den Zollkampf mit uns gekämpft, während
er uns niemals in irgend einer Kommissionsberatung auch nur
im geringsten unterstützt hat, ja wo er zu den Abstimmungen erst
telefonisch herbeigeholt werden mußte. In einem Buche seine An-
sichten niederzulegen ist wahrlich leichter und bequemer, als öffentlich
im Reichstag seine Ansichten zu vertreten. Ich spreche es offen aus:
Dazu ist Schippel zu feige. Schippel beklagt sich über den Ton der
Gegner. Was schreibt er aber in der „Volkstimme“ über Kantzk?
„Nur ein vollendeter Quack und Krachler um jeden Preis kam in
einem solchen Falle noch das Prinzip auszuspielen.“ Hier aber stellt
er sich als das unschuldige Opferlamm des Tones hin. Wir
wollen keinen abschließen, aber wir wollen, daß die Doppel-
seele Schippels, seine Doppelzüngigkeit endlich
mal aus der Partei entfernt wird. Wer nicht mit uns
gehen will, der muß gegen uns sein. Wenn er selbst die Kon-
sequenzen seines unqualifizierbaren Verhaltens nicht zieht, müssen
wir ihm die Wege weisen. Ich stehe auf dem Standpunkte der Re-
solutions Bebel mit dem Amendement, über die der Parteitag in
unanimischer Abstimmung sich entscheiden muß. Mit Annahme der
Resolution Verstein, die den Belz waschen will, ohne ihn nah zu
machen, wird das Ganze auslaufen, wie das Hornberger Schießen.
(Sehr richtig.)

Wiesl-Odenbach: Auch ich will nicht, daß die Sache ausläuft,
wie das Hornberger Schießen. Wir müssen jeden Versuch, agrarische
Reisungen bei uns einzubürgern, energisch zurückweisen und einen
Genossen gegenüber, der lange Zeit der Radikalste der Radikalisten
gewesen ist. (Sehr richtig.) Jetzt steht er direkt im Lager
der Klapper und Genossen. Schippel ist mir als Mensch
sehr sympathisch gewesen, aber wir haben es hier
nicht mit dem Menschen Schippel zu thun, sondern mit dem
Politiker Schippel. Der Politiker Schippel hat sich selbst
überholt und es ist der Gelehrte, der Silbenstecher, der
Stübchenher Schippel herausgetommen. Er glaubt, mit einerseits
und andererseits lassen sich solche Fragen lösen. Solche Fragen wie
die Zollfrage lassen sich aber nicht mit Lavendelkraut und Thymian
erledigen, mit Rosenwasser auch nicht (Heiterkeit) und noch weniger
mit Bescheidenheit, sie müssen als reine Machtfragen behandelt
werden und wir haben die Pflicht, unsere ganze Kraft daran zu setzen,
um eine derartige Politik zu verhindern. Verstein meinte, wenn
man sonst in allen Fragen einig ist, dürfte diese Frage nicht dazu
führen, daß man Schippel die Klinke von außen zumaht. Ja,
wenn es nur die eine Frage wäre! Ich erinnere Sie aber an
Schippels Auffassung über Militarismus und Witz. Ich gestehe
offen, Schippel scheint mir durchaus konsequent zu sein insofern
als er vielleicht noch ein abschließendes Urteil über die
Nützlichkeit und die Agrarzölle hat und deshalb uns auch nicht
denkt, was er über die Agrarzölle wirklich denkt. Ich habe aus
Schippels Munde heute nicht gehört, daß er ein Gegner der Agrar-
zölle sei, er hat zwar die Erklärung gegeben, die er auf Veranlassung
der Fraktion mit Hilfe Stadthagens abgegeben hat, aber er hat
nicht klipp und klar erklärt: Ich stehe auf dem Standpunkt, auf
dem Sie steht, die Agrarzölle sind ein Unglück für die Arbeiter, und
deshalb müssen wir sie bekämpfen. Ich meinerseits erkläre es für
eine Illusion, daß die Frage der Agrarzölle je auscheiden wird aus
dem politischen Kampf. So lange die preussischen Junker am Ruder
sind, wird ihre Räuberpolitik nicht aufhören. Wie ihre Vorfahren
als Begehrter an der Straße lagen, so benutzen ihre Epigonen
die Klinte der Gesetzgebung, um aus dem Bolle herauszuholen, was
ihnen möglich ist. (Frau Juch: Um Ihre Macht zu stärken!) Es
sieht fest, daß die Agrarzölle sich in aufsteigender Richtung bewegen
werden, so lange jene Leute am Ruder sind, die materielle
Vorteile davon erhoffen. Jeder nachfolgende Junker wird wieder
mehr verschuldet sein und wird Hilfe vom Staat verlangen in Form
von höheren Getreidezöllen. Jede Lohnherhöhung, die wir der bürger-
lichen Gesellschaft abringen, wird durch die Verteuerung der Lebens-
mittel wieder illusorisch gemacht, und so müssen wir den Kampf
immer wieder von neuem anfangen. Die Vorgänge in
Italien zeigen uns, wohin wir zielen. Die General
Boguslawski und Genossen sind nicht vereinzelt in Deutsch-
land; wenn die deutsche Arbeiterklasse nicht so diszipliniert
wäre, hätten wir schon ganz andre Dinge erlebt. Für Schippel

ist in der socialdemokratischen Reichstagsfraktion kein Platz mehr.
(Sehr richtig.) Er möge sich selbst sagen: ich bin innerlich zer-
fallen mit meinen Kollegen und mühte daraus die Konsequenzen
ziehen. Schippel hat bei den ganzen Kollkämpfen ruhig beiseite ge-
standen. Er hat zwar unsern Aufruf unterschrieben — insofern als
er nicht gegen die Benutzung seines Namens protestiert hat —, den
Aufruf, in dem mit glühenden Worten zum Kampfe gegen den
Zolltarif aufgefordert wurde, aber er sieht unthätig zu, wie man in
den wilden Kollkämpfen seinen Kameraden die Köpfe einschlägt und
mit Gewalt gegen sie losgeht. Da war Schippel bereits innerlich
zerfallen mit den ganzen Traditionen, mit dem Programm der
Partei.

Noch einige Worte über die Resolutionen. Aus der ganzen
Situation geht hervor, daß wir uns aber aussprechen müssen. Ich
will kein Regegericht, ich will niemandem zumuten, daß er etwas
andres sagen soll, als er denkt. Wenn aber Schippel dann schreibt
und auspricht, was er denkt — aber meint, das höre
keiner — da hört sich doch alles auf, diese Art der
Politik darf nicht aufgegeben werden. Schippel hat in
seinem Berliner Vortrage wenn auch nicht abschließend gegen die
Partei gehandelt, so doch thatsächlich das Tischtuch zwischen sich und
der Fraktion zerfächert. Ich glaube nicht, daß er nicht gewußt
haben sollte, was daraus entsteht. Dazu halte ich ihn für viel zu
klug. (Der Vorsitzende macht den Redner darauf aufmerksam, daß
die Redezeit abgelaufen sei.) Aus alledem ergibt sich: entweder
erklärt Schippel klipp und klar: ich stehe auf dem Boden des
Kampfes gegen die Agrarzölle mit Euch — diese Erklärung
hat er heute nicht abgegeben. Thut er das nicht, so
kann eben Schippel nicht mehr innerhalb der Fraktion gegen die
Agrarier kämpfen, weil er innerlich selbst Agrarier ist. Ich kann
also nicht die Resolution Verstein empfehlen, sondern bitte die
Resolution Bebel mit dem Zusatz von Freyhaller anzunehmen.
(Bravo.)

Düssel-Dortmund:

Als früherer Redakteur der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ muß
ich einige Worte gegen Schippels Angriffe sagen. Wir haben nur von
ihm verlangt, daß er seine Meinung klar und deutlich sagt. Wenn
Schippel verlangt, daß nur diejenigen über ihn urteilen, die sein
Buch gelesen haben, so wäre die Konsequenz dieser Auffassung, daß wir
von unsern 3 000 000 Wählern so manche Null streichen müßten,
denn es haben auch nicht alle diese drei Millionen Marx gelesen.
Er verbittet es sich, daß man von ihm verlangt, alles zu
lesen, was gegen ihn geschrieben wird, aber er vergißt nicht
sorgfältig alles zu sammeln, was sich an persönlichen An-
griffen findet. Doch nicht das persönliche Moment wird ihm
vor allem zum Vorwurf gemacht, sondern daß er die Partei verriet
hat, wie auch heute morgen wieder. Er sagt, ich stehe auf dem
Boden des Programms, aber ich habe meine Anschauungen geändert,
kann Euch aber noch nicht sagen, was eigentlich los ist, höchstens im
ganz kleinen Kreise. — Er hat auf Paplovs Anschauung hingewiesen.
Wäre das richtig, dann dürften wir auch keine Streikposten aus-
stellen, denn das ist auch eine Beschränkung in der freien Anwendung
der Arbeitskraft. Wenn Schippel schließlich meinte, der Parteitag solle
nicht zweideutig sein, so weiß er doch ganz gut, daß der Parteitag
formal nicht das Recht hat, das zu thun, was er ihm als Konsequenz
empfiehlt. Vielleicht schiebt er gerade daraus seine Drohung: Dann
sprechen wir uns weiter! Meiner Ansicht nach kommt es nicht so
sehr darauf an, welche Resolution hier angenommen wird, sondern
der wertvollste Effekt der heutigen Aussprache wird sein, daß die
Genossen im Lande erkennen, nicht von oben vom Parteitag kann
das Heil kommen, sondern von unten aus müssen die unheilbaren
Zustände reformiert werden. Schaffen wir nicht Ordnung von unten
aus, so werden wir mit Schippel heute fertig und morgen fängt die
Sache wieder an.

Bebel:

Es ist heute sowohl von Schippel wie von anderer Seite wieder
beliebt worden, die Dinge so darzustellen, als handle es sich hier
um einen Angriff auf die Meinungsfreiheit. Schon gestern hat
Ledeboer klar und scharf dargelegt, daß das nicht der Fall
ist. Man kann die beantragten Resolutionen mit der Lupe
darauf hin untersuchen, ob da irgend ein Wort von Unter-
drückung der Meinungsfreiheit darin ist, man wird keines
finden. Darum hat es sich bisher überhaupt nicht gedreht. Ich
behaupte, es giebt überhaupt keine Partei, in der so viel Meinungs-
freiheit herrscht wie gerade in der Socialdemokratie. Es versteht sich
ganz von selbst, daß jeder Parteigenosse, der glaubt eine bisherige
Grundanschauung der Partei angreifen zu müssen, weil er auf
Grund seiner besseren wissenschaftlichen Ueberzeugung sie für
erledigt hält, das Recht dazu haben muß. (Sehr richtig.)
Aber dann darf er sich nicht allein damit begnügen, zu
freistimmen, sondern muß zugleich sagen, wie es besser zu machen ist.
Bei Schippel aber liegt die Sache ganz eigentümlich. Er schreibt
große Bücher, lange Artikel und hält Reden, in denen er von
A bis Z die gegenwärtig herrschende Wirtschaftspolitik als not-
wendig und im höchsten Interesse der herrschenden Gesellschaft
gelegen rechtfertigt. (Sehr richtig.) Sehr charakteristisch ist
folgender Satz: Er sei zu der Ansicht gekommen, daß das Reu-
gewordene — nämlich die Wirtschaftspolitik, die gegenwärtig herrscht —
der Bund zwischen Industrie und Landwirtschaft für die bürgerliche
Gesellschaft in Mitteleuropa eine Notwendigkeit und ein Zeichen von
enormer Lebenskraft sei. Werte Genossen! Wenn ein Social-
demokrat einen derartigen Satz als Postulat für die Rechtfertigung
der herrschenden Zustände, der bürgerlichen Gesellschaft auspricht
und nicht zu gleicher Zeit die schärfste Kritik anwendet, um nach-
zuweisen, daß das falsch ist, dann verstehe ich einfach den social-
demokratischen Schriftsteller nicht mehr. (Sehr richtig.) Wie kann
der Mann, der diesen Satz auspricht, der das für eine Lebens-
notwendigkeit der bürgerlichen Gesellschaft, in der wir doch leben,
hält, wie kann der in Wirklichkeit noch ernsthaft diesen Zustand be-
kämpfen. Das ist ja ein Ding der Unmöglichkeit, das ist eben eine
von diesen Zweideutigkeiten, die ich in meiner Resolution anmalle.

Ich will nur zunächst einmal auf die Dinge in der Fraktion
eingehen. Ich hoffe, daß mir das in meiner Rede zu gute gehalten
wird, da ich als Vorsitzender der Fraktion doch das richtig stellen muß,
um nachzuweisen, daß, was Schippel über die Vorgänge in der Fraktion
ausgesprochen hat, in jeder Richtung falsch ist. (Sehr richtig.) Zunächst habe
ich zu konstatieren, daß all das, was Schippel Ihnen hier des langen und
breiten erzählt hat, wie er zu jenem Vortrage gekommen und wie er nicht
gewußt habe, daß er veröffentlicht werde — daß all das in der
breitesten und gründlichsten Weise in der Fraktion gesagt worden ist
neben vielen andern. Die Sachlage ist die folgende: Als jenes
Referat im „Vorwärts“ erschien — es war während der Tagung des
Reichstages — waren die im Reichstag anwesenden Parteigenossen
einfach außer sich. Soll ich Ihnen sagen was ich gesagt habe zu
einem meiner Freunde: „Hast Du den Bericht gelesen?“ — „Ja.“
— „Ja, weißt Du, wie ich den beurteile: Schippel will ein Programm
gegen die Partei machen, er will aus der Partei heraus, aber er will
herausgeschmissen sein, sonst kann ich mir den Vortrag gar
nicht erklären.“ Da sagte der andre, der sonst gar nicht
immer auf meinem Standpunkt steht: Diefelbe Anschauung habe
auch ich. Nun kam die Gegenerklärung Schippels, die den Inhalt
an sich nicht bestritt, aber sagte, das sei nicht sein Standpunkt. Darauf
erklärte der Genosse Kautsky in seiner Gegenerklärung: Was da
Schippel in diesem Referat gesagt hat, das ist wirklich die
Ueberzeugung Schippels, denn genau dasselbe steht in
seinem Buche. Darauf erklärten wir in der Fraktion
die Angelegenheit und der Vorstand wurde beauftragt,
gewissermaßen als eine Art Untersuchungsbehörde die Genossen Schippel
und Kautsky vorgeladen und mit ihnen über die Sache einen Aus-
tausch der Meinungen herbeizuführen. Das Resultat war voraus-
zusehen, es blieb alles haben wie drüben beim Alten, wir waren
sehr schnell fertig. Alsdann haben wir in der nächsten Fraktionssitzung
über die Vorgänge Bericht erstattet. Nachdem abermals die ganze Sache
in der Fraktion hin- und herdiskutiert war, kam man zu der Ueber-
zeugung, es sei endlich notwendig, daß Klarheit geschaffen
werde, und nun bitte ich Sie, den Wortlaut des Beschlusses der
Fraktion zu beachten, der Ihnen deutlich zeigt, daß der Fall

nicht in oberflächlicher Weise, wie Schippel das darstellt,
behandelt ist — was ja auch eine Schmach für die Fraktion wäre —,
sondern daß sehr gründlich beraten wurde. Da heißt es:
„Nach Entgegennahme des vom Fraktionsvorstand erstatteten
Berichtes in der Angelegenheit Schippel-Kautsky und unter Verück-
sichtigung der in derselben Angelegenheit stattgehabten Erörterung
in der Parteipresse erklärt die Fraktion:

1. Die Art und Weise, wie Schippel sowohl in literarischen
Arbeiten als in Vorträgen die Agrarzölle behandelt, steht im Widers-
pruch mit der von der Partei beschlossenen Taktik und ist geeignet,
Unklarheit und Zersplitterung in dem Kampfe gegen die Lebensmittel-
zölle zu erzeugen.

2. Trotzdem Schippel behauptet, bei seinen Äußerungen nur
über die Ansichten der Gegner referiert zu haben, führten seine Aus-
sicherungen zu der Annahme, daß er seine eigenen Ansichten über die
Agrarzölle zum Ausdruck gebracht hat.

3. Der Umstand, daß Schippel sich bei den parlamentarischen
Beschlüssen dem Votum der Fraktion angeschlossen hat, ändert nichts
an der Thatfache, daß seine in Wort und Schrift geäußerte
Meinung über die Agrarzölle den Gegnern Gelegenheit
gegeben hat, die Stellung der Partei zu diesen Fragen
zu belumpfen.

4. Das unklare und zu Mißdeutungen führende Verhalten
Schippels in der Zollfrage ist mit einer wirksamen Vertretung der
von der Partei wiederholt festgelegten Stellung zu dieser Frage
unvereinbar und führt zu einem für die Partei und die Fraktion
unerträglichen Zustand.

5. Es ist erforderlich, daß Schippel ungehäumt Veranlassung
nimmt, auf klare und unausweichbare Weise der Öffentlichkeit gegen-
über festzustellen, welche grundsätzliche Stellung er den Agrarzöllen
gegenüber einnimmt. Die Fraktion fordert in Rücksicht auf die Not-
wendigkeit einheitlicher und übereinstimmender Propagierung der
Parteibeschlüsse Schippel auf, die Zollfrage fortan nur auf
eine jede Mißdeutung ausschließende Weise zu
behandeln.

In dieser ganz klaren und deutlichen Weise hat damals nicht
etwa eine zweifelhafte Mehrheit, sondern die übergroße
Mehrheit der Fraktion in der Frage beschlossen. Nur darüber
waren Meinungsverschiedenheiten vorhanden, ob die Resolution zu
veröffentlichen sei. In dieser Frage gab es eine starke
Minorität, die die Veröffentlichung nicht wollte, während die Majorität
sie beschloß. Daraufhin hatte Schippel jetzt die Verpflichtung, in
einer ihm ganz angelegenen Form eine Klarstellung zwischen sich
und der Fraktion und der Partei zu schaffen. Da Parteigenossen,
passierte es, daß Schippel erklärte, er wisse überhaupt noch nicht, ob er
sich diesem Beschlusse der Fraktion fügen werde. (Hört! hört!) Wie
aber sagten: das geht nicht. Was beschlossen ist, muß auch durch-
geführt werden. Wir bestehen darauf, daß es diesem Beschlusse der
Fraktion nachkommen. Nach einiger Zeit — es dauerte ziemlich
lange — begannen dann die acht, in Wirklichkeit elf Artikel Schippels
in der Chemnitzer „Volkstimme“, die 47 Spalten ausfüllten, und
wo Schippel in 46 Spalten wiederum, und von seinem Standpunkt
in glänzender Weise, die herrschende Agrarpolitik rechtfertigte, bis
er dann am Schluß erklärte: ich bin weder für Agrarzölle, noch für
den herrschenden Zolltarif. Im Grunde genommen also waren wir
genau so klug wie vorher. Auch heute nach der ganzen Rede weiß
denn einer von Ihnen, wie Schippel nun in Wahrheit zu der
Fraktion steht?

Er hat sich ausdrücklich als Schuppzöllner erklärt.
Ja inzwischen denn als Schuppzöllner? Von Agrarzöllen will
er nichts wissen, die er in Stuttgart rechtfertigte, von Industrie-
zöllen nichts, die er in Stuttgart und in seinem Buche gerechtfertigt
hat. Wenn er die herrschende Agrarpolitik als Politik von enormer
Lebenskraft hinstellt, dann war es seine Pflicht als socialdemo-
kratischer Schriftsteller, das zu sagen, wie wir mit diesen Zuständen
fertig werden sollen, und welche Stellung wir demgegenüber einzunehmen
haben. Denn dann kann, was wir bisher gethan haben, unmöglich dazu
dienen, diesen Zustand zu erschüttern. Aber wie gesagt, bis zu diesem
Augenblick sind wir darüber vollständig im unklaren. Nun hat er
sich darauf berufen, warum man ihn bei dieser Sachlage wieder zu
den Wahlen aufgestellt, warum man ihn später in die Fraktion auf-
genommen und sogar zum Schriftführerposten vorgeschlagen habe.
Das beweist doch nur, wie außerordentlich tolerant wir in
der Fraktion waren (Sehr richtig!), welche Rücksicht wir dort
übten. Es ist einfach nicht wahr, daß hier im Vorder-
grunde der Verhandlung sein Buch stand. Davon ist
kaum die Rede gewesen. Wie lagen denn die Dinge?
Wir hatten glücklich den Wahlkampf hinter uns. Wir
hatten trotz aller Unannehmlichkeiten, die uns Schippels
Stellungnahme verursacht hatte, einen großartigen Sieg erfochten.
Schippel selbst war gewählt, ohne daß einer von uns hätte das
geringste gegen seine Wahl unternommen.

Also dachten wir, es ist gut; er hat ja gesehen, was er an-
gerichtet hat, er wird vorsichtig sein, und wenn er nicht offen
sagen will, was er denkt, wenigstens schweigen. Da kam aus
neuem jenes Referat, wie ein Blitz aus heilem Himmel.
Es stellte sich heraus, daß er fortfuhr, für seine Ideen und An-
schauungen Propaganda zu machen. Er stellt die Dinge so dar
und auch Verstein hat in sonderbarer Weise ihn unterstützt, als
wenn er in den zwanzig 24 Stunden gar nicht in der Lage gewesen
wäre, sich genau zu überlegen, was er da reden will. Ja, zum
Teufel auch, Parteigenossen, wo immer ich als Parteigenosse rede, im
Vorstandssitzung, in Konventionen, in Parteiveren, in Volksversammlun-
gen — ich rede doch überall als Socialdemokrat. (Sehr richtig.)
Das ist nur wieder ein charakteristisches Zeichen für die Taktik, die
dieser Mann in den 18 Jahren seiner öffentlichen Thätigkeit in allen
entscheidenden Fragen beobachtet, daß er nie wagt, ernsthaft zu sagen,
was seine wirkliche innere Ueberzeugung ist, daß er, zur Rede gestellt,
immer wieder auszuweichen sucht. Er hat sich selbst das Pseudonym
„Pegrimm“ beigelegt, ich gebe ihm den guten Rat, den Namen
Schippel abzulegen und „Pegrimm“ als echten Familiennamen an-
zunehmen. Das würde seine Stellung und seine Rolle durchaus
charakterisieren. Ich erinnere Sie daran, daß dieser Mann, mit dem
wir es heute zu thun haben, einstmals in der Partei auf dem
äußersten linken Flügel stand, daß er sich fortgesetzt alle paar Jahre
entwickelt hat, daß es nicht wenige seiner intimsten Genossen giebt,
die sagen: innerlich gehört er im Grunde gar nicht mehr zu uns.
Ich erinnere an die Stellung zur Stadterordnetenwahl,
an die Verlegenheit, in die er uns da in Berlin versetzt hat. Ich
erinnere an die bekannte Stellung auf dem St. Gallen-
Parteitage, die Verlegenheiten, die er der Partei 1890 bei der
Raisfeier bereitete, wo die ganze Fraktion extra in Halle zu-
sammenkam, um ihm recht gründlich den Kopf zu waschen.
Ich erinnere an sein mehr als merkwürdiges, im vollsten Sinne
zweideutiges Verhalten in Breslau in der Agrarfrage.
Er wird in die Kommission gewählt, betätigt mit mir gemeinsam das
Programm, macht einige wenige Widersprüche, stimmt für das
Programm, und dann, als er merkt, daß bei einem erheblichen Teil
der Partei die Stimmung dagegen ist, tritt er in Breslau als Gegner
desselben in höhnlicher, herabschender und verkehrender Weise auf
und belumpft aufs entscheidendste, wofür er noch am Tage zuvor in
tugender Sitzung der Fraktion gestimmt hat. Das ist keine Zwei-
deutigkeit, nein! Was soll man von einem Manne der Intelligenz
denken, der in dieser Weise unklipp und das Vertrauen der Genossen
in schändlicher Weise mißbraucht. Ich erinnere Sie weiter an den
Artikel in den „Monatsheften“ über Friedrich Engels Stellung zur
Nützlichkeit und an den Ton, und da kommen wir darauf, wie er dort
das Parteiprogramm verhöhnt in einer Weise, wie, so
lange die Partei besteht, noch nie ein Genosse es gethan hat.
Das ist auch keine zweideutige Haltung, nein. Es wird ihm der
Auftrag gegeben, ein parlamentarisches Handbuch herauszugeben.
Wir im Parteivorstande waren mittlerweile misstrauisch
geworden. Im Frühjahr 1897 hatte Schippel einen solchen Auf-
trag bekommen. Es hatte ein Jahr gedauert. Mittlerweile war
Stuttgart herangekommen, wo er sich zu Gunsten der Zollpolitik
ausgesprochen hatte, dann Hamburg, wo er die berühmte
Annoncenrede hielt. Der alte Liebling und ich waren damals
so naiv (Zuruf: Leider!) ihn in Schutz zu nehmen.

Wir sagten uns: er hat ja doch mit uns gestimmt. Aber war es seine Ueberzeugung? Das zeigte sich bei dem famosen Artikel über Engels und das Missförmige. Da zeigte sich, was sein wahrer Standpunkt war. Sein parlamentarischer Handbuch, das die Partei schmerzhaft gekostet hat, ist für den Geschichtsschreiber der Partei vollständig unbrauchbar, weil es durchaus irreführend ist in Bezug auf die Stellung der Partei zu den Hauptfragen der Militär-, Marine-, Kolonial- und Politik. Damit wurde Richard Fischer, der der Verleger war, betraut. Ich bekam den Auftrag, die Artikel über Militär und Marine zu kontrollieren. Eines Tages wurde mir ein langes Manuskript überreicht, volle 4 Seiten darin waren aus dem Richterlichen ABC-Buch ohne Quellenangabe ausgeschnitten und eingeklebt. Ich sagte im Vorstunde: Das ist ja ganz unmöglich! Richard Fischer mochte wohl glauben, ich hätte schon so manchen Spinn mit Schippel gehabt und wäre vielleicht etwas parteiisch. Er wollte deshalb das Manuskript selbst lesen. Nachher sagte aber auch er: Jawohl, es ist ganz richtig, die Artikel sind unannehmbar. Wir forderten also Schippel auf, die Sache umzuändern. Und nun kam eine neue Arbeit, die Wort für Wort dem entsprach, was wir verlangen mußten. Da konnte er also auf einmal auch anders. Ja, wenn man das alles hinter sich hat und sich dann noch hinstellt und sagt, er sei nicht zweideutig, so weiß ich nicht, woher er die Stirn zu einem derartigen Auftreten nimmt.

Nun hat man in meiner Resolution die Sätze über den Ton Schippels beanstandet. Es ist richtig, daß der Ton in unsrer Partei sehr häufig ein sehr unangenehmer ist. Der Parteivorstand selbst hat ja im Laufe dieses Jahres sich verantwortlich gesehen, die bekannte Erklärung zu veröffentlichen, worin er einige Blätter, ohne sie zu nennen, sogar zur Ordnung rief. Ich will auch gar nicht leugnen, daß ich selbst zuweilen in der Hitze des Kampfes gegen den einen oder anderen Genossen im Tone über die Schnur gehauen habe. Aber es ist ein großer Unterschied, ob ich in der Hitze des Gefechts von Mund zu Mund in der Erregung über die Schnur haue (Sehr richtig!) oder ob ich mich zu Hause kühl hinsetze und da Artikel über Artikel schreibe, in denen nicht nur die Gegner Schippels, sondern die ganze Partei in dieser Weise kritisiert wird. Sofern die Sätze in meiner Resolution die Person des Gegners Schippel betreffen, gebe ich sie frei, aber was Schippel in seinen Artikeln in der Chemnitzer „Vollstimme“, die ich sehr genau gelesen habe, an zahlreichen Stellen gegen die Partei selbst gesagt hat, muß mit Notwendigkeit Verbitterung erregen und die Partei in der Achtung der Gegner herabsetzen.

Schippel sagt: Habt Ihr denn überhaupt alles gelesen, was in dieser Sache geschrieben worden ist? Ich glaube auch, daß die große Mehrheit von Ihnen das nicht alles gelesen hat. Ich bin selbst nicht sicher, ob ich alles gelesen habe, obwohl ich mir die größte Mühe gegeben habe. Das eine oder andre mag mir irgend entgangen sein. Aber soweit ich die Presse verfolgt habe, haben wenigstens unsere großen Blätter über die ganze Sache fortlaufend objektiv referiert, die entscheidenden Stellen aus den Artikeln Schippels ausbezogen und ihre Meinung dazu gesagt. Sie konnten doch nicht die ganzen 47 Spalten abdrucken! Also der Parteitag ist nach meiner Ueberzeugung in reichlichem Maße über die Sache informiert, wie er vielleicht niemals zuvor in einer Frage informiert war. Der Parteitag ist vollkommen in der Lage auszusprechen, daß es nötig ist, Schippel in die Schranken zu rufen. Wir wollen ihn nicht ausschließen. Manche Genossen sagen, er wird gezwungen sein, sich von uns zu trennen. Ich würde das offen gestanden bedauern. Aber es ist nicht zu viel gesagt. Seit 18 Jahren haben wir alle, seit Jahre einen Fall Schippel. Da ist es Zeit, endlich einmal ein Ende zu machen. Wir haben gewiß eine ganze Anzahl von Parteigenossen unter uns, die in manchen Punkten von der Mehrheit der Partei abweichen, Genosse Vernstein steht unter ihnen gewiß nicht in letzter Linie. Aber haben wir denn auch nur einen einzigen andern Parteigenossen, mit dem wir uns fortgesetzt in dieser Weise beschäftigen müssen, wie mit dem Genossen Schippel? Obgleich Schippel gewiß seine Meinung oft genug gewechselt hat, schreibt er, und das ist das Verlethende, immer von oben herab in der Zone der absoluten Sicherheit und Unfehlbarkeit. Das können die Parteigenossen am wenigsten vertragen. Wo sollten wir denn hinkommen, wenn wir mit zehn Schippels in der Partei zu thun hätten? Das würde notwendigerweise vollständige Zerstückelung in die Partei bringen, das würde mit Notwendigkeit Spaltungen erzeugen, die wir nicht wollen. Was wir verlangen, ist, daß ein Mann, der sich Socialdemokrat nennt, sich so zum Parteiprogramm stellt und sich so benimmt, daß wir jederzeit wissen, daß wir es mit einem Parteigenossen zu thun haben. (Lebhafte Beifall.)

v. Elm:

Webel meinte, der Parteitag sei vielleicht noch nie über eine Frage so gut informiert gewesen wie über den Fall Schippel. Wenn das der Fall wäre, müßte es ganz ausgeschlossen sein, daß hier Parteigenossen von der Intelligenz des Genossen Ulrich erklären können, Schippels Buch über Handelspolitik und seine Artikel in der Chemnitzer „Vollstimme“ seien nichts weiter als eine Beschwörung der Agrarzölle. Ich gehöre zu den wenigen, die Schippels Artikel gelesen haben. Sein Buch über Handelspolitik habe ich freilich auch nicht gelesen (Heiterkeit) und es werden hier wohl nur wenige sein, die es gelesen haben. Aber ich bin entgegen der allgemeinen Auffassung zu der Ansicht gekommen, daß Schippel von unserem Standpunkt aus keineswegs die Agrarzölle befürwortet, sondern nur sagt: Vom Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaft aus sind Agrarzölle eine Notwendigkeit. Das ist nach meinem Dafürhalten ein Majestätsverbrechen, kein Verbrechen gegen die Partei. Webel erklärt, daß, wenn jemand sage, die Politik der Agrar- und Industriezölle sei eine Politik von enormer Lebenskraft für die heutzutage Gesellschaft, so sei schon das unter allen Umständen zu verurteilen und zu verdammen. Dieser Ansicht bin ich nicht. Wir sagen doch auch, der Militarismus ist vom Standpunkte der heutigen Gesellschaft aus eine Notwendigkeit. (Webel: Die wir ändern wollen!) Trotzdem bekämpfen wir ihn, wie Schippel auch die Agrarzölle von unserem Standpunkt aus bekämpft. Im Schluß seines Buches fährt Schippel ausdrücklich aus, daß die Arbeiter in den Provinzen unmöglich etwas anders sehen können als Stadtpöbel auf ihren Wagen. Die sollte die Arbeiterklasse an dem wirtschaftlichen Schicksal ihrer schlimmsten Feinde und Feinde auch nur das geringste Interesse nehmen. Man möge über die Ursachen der Agrarkrise streiten, so viel man will und den landwirtschaftlichen Reichthum hoch oder niedrig einschätzen, das industrielle Proletariat werde die Kopfsteine der Provinz als gewissenlose Droßfelle der vereinigten Volksteinde verwerfen. Das muß doch fest gestellt werden, daß Schippel trotz aller theoretischen Abweichungen zu demselben praktischen Standpunkt kommt wie wir: Wir müssen die Agrarzölle bekämpfen. Ich kann auch nicht hindern, daß Schippel in seinem Gedankengang inkonsequent ist. Sein Gedankengang ist vielmehr durchaus durchsichtig und konsequent. Ich stimme nicht mit Schippel überein. Darin stimme ich ihm zu, daß für den Großgrundbesitzer die Agrarzölle notwendig sind. Gewiß, sie wirken nur für eine Generation. Aber können wir es denn den Agrariern verdenken, wenn sie sagen: „Nach uns die Sündflut!“ In Bezug auf die Landwirtschaft im ganzen bin ich allerdings ganz anderer Ansicht als Schippel. Ich meine, daß für den Kleinbauern der Agrarzoll geradezu Selbstmord ist. Es ist nicht richtig, daß wir, wie behauptet worden ist, in der Fraktion in Bezug auf den Fall Schippel einmütig gewesen wären. Dazu hätte zunächst mal gehört, daß die Fraktionsgenossen das Buch Schippels gelesen hätten. Das war aber wahrscheinlich nur bei sehr wenigen der Fall. Mir wurde sogar gesagt, daß nicht einmal in der von der Fraktion eingesetzten Kommission alle Mitglieder das Buch kannten.

Nun der Vortrag Schippels! Ein hätte Schippel unter allen Umständen verlangen können, nämlich, daß ihm der „Vorwärts“-Bericht

vorher vorgelegt worden wäre. Das ist nicht geschehen und deshalb halte ich es für durchaus falsch, auf diesem Verlaß eine große Anklage aufzubauen. Nun sagt man: Schippel hat den Gegnern Waffen geliefert. Wem unter uns ist nicht schon dieser Vorwurf gemacht worden? In meinem Wahlkreis, der durchweg ländlich ist, ist das Buch Schippels während des im Wahlkampf überhaupt nicht erwähnt worden, dagegen wurden Aussprüche von Stadthagen, Ledebour und Webel uns entgegengehalten, so daß man eventuell auch sagen könnte, daß diese Genossen Waffen für unsre Gegner geliefert haben. Wenn Schippels Buch derartig wäre, daß man behaupten könnte, Schippel habe absichtlich den Gegnern Waffen liefern wollen, dann hätte man seiner Zeit, als das Buch gedruckt wurde und erschien, diese Anklage erheben müssen. Aber heute, nachdem Jahre vergangen sind, nachdem die Wahlen gewesen sind, aufzustehen und zu erklären, das Buch sei zweideutig und Schippel sei wegen dieses Buches zu verurteilen, das ist falsch und ich bin der Meinung, daß Sie im Begriffe sind, auf dem Parteitag ein großes Unrecht zu begehen. — Man hat die Vergangenheit Schippels angeführt und alle Sünden aufgezählt, die Schippel begangen hat, und ich bin gewiß der letzte, der zu den Bewunderern Schippels gehört. Ich kann nur Leute loben und schätzen, die den Mut der Konsequenz zu jeder Zeit haben, und Schippel habe ich bereits in Stuttgart, als er sein Referat über Sozialpolitik hielt, gefragt: warum weichen Sie zurück? Aber ich meine, wir haben nicht über die Vergangenheit Schippels und seine Sünden zu urteilen, sondern über einen ganz konkreten Fall. Und in diesem liegt kein Anlaß zu einer Verurteilung. — Dann ist über den Ton Schippels gesprochen worden. Wenn wir alle, die in den letzten Jahren einen gebissigen Ton gegen ihre Gegner angeschlagen haben, vor das Forum des Parteitages treten wollten, so lähen auch noch andre Genossen auf der Anklagebank. Und wenn man den Ton verurteilen will, den auch ich verurteile, dann muß man es allgemein thun. Deshalb stimme ich der Resolution Vernstein zu. Es ist schlimm, sehr schlimm, daß bei allen diesen Diskussionen immer das persönliche Moment hervorgehoben wird. Auf mich macht es den Eindruck, als wenn es sich auch darum drehte, das persönliche Moment zu betonen. Man entscheidet und verurteilt, ohne die Sache selbst zu kennen. Ich bin überzeugt, wenn diese 47 Spalten Ihnen allen zugänglich wären und Sie ruhig und leidenschaftlos die Sache prüfen könnten, dann würden Sie mit mir zu dem Ergebnis kommen, daß es absolut falsch ist, Schippel ein Mißtrauensvotum seitens des Parteitages anzustellen.

Dr. Krois stimmt der Resolution Páplow zu. Zunächst aus einem äußerlichen Grunde. Je weiter die Diskussion vorgeschritten ist, desto klarer wird es den bisher Unentschiedenen geworden sein, daß eine scharfe Aktion gegen Schippel auf diesem Parteitag erfolgen muß. Aber eine derartige Exekution gegen einen Genossen, der seit langen Jahren und in schweren Zeiten zur Partei gestanden hat, ist eine unglückliche Sache und es ist wünschenswert, daß wir in unsrem Verlaufe auch äußerlich zum Ausdruck bringen, daß uns diese Abschächtung keine Freude macht, sondern daß wir sie scharf und deutlich, aber auch kurz und ohne Nebentöne erledigen. Von diesem Standpunkt aus muß ich natürlich die Resolution Vernstein bekämpfen. Vernstein will sich befriedigt durch die Neußerungen Schippels erklären. Das ist auf keinen Fall möglich. Was die Resolution Webel betrifft, so ist sie schon äußerlich viel zu lang. Im Absatz I erscheint mir der Schlusssatz vollkommen überflüssig. Was sollen wir denn in der Resolution auf die Gegner Rücksicht nehmen? Etwas in dem Sinne, daß Schippel den Gegnern Material geliefert hat insofern, als sie sich auf ihn als auf einen von der großen Masse der andern Genossen abweichenden Genossen berufen können? Ja, das werden die Gegner jedesmal thun können, wenn ein Genosse von der Meinung der übrigen abweicht, und dies Recht wollen wir doch, wie Webel ausdrücklich erklärt hat, einem jeden von uns einräumen. Der Absatz II fügt in außerordentlicher Länge, schwer überflüssig, eine Reihe von Thatsachen und Urteilen aneinander, die mit vollem Recht hier in der Diskussion zur Befprechung gekommen sind, die aber in eine Resolution um so weniger hineingehören, als sie den Gegenstand keineswegs erschöpfen. Sie haben die Anklagen von Webel gegen Schippel gehört, und es lassen sich dem vielleicht noch mehr Anklagen hinzufügen, aber sie im Rahmen einer Resolution zu erschöpfen, ist unmöglich. Ganz und gar aber möchte ich mich gegen den Absatz III der Resolution Webel aussprechen, der den Ton behandelt. Man kann sich auch nicht auf den Standpunkt Vernsteins stellen und den Ton im allgemeinen tadeln. Gewiß ist es ganz gut, wenn hier mal ausgesprochen wird, wir wollen einen besseren Ton haben, aber das in einer Resolution festzulegen zur Freude der Gegner, das halte ich für durchaus ungewöhnlich. Und nun gar „hochfahrender“ Ton! Ich weiß nicht, was das heißen soll. (Webel: Ra!) Sollen Sie mal die Apostelgeschichte an! (Heiterkeit.) Wie sind ja in der Religion alle ganz außerordentlich bewandert dank unsrer Volksschule. (Sehr gut! und große Heiterkeit.) Die Apostel waren außerordentlich bescheiden, aber diese Bescheidenheit hinderte sie gar nicht, wenn Jakobus auf Paulus und seine Anhänger oder Paulus auf Jakobus und seine Anhänger zu sprechen kam, reinzuhauen, daß die Funken flogen (Heiterkeit), sie waren alle durchdrungen von dem gleichen großen Gedanken, sie bildeten eine große Gemeinde, aber wenn sie in Gegenstände gerieten über irgend welche für damalige Verhältnisse wissenschaftliche Fragen, dann fingen sie an, sich zu streiten, dann kamen sie höher und höher, bis schließlich jeder auf dem hohen Pferd saß und auf die andern verächtlich herabblitzte. Solche Dinge werden immer vorkommen, wir werden sie nicht ändern, aber in eine Resolution gehört eine Mißbilligung derselben nicht hinein. Noch schlimmer ist die Resolution Webel durch das Amendement Prentzaler geworden. Eine derartige bedingte Begnadigung oder Verurteilung haben wir hier nicht auszusprechen, man hat es ruhig dem Genossen Schippel, man hat es ruhig einer so großen und anerkannt bewährten Parteigenossenschaft wie der von Chemnitz zu überlassen, was sie aus dem Tadel herauslesen wollen, den der Parteitag ausspricht. Wollen Sie aber, daß Schippel aus der Partei heraus muß, so sprechen Sie das — darin kann ich Schippel nur beistimmen — auch offen aus! Dann sagen Sie offen, er kann der Partei nicht mehr angehören, oder er kann keine Ehrenämter mehr bekleiden. Diese bedingte Form, die gewissermaßen die Chemnitzer Organisation von hinten herum zwängt, ihre Schuldigkeit zu thun, halte ich des Parteitages nicht für würdig. Wollen Sie sich aber nicht dazu verstehen, Schippel eines Vertrauenspostens für unwürdig zu erklären, dann bleibt nur übrig, einmal den Standpunkt Schippels zu mißbilligen und zweitens, der Person Schippels einen Tadel auszusprechen, und das thut in glänzender und klarer Weise die Resolution Páplow, der ich Sie möglichst einmütig zustimmen bitte.

Hoch-Danau: Ich verwehre mich zunächst dagegen, daß Schippel mich als Mißthulbigen ansieht, um für sich mildernde Umstände zu erwirken. In diesem Resultat ist er nur gekommen, indem er der Wahrheit nicht die Ehre gegeben hat. (Auf: Wie so oft!) Das Eine ist richtig: in der Vollkommission hat Graf Posadowsky gesagt, ich hätte dem Satz zugestimmt: wer Handelsverträge wolle, müsse auch Zölle wollen. Ich habe daraufhin sofort erklärt, daß dies eine mißverständliche Auffassung meiner Worte sei. Es handelte sich in der Vollkommission damals um Zollfreie, die so unheimlich waren, daß sie von keiner Seite ernst genommen werden konnten. Einer der Geheimräthe erklärte denn auch: sie sind nicht ernst gemeint, sie sollen nur Kompenzationsobjekte (Kfanzuch: Schaderobjekte!) sein, wir brauchen sie, um den Gegnern etwas zu bieten. Darauf habe ich erwidert: Das ist keine durchschlagende Antwort; ebenso gut wie wir wissen, die andern Staaten, die unsre Einfuhrzölle ebenso genau kennen wie wir, daß diese Zölle nicht ernst gemeint und daß ihnen mit einer Herabsetzung dieser Zölle nichts geboten würde. Und ich fuhr fort: Wenn Sie wirklich Handelsverträge wollen, dann müssen Sie nicht diese unmöglichen Zölle, sondern die entscheidenden Wuchergölle auf Lebensmittel heruntersetzen. Ich habe eine Erklärung im „Vorwärts“ ver-

öffentlicht, die von den bürgerlichen Blättern natürlich unterschlagen worden ist. Wenn nicht aus bösem Willen, so hat doch Schippel mit unbegreiflicher Fahrlässigkeit kein Wort davon gesagt, daß ich sofort berichtigt habe. Dann hat Schippel versucht, mich als einen Menschen hinzustellen, der bald so, bald so rede. Er hat gesagt: als Hoch mein Buch gelesen hatte, war er entzückt davon. Das stimmt. Heute noch bin ich in gewissem Sinne von diesem Buch entzückt, in dem ich eine sehr ernste und verdienstliche Arbeit erblicke, weil es die nichts als freihändlerischen Argumente der bürgerlichen Seite, die allzu oft auch von uns angewendet werden, bezeugt, und zeigt, wie man vom Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaft zu Schutzzöllen kommt. Das halte ich für eine verdienstvolle Arbeit, ohne alles darin zu unterschreiben, und das habe ich vor allen Fraktionskollegen, mit denen ich über das Buch sprach, anerkannt. Aber ist das nun ein Freibrief für Schippel, nachdem er das Buch geschrieben, fortgesetzt Krakehl zu machen und die Partei zu schädigen? (Sehr richtig!) Wir halten doch hier kein Rebergericht gegen das Buch Schippels ab! Da würde ich nicht mitmachen. Das sehe nicht als Aufgabe eines Parteitages an. Und das erklärt auch, weshalb vor drei Jahren, als das Schippelsche Buch erschien, alles ruhig blieb. Schippel fragt, warum kommt Ihr erst jetzt. Es war ja gar keine Veranlassung Lärm zu machen. Was hat sich aber dann abgespielt? Schippel hat in seinem Buche doch nur die eine Seite der Frage beleuchtet und hat dann in sehr kurzer Weise unsren Standpunkt angedeutet. Das war nur die eine Hälfte. Er mußte mit derselben Gründlichkeit, mit der er an die agrarischen Elemente herantreten war, nun auch nachweisen: für uns Arbeiter kann das nicht gelten. Er hat noch viel Schimmeres getan. Wir führten den Jollwucherkampf. Wo blieb da Schippel? (Sehr richtig!) Wo hat er mit seiner hervorragenden Kraft eingegriffen? Er hat nicht daran gedacht. Wie oft wurde er uns im Plenum in der Kommission entgegengehalten. Posadowsky hatte sein Buch aufgeschlagen vor sich. Ich habe seiner Zeit protestiert. Aber wo ist Schippel geblieben und hat protestiert? (Sehr richtig!) Darum dreht es sich. Dem Haß den Boden ausgeschlagen hat aber sein Vortrag. Ich halte Schippel für einen geschickten und kenntnisreichen Redner. Aber heute hat er sein Auftreten im dritten Berliner Wahlkreis auf das aller-schärfste selbst verurteilt. Er sagt, ich habe in einem kleinen Kreise gesprochen; ja, wenn ich genutzt hätte, daß sich die Öffentlichkeit damit befassen würde, dann hätte ich es anders gemacht, denn es ist ja richtig, daß der Vortrag ein gewisses Mißtrauen und falsche Auffassungen hervorgerufen konnte. Ja, ist es denn die Aufgabe solcher Vorträge, Mißverständnisse zu schaffen? Er mußte wissen, was er anrichtete. Nicht um seine wissenschaftlichen Anschauungen handelt es sich, sondern darum, daß ein Mann, der eine führende Stellung einnimmt, und im Kampfe schwer geschädigt hat. Das dürfen, das brauchen wir uns nicht gefallen zu lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Wie traurig die Situation für ihn ist, zeigt sein Auftreten. Er giebt zu, schädlich gewirkt zu haben, und seine besten Freunde geben es zu. Er sagt nur, er habe nicht die Absicht gehabt. Da müssen wir uns aber fragen: Ist ein Mann geeignet, eine führende Stellung einzunehmen, wenn er die Tragweite seiner Handlungen nicht übersehen kann? (Lebhafte Zustimmung.) Ein Mann von seiner geistigen Bedeutung muß sich um ein Schulbuche hinstellen und sagen: Ich hab's nicht so gemeint. Von diesem Standpunkte aus sind die Resolutionen zu beurteilen. Die Vernsteinsche führt die Konfusion auf den Gipfel. (Auf: Wie immer!) Weshalb sollen wir unsre Stellung zu der Vollfrage bestätigen, die Schippel selber teilt. Weil einer eine Dummheit gemacht hat, brauchen wir doch nicht zu sagen, wir wollen sie nicht machen. Damit würde der Streit auf ein andres Gebiet geführt werden. Nicht um Takt, Disziplin und politischen Anstand würde es sich handeln, sondern um ein Rebergericht gegen eine andre Meinung. Diese Taktik können wir allerdings häufig beobachten. Wenn einer eine Dummheit gemacht hat und sie nicht eingesehen will, dann stellt er sich hin und sagt: Ihr wollt ein Rebergericht abhalten. Nicht um die Ansichten Schippels handelt es sich, sondern um sein Auftreten. Von diesem Standpunkte aus gefällt mir Webels Resolution auch nicht. Er wird sie wohl selber nicht für ein Meisterwerk halten. (Webel: Machen Sie es doch! Heiterkeit.) Ich bin kein Meister. (Die Hebezeit ist abgelaufen.) Also nur noch so viel. An den Einzelheiten der Webelschen Resolution ist sehr viel auszusagen. Für mich handelt es sich nicht darum, Schippel einen gelinden Tadel anzuhängen, sondern zu sagen: er ist nicht geeignet, nicht fähig, an leitender Stelle zu stehen. (Sehr richtig!) Mit dem milden Tadel kommen wir nicht weiter. Da haben wir morgen wieder denselben Krakehl. Eigentlich genügt das Prethalerische Amendement. Es enthält eine Aberkennung der Ehrenämter — Schippel aus der Partei herauszuschmeißen, davon ist keine Rede. — Ich habe das Zutrauen, Schippel wird die Konsequenzen ziehen, wenn er nur eine Spur von Würde in sich trägt. (Sehr richtig!)

Grenz-Geizig: Ich will nur einige Richtigstellungen bringen. Schippel hat sich darauf berufen, daß in dem Verbreitungsgebiet der Chemnitzer „Vollstimme“ nichts von einer Erregung gegen ihn zu spüren gewesen wäre. Ja, er hat einen Genossen herangezogen, der sich mit ihm einverstanden erklärt habe, den Genossen Kaufmann. Ich bin ein aufmerksamer Leser der „Vollstimme“. (Auf: Es ist der Genosse Knauß-Merane.) Dieser Genosse Knauß ist der einzige geblieben. — Und Schippel darf sich nichts darauf zu gute halten. In den Kreisen an der böhmischen Grenze steht uns kein Versammlungsfest zur Verfügung. Alle diese Kreise aber haben eine Prekommission für die „Vollstimme“ aus den Vertrauensleuten aller Kreise zusammengesetzt. In ihr ist wiederholt über die Schreibweise der Chemn. „Vollstimme“ gesprochen worden, und es hat nur an einem Páplow geblieben, dann hätte der Redakteur des Blattes, Genosse August Enders, quittieren müssen. (Hört! hört!) Wenn man von einer Meinung in diesen Kreisen sprechen will, dann ist das gerade Gegenteil von dem wahr, was Schippel darüber gesagt hat. (Auf: Wie immer!) Wenn Gelegenheit zu Versammlungen wäre, dann würde Schippel ebenso verurteilt werden, wie er in andern Versammlungen verurteilt worden ist. (Weyer: Und wie auch in der Landesversammlung!) Ja, auch auf der Landeskonferenz ist die Frage angeschnitten worden. Dort hatte er Gelegenheit, seinen Standpunkt auseinanderzusetzen. Statt dessen hat er gemeint, er hätte keine Veranlassung dazu, er müsse sich das erst überlegen, genau so, wie er es sich überlegen wollte, als die Fraktion das Verlangen an ihn stellte. Einmal hat gesagt, ihm seien Neußerungen Ledebours als Anklage zwischen die Beine geworfen worden. In meinem Wahlbezirk, dem zweiten sächsischen, aber versuchte der Antisemit Zimmermann sofort in der ersten Versammlung, uns Schippel auf's Futterbrot zu schmeieren. Wir haben ihn freilich in die Suppe gespuht. (Heiterkeit.) Heute handelt es sich nicht um die alten Sünden, sondern um das neue Vorgehen gegen Schippel. Alle Genossen, die in der praktischen Agitation stehen, haben sich nicht allzuviel mit seinen wissenschaftlich spintierenden Auseinandersetzungen und denen seiner Gegner befaßt. Aktuell wird so etwas erst, wenn es in Versammlungen vorgebracht wird und uns die Agitation erschwert. Von diesem Augenblick an datiert erst das Vorgehen gegen Schippel. — Mit der Webelschen Resolution bin ich einverstanden bis auf den letzten Teil, wo vom Ton die Rede ist. Diese Stelle sollte befreit werden und dafür das Amendement Prethaler gesetzt werden. Welche Konsequenzen Schippel oder die Chemnitzer ziehen werden, ja, damit haben wir nichts zu thun. Der Parteitag hat nur die Aufgabe, seine Anschauungen unumwunden auszusprechen, ohne Hinterthüren offen zu lassen. Der Betreffende hat dann die Konsequenzen zu ziehen, die er für richtig hält.

(Schluß im Hauptblatt.)

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Steht eine neue Schlacht bei Mukden bevor?

Nach englischen Meldungen soll General Kuroki mit 100 000 Mann den Hunsfluh überschritten haben und die russische Stellung bei Mukden von Osten her bedrohen. Ein „Reuter“-Telegramm aus Mukden vom 21. September lautet:

Die Schlacht steht unmittelbar bevor; die Japaner rücken in einer Stärke von 8 bis 9 Divisionen vor; das hohe Getreide ist überall gemäht und es bietet sich daher ein weites Schussfeld über die flache Ebene. Direkt vor der Front der russischen Stellungen befindet sich der Hunsfluh.

Bestätigung durch offizielle Nachrichten hat diese Nachricht bis jetzt nicht gefunden, sowohl aus Petersburg wie aus Tokio berichtet man nur über Vorpostengefächte der vordringenden Japaner mit den Russen.

Ueber die Lage von Port Arthur

wird gemeldet:

Tschiu, 20. September. (Meldung des „Reuterschen Bureaus.“) Die Japaner haben während der letzten 19 Tage ihre Vorbereitungen für den gegenwärtigen Angriff auf Port Arthur getroffen, der sich gegen die Nordfront richtet. Den Japanern kommt es darauf an, das Kitwanshan- und Erlunshan-Fort und die Zwischenforts zu nehmen. Der Angriff gegen Ende August dauerte in Wirklichkeit zehn Tage. Obgleich die Japaner auf der ganzen Linie zurückgedrängt wurden, behielten sie doch vier kleine Befestigungen im Nordosten. Zwei davon liegen nur fünfzig Meter von dem Erlunshan-Fort entfernt. Die Russen verließen täglich 1000 Granaten, hauptsächlich gegen die vier erwähnten Schanzen. Wie der „Nowi Krai“ berichtet, wurden nachts Ausfälle gegen diese Schanzen statt.

Tschiu, 20. September. (Meldung des „Reuterschen Bureaus.“) Alle aus Dalny eintreffenden Japaner legen große Achtung vor der Widerstandskraft der Russen in Port Arthur an den Tag. Der Ende August gemachte Versuch, das Kitwanshan-Fort zu stürmen, hat den Japanern ein ganzes Regiment gekostet.

Partei-Nachrichten.

Dollkellisches, Gerichtliches usw.

— Ein Waisener-Prozess. In Halle hatten sich kürzlich nicht weniger als 18 Personen, darunter der Vertrauensmann Genosse Reiwand, der Parteikassierer, der Gutbesitzer Leubner, der die Waisenviege zur Verfügung gestellt hatte, und ein Kapellmeister, der das Fest durch das Musikführungen, bei denen ein höheres Interesse der Kunst nicht obwaltete, verschönerte, vor dem Schöffengericht zu verantworten. Sämtliche Genossen, die als Bierzapfer fungiert, Bier, Limonade, Selterwasser, Würstchen, Süßfrüchte zc. verabreicht hatten, waren zur Stelle. Die Angeklagten sollten ohne Schankkonzession Bier verkaufen, ohne Gewerbebescheinigung, „Gewerbe im Umherziehen“ ausüben und den Sonntag entgeltlich haben. Unfre Genossen wiesen darauf hin, daß bei der Waisener eine gewerbliche, auf Gewinn zielende Tätigkeit nicht entfaltet worden ist, und die Funktionen lediglich im Interesse der Partei gehandelt hätten. Die Angeklagten hätten nur ein anständiges Tagelohn erhalten. Die sämtlichen Ehe- und Kindereinen sind auf Rechnung des sozialdemokratischen Vereins bestellt und die erzielten Ueberschüsse sind für Musik, Umzäumung der Wiese, Pacht zc. verausgabt worden. Der Staatsanwalt wollte das nicht glauben und beantragte gegen 17 Angeklagte 1200 M. Geldstrafe. Das Gericht verurteilte nur 6 Angeklagte zu insgesamt 65 M. Geldstrafe.

Ein aufgelöster Wirtschaftsbefehl.

Anlässlich der Reichstags-Wahlwahlen hatten unsere Parteigenossen in Udenhain bei Hanau eine öffentliche Wählerversammlung einberufen. Die Versammlung, welche in einer Scheune stattfand, wurde von Gen darmen aufgelöst. Eine größere Anzahl der Teilnehmer begab sich in mehrere Gastwirtschaften des Orts. Der Einberufer der Versammlung und der Referent Dr. Quard gingen in die Gastwirtschaft von Weitz, wo schon mehrere Personen anwesend waren, die mit der aufgelösten Versammlung nichts zu thun hatten. Nach und nach füllte sich das Gastzimmer. An allen Tischen wurde die Auflösung der Versammlung in zwangloser Weise lebhaft besprochen. Natürlich wurde auch die bevorstehende Stichwahl in den Kreis der Betrachtungen gezogen. Dr. Quard sprach auch davon und ließ sich über die Personen der Kandidaten aus. Ferner erzählte er mancherlei aus seinem Leben. Inzwischen war auch der Gen darmen herbeigekommen. Quards Unterhaltung hielt er wegen ihres lauten Tones für eine Rede und löste „die Versammlung“ auf. Seinem Verlangen, alsbald das Lokal zu verlassen, folgten die Anwesenden nicht gleich. Sie wurden festgesetzt und die Folge war, daß sich demnachst 22 Angeklagte, darunter Quard und der Einberufer, vor dem Schöffengericht wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes zu verantworten hatten. Sie wurden jedoch freigesprochen und das Landgericht Hanau bestätigte das Urteil. Es nahm an, daß die Anwesenden gekommen seien, sich zu erfrischen und nicht, um die aufgelöste Versammlung fortzusetzen. Auch sei aus dem Zusammensein keine neue Versammlung geworden. Es sei ferner nicht festzustellen, ob Dr. Quard sich bewußt gewesen sei, daß ein größerer Kreis ihn hören werde, und ob er dies bezweckte, wenn auch der Gen darmen seine Sprache laut fand. Wenn zu verneinen sei, daß im Gastzimmer bereits eine Versammlung stattfand, so konnte auch keine Versammlung aufgelöst werden und die Anwesenden hätten sich nicht entfernen brauchen. Die Revision der Staatsanwaltschaft wurde vom Kammergericht verworfen. Außer den Kosten wurden auch die notwendigen Auslagen der Angeklagten der Staatskasse auferlegt.

Dem Gen darmen etwaß natürlich wegen seines unberechtigten Eingreifens in die Unterhaltung der Wirtschaftsbefucher und den Geschäftsbetrieb des Gastwirts kein Nachteil.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Parteilgenossen von Berlin, Teltow-Beeslow, Nieder-Barnim und Potsdam-Dshaveland.

Am Sonntag, den 9. Oktober 1904, erscheint die nächste Lokalliste. Wir ersuchen daher die Mitglieder der Lokalkommission von obigen Kreisen, die Neu-Aufnahmen und die genauen Änderungen bis spätestens Donnerstag, den 29. September 1904, einlegenden zu wollen und zwar für:

- Teltow-Beeslow an den Genossen Hermann Schließ in Britz, Fahnstraße 2;
- Nieder-Barnim an den Genossen Robert Ried in Rummelsburg, Kanistraße 22, parterre;
- Potsdam-Dshaveland an den Genossen Karl Litz in Spandau, Mittelstraße 18;
- Diverse Orte an den Genossen Gustav Rowing in Strausberg (Stadt), Balkmühlenstraße;
- Berlin an den Genossen Wilhelm Hinz, S. 14, Prinzenstraße 60.

Die Lokalkommissions-Mitglieder wollen die genauen Änderungen und Neu-Aufnahmen für obige Liste umgehend mitteilen, da spätere Einsendungen keine Berücksichtigung mehr finden können.

Wiesach kommt es vor, daß Zuschriften in „Lokalangelegenheiten“ an die Redaktion oder Expedition des „Vorwärts“ gesandt

werden; zur schnelleren Erledigung derselben ersuchen wir die Genossen und Lokalkommissions-Mitglieder alle Anfragen und Zusendungen nur an den Genossen Wilhelm Hinz, Berlin S. 14, Prinzenstr. 66, zu richten und nicht an den „Vorwärts“.

Die Parteiblätter der oben genannten Kreise werden um Abdruck ersucht.

Die Lokalkommission für Berlin und Umgegend.

Lokales.

Rot und Krankheit.

Krankheit bringt Rot, wenigstens dem, der seinen Lebensunterhalt nur durch Arbeit erwerben kann. Aber auch die Umkehrung gilt: Rot bringt Krankheit — und die Krankheit steigert dann noch die schon vorhandene Rot. Es sind nicht die Häuser der Wohlhabenden, in denen Krankheit am häufigsten einsetzt, nicht die Thür der Reichen, an denen der Tod zuerst anklopft. Wo gesundheitszerrüttende Arbeit mit einem Lohn vergolten wird, der kaum zur Bestreitung des Unentbehrlichen ausreicht, wo manchmal trotz allen Fleißes Entbehrungen über Entbehrungen ertragen werden müssen, da ist dem Senfemänn die Bahn gebnet.

Auf die Beziehungen, die zwischen Armut und Krankheit, zwischen Rot und Tod bestehen, ist oft hingewiesen worden. Für Berlin lassen sie sich zahlenmäßig nachweisen aus einer Statistik, die das Berliner Statistische Amt seinem soeben erschienenen Jahresbericht über die Bevölkerungsbewegung Berlins im Jahre 1903 diesmal neu eingefügt hat. Der Bericht gruppiert für einige Todesursachen die Sterbefälle nach der Größe der Wohnung und nach der Zahl ihrer Bewohner. Zwei Todesursachen sind es, die hier das meiste Interesse beanspruchen: die Lungenschwindsucht, die namentlich von den Personen mittleren Alters in Berlin alljährlich an 4000 hinrafft, und die Darmkatarrhe, denen in der heißeren Jahreszeit je nach der Intensität der Hitze 2000—3000 Kinder erliegen.

An Lungenschwindsucht (einschl. Lungenleiden und Abzehrung) gingen im Jahre 1903 in Berlin 3081 Personen zu Grunde. 1882 davon starben in öffentlichen Krankenpflegeanstalten und Kliniken, 2099 in Wohnungen. Von diesen 2099 Personen hausten 2 in Wohnungen, die nur aus Küche bestanden, 866 in Wohnungen mit nur einem Zimmer, 850 in Wohnungen mit zwei Zimmern, also allein 1718 in kleinsten Wohnungen. Dagegen wurden aus Wohnungen mit drei Zimmern nur 248, aus Wohnungen mit vier Zimmern nur 75, aus Wohnungen mit fünf, sechs, sieben und mehr Zimmern zusammen nur 58 Lungenschwindsucht-Sterbefälle gemeldet. Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache. Es ist leider nur zu richtig, wenn man die Lungenschwindsucht die Proletariatskrankheit nennt.

Die Lungenschwindsucht holt ihre Opfer fast nur aus den Kleinen und Kleinsten Wohnungen, in denen eben die Kinderarmut und die Armen haufen. Und gerade diese Wohnungen sind trotz aller Kleinheit und Beengtheit in der Regel stärker besetzt als die geräumigen Wohnungen der Wohlhabenden. In den Wohnungen der 2099 zu Hause an Lungenschwindsucht Verstorbenen wohnten zusammen 9452 Personen. Da waren keine Wohnungen, in denen bis gegen ein Duzend Personen sich zusammengedrängt hatten. Und in ihrer Mitte lebte und starb ein Schwindsüchtiger! Unter den 850 Zweizimmer-Wohnungen, in denen Schwindsüchtige starben, waren nur 2 mit je einem Bewohner und 75 mit je zwei Bewohnern, aber 149 mit je drei, 178 mit je vier, 178 mit je fünf, 129 mit je sechs, 66 mit je sieben, 39 mit je acht, 20 mit je neun, 12 mit je zehn Bewohnern. Unter den 866 Einzimmer-Wohnungen waren nur 23 mit je einem Bewohner, aber 145 mit je zwei Bewohnern, 228 mit je drei, 169 mit je vier, 153 mit je fünf, 78 mit je sechs, 45 mit je sieben, 12 mit je acht, 7 mit je neun, 3 mit je zehn, 8 mit je elf Bewohnern. Man stelle sich das vor: Einzimmer-Wohnungen, in denen bis elf Personen haufen, und darunter ein Schwindsüchtiger!

Bei den Darmkatarrh-Sterbefällen zeigt die Statistik dieselben Zustände. An Darmkatarrh (einschl. Dredurchfall, Magen-Darmentzündungen usw.) starben im Jahre 1903 in Berlin 3148 Kinder des ersten Lebensjahres, 423 in Anstalten usw., 2725 in Wohnungen. Von den letzteren wohnten 14 in hohen Wohnhäusern, 1792 in Wohnungen mit nur einem Zimmer, 754 in Wohnungen mit zwei Zimmern, also allein 2560 in kleinsten Wohnungen. Es kommen dann auf Wohnungen mit drei Zimmern nur noch 122 Sterbefälle, auf Wohnungen mit vier Zimmern nur 30, auf Wohnungen mit fünf und mehr Zimmern nur 13. Nicht wahr, hier ist der Gegensatz zwischen arm und reich noch krasser?

Auch hinsichtlich der Beengtheit der Wohnungen liegen hier die Verhältnisse noch schlimmer als bei den Schwindsucht-Sterbefällen. In den Wohnungen, aus denen der Tod sich die 2725 Säuglinge herausholte, wohnten zusammen 13 500 Personen! Und es waren, wie gesagt, fast nur kleine Wohnungen, da ja die sommerlichen Verdauungsfrankheiten fast nur die Kinder der eng wohnenden ärmeren Bevölkerung hinraffen. Unter den 754 Zweizimmer-Wohnungen waren 1 mit zwei Bewohnern, 87 mit drei, 140 mit vier, 158 mit fünf, 137 mit sechs, 100 mit sieben, 87 mit acht, 46 mit neun, 23 mit zehn, 6 mit elf, 6 mit zwölf, 2 mit dreizehn, 1 mit fünfzehn Bewohnern, unter den 1792 Einzimmer-Wohnungen waren 47 mit zwei Bewohnern, 384 mit drei, 498 mit vier, 389 mit fünf, 228 mit sechs, 122 mit sieben, 72 mit acht, 23 mit neun, 16 mit zehn, 3 mit elf, 3 mit zwölf Bewohnern (und 7 ohne Angabe der Bewohnerzahl). In solchen „Wohnungen“ leben die Kinder des Proletariats, in solchen „Wohnungen“ sterben sie hin.

Diese Zahlen enthalten den Klassengegensatz, der durch die Gesellschaft geht, in seiner ganzen Furchtbarkeit. Rot bringt Krankheit und frühen Tod — das zeigen sie so deutlich, daß es auch dem Blödesten klar werden muß.

Das Märchen von der Selbstverwaltung. Die Stadtverordneten Justizrat Cassel, Vorsitzender der Fraktion der Linken, Vordirektor Nimmgen, Vorsitzender der Freien Fraktion, Fabrikant Dinske, Vorsitzender der Neuen Linken, Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langerhans, Stadtverordneten-Vorsieder, Stellvertreter Michalek und fast sämtliche Mitglieder der genannten drei Fraktionen haben folgenden Antrag bei der Stadtverordneten-Versammlung eingebracht: „Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, ob es richtig ist, daß die königliche Regierung durch eine Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums die Benutzung der Gemeindefulgrundstücke zu anderen als Elementar- und Schulzwecken von der vorhergehenden Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde abhängig gemacht hat, und welche Schritte im Falle der Aufrechterhaltung einer solchen Verfügung der Magistrat zur Wahrung der Rechte der Stadtgemeinde und der Selbstverwaltung zu ergreifen gedenkt?“ Wesentlich werden jetzt auch die Schulräume oft zu Wahlzwecken, zur Abhaltung von Waisenausschüssen und von Versammlungen gemeinnütziger Vereine usw., Einschätzungs-Kommissionen und von Turnvereinen benutzt. Der Magistrat möchte also in Zukunft auch in all diesen und andern Fällen für die Benutzung seiner Schulen erst die Genehmigung nachsuchen.

Prof. Dr. Gustav Behrend tritt von seiner Stelle als leitender Arzt der Anstalt für Geschlechtskrankheiten im städtischen Obdach in der Prebilitätsstraße zurück. Dr. Behrend hat diese Anstalt seit ihrer Begründung Ende 1890 geleitet.

Die goldene Hochzeit gilt als ein Ziel, das zu erreichen in Berlin nicht vielen Ehepaaren vergönnt sei. Die Statistik zeigt aber, daß die Ehen von mehr als fünfzigjähriger Dauer hier doch noch häufiger sind, als im allgemeinen angenommen wird. Im Jahre 1903 wurden in Berlin 8577 Ehen durch den Tod eines der Ehegatten gelöst. Bei 7784 dieser Ehen wurde die Dauer ermittelt, und da ergab sich, daß 180 Ehepaare bereits die goldene Hochzeit hinter sich hatten, als der Tod sie von einander riß. 160 Ehen hatten das 50. Jahr überdauert, 6 davon sogar das 60. Jahr. Die längste Ehebauer war in einem Fall 64 Jahre und in einem andern Fall 68 Jahre. Die 64jährige Ehe wurde gelöst durch den Tod des Mannes, der im Alter von 96 Jahren starb und seine Lebensgefährtin als 87jährige Witwe zurückließ. Eine Ehebauer von 68 Jahren ist in Berlin sehr selten. Der 68jährige Ehe wurde ein Ziel gesetzt durch den Tod der Frau, die als 88jährige starb. Der hinterlebende Witwer stand im Alter von 96 Jahren.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstag u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Wahl je eines Mitgliedes in den Ausschuss für die Wahlen von unbesoldeten Gemeindebeamten, in die Arbeitshaus-Verwaltung, in die Deputation für die städtische Feuerlöschgesellschaft, in die Markthalten-Deputation, in das Kuratorium der Otto-Stiftung, in die Deputation für die innere Ausschmückung des Rathauses, in das Kuratorium der Reuter-Stiftung, in die Straßenreinigung-Deputation und in das Kuratorium der Besesselschule. — Wahl von zwei Mitgliedern in die Gewerbe-Deputation. — Bericht-erstattung des Ausschusses für Rechnungssachen betreffend 85 Rechnungen und eine Resolution sowie die Rotations-beantwortung zum Jahresabschluss für das Etatsjahr 1902 der Stadthauptkasse und der Verwaltung des städtischen Landbesitzes. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, möglichst gemeinsam mit andern Städten geeignete Schritte zur Abwendung der Gefahren einzuleiten, welche durch Bestimmungen des neuen Wohnungsgesetzes vorläufiges, insbesondere durch die beabsichtigten Änderungen des Fluchtlinien-gesetzes vom Jahre 1876 der Selbstverwaltung der Kommunen drohen. — Vorlagen betreffend die Einrichtung einer Paradeschule am Leopoldplatz, — die erfolgte Bauabnahme der neuen Turnhalle für die 35. und 61./148. Gemeindefolge in der Bernauerstraße 89/90 und Straßburgerstraße 54. — die Aufhebung der Fluchtlinie auf der Nordseite des Markgrafendamms und Festsetzung einer neuen Fluchtlinie auf derselben Straßenseite, — die Teilung der Stadtbezirke 167b, 177, 190a, 190c, 240a und 247a, — eine bessere Ausstattung der Särge für die auf städtische Kosten zu bestattenden Leichen, — die Teilung des Bezirks der 125. Armen-kommission, — die vorläufige Regulierung der Liegenburgerstraße zwischen Weidreue und Wielandstraße in Charlottenburg, — die Einführung der Pflichtfortbildungsschule in Berlin, — die Annahme des Gesuches des Professors Dr. Strahmann, — den Vorentwurf zum Neubau einer städtischen Fleischver-nichtungs- und Verwertungsanstalt, — die Verbenutzung einer am Sonnenburgerstraße belegenen städtischen Landfläche für Gemeindefulzwecke, — den Jahresabschluss der Stadthauptkasse für das Etatsjahr 1903 sowie die außer dem Etat geleisteten Ausgaben, — den Verkauf der Grundstücke Bartelstraße 3, Linienstraße 227/228, Ede Kästlerstraße und Kleine Alexanderstraße 20, — die Petition eines Lehrers um Anstellung als Gemeindefullehrer und die Ver-willigung von Ruhegeld für einen leitenden Arzt. — Bericht-erstattung betreffend die Wahl je eines bürgerlichen Mitgliedes für die Erfas-sungskommissionen II, IV und VI, eines stellvertretenden bürgerlichen Mitgliedes für die Erfassungskommission II, von zwei Bürgerdeputierten für die Gewerbe-Deputation und eines Tagators für die Pferde-Aus-hebungs-Kommission I.

Ueber den elektrischen Treibetrieb auf dem Teltow-Kanal wird mitgeteilt: Der Kanal geht bekanntlich von der Dähme bei Grünau und von der Obersee über Teltow nach dem Griebnitzsee. Eine Abzweigung führt nach dem Wannsee. Der Schlepptrieb erfolgt ausschließlich durch elektrische Lokomotiven, die auf einem Doppelschienen fahren. Die Abnahme des Stromes erfolgt durch zwei Arme, da auch für die Rückleitung ein zweiter Draht der Oberleitung vorge-sehen ist. Das Schleppliff ist an einer Art von Kran befestigt. Die von der Ober durch den Ober-See-Kanal und die Wendische See kommenden Schlepplüge werden bei Grünau geteilt. Die Fahrzeuge, die den neuen Kanal benutzen wollen, werden an der oberen Mündung von der Schlepplokomotive übernommen. Der Kanal selbst wird, abgesehen von einer kleinen Strecke beim Griebnitzsee in vier Abschnitte von je etwa 8 Kilometer Länge zerlegt. Zwischen jedem Abschnitt findet ein Wechsel der Lokomotive statt. Die Führer befahren mit ihrer Lokomotive so stets nur eine verhältnismäßig kleine Strecke, die sie genau kennen lernen. Am Abend werden die Lokomotiven in den für jede Strecke vorgesehenen Schuppen gebracht. Die Leerfahrten sind so verhältnismäßig kurz und betragen im Durch-schnitt nur vier Kilometer. Die Schlepplüge sollen zwei Achse oder westliche Normallöhne oder vier Finowlöhne von 700 bis 1200 Tomen Rußlast betragen. Als Fahrgeschwindigkeit sind vier Kilometer in der Stunde vorgesehen, so daß eine Reiseschwindigkeit von etwa 3,8 Kilometer entsteht. Die Durchfahrt durch den elektrisch befahrenen Teil des Kanals von 34,1 Kilometer beansprucht einschließend des Aufenthaltes beim Durchschleusen 10 1/2 Stunden. Die tägliche Betriebszeit wird zu 13 Stunden angenommen. Für den Fahrplan ist ein geringerer Zugabstand von 1 Stunde festgesetzt. Sonst wird bei Bedarf gefahren. An jeder Mündung des Kanals erhält je ein Verkehrsleiter seinen Dienst. Sämtliche Dienststellen des Kanals sind unter sich sowie mit Wernsdorf und Brandenburg durch Fernsprecher verbunden. Die Betriebseinrichtungen werden von den Siemens-Schubert-Werken ausgeführt.

Neue Straßenschilder sind jetzt probeweise an der Ecke der Tauben- bzw. Noeren- und Markgrafstraße an den Laternen be-festigt worden. Sie bestehen aus einem großen, weißen Emailschild in schmelzgefertigter Vorderumrahmung, mit dem Namen der Straße und zwei darüber und darunter befindlichen kleineren Schildern, auf denen der Postbezirk und die Hausnummern des in Frage kommenden Straßenteiles verzeichnet sind. Diese Einrichtung besteht in Char-lottenburg schon seit längerer Zeit.

Das Leichenbegängnis von Emil Thomas erfolgt heute, Donnerstagnachmittag 5 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofes der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche aus. Der Friedhof liegt am Fürstendamm Weg in Westend.

In der Angelegenheit der falschen Fleischstempel erhalten wir von dem Schlächtermeister Herrn Hugo Koch in Reinickendorf, Amendstraße 94, die folgende Zuschrift: „In der Zeit vom 8. bis 10. August wurde in verschiedenen Zeitungen die Nachricht gebracht, daß von außerhalb, namentlich von Reinickendorf, tuberkuloses und andres krankes Fleisch, welches mit einem falschen Stempel gestempelt, in Berlin zum Verkauf eingeführt wird. Auch der „Vor-wärts“ brachte eine Notiz. In dieser Notiz wurde ich namentlich benannt, und zwar, wie es scheint, infolge einer Namens-verwechslung. Es wurde von mir gesagt, daß bei mir in einem eisernen Kasten gesunde Fleisch gefunden worden sei, welches gänzlich ver-dorben und mit Nadeln durchsetzt gewesen sei. Dieser Fall bezieht sich aber auf den Schlächtermeister Koch. Bei mir fand folgendes statt: Der Fleischschlepper Reberg hatte bei mir etliches Fleisch als verdächtig befunden und mir den Rat gegeben, es von Herrn Professor Eggeling nochmals untersuchen zu lassen. Ehe nun Herr Professor Eggeling kam, fand die bekannte Maggia statt, und so wurde natürlich dies von Reberg beanstandete Fleisch bei mir ge-“

funden. Und dies mußte ja gefunden werden, denn ich darf doch kein Fleisch, das beunruhigt ist, fortzuschaffen. Was den Fall Nord betrifft, so liegt die Sache ganz einfach. In Reinickendorf ist jeder Schlächtermeister gezwungen, einen Behälter zu haben, in welchem die Abfälle gesammelt werden müssen. Diese Behälter werden von der Abdeckerlei geleert. Daß diese Leerungen nicht pünktlich geschehen, weiß jeder Schlächter. Wenn nun, namentlich bei einer Hitze wie in diesem Jahre, die Abfälle nicht pünktlich geleert werden, so geben diese Abfälle in Gärnis über und bilden sich auch Maden. Also hier liegt die Schuld an der Abdeckerlei. Auch darauf möchte ich hinweisen, daß bei keinem Schlächter in Reinickendorf ein falscher Stempel gefunden worden ist. Wenn in anderen Vororten falsche Stempel gefunden worden sind, so dürfen diese nicht zum Abstrempeln von krankem Fleisch, sondern lediglich dazu benutzt worden sein, um eine doppelte Untersuchungsgebühr zu ersparen. Daß Herr Meßberg sein Amt auf das gewissenhafteste versehen hat, dürfte wohl das Amt in Reinickendorf sowie Herr Professor Eggeling bestätigen. Es handelt sich nun für uns Reinickendorfer Schlächter darum, daß eine unparteiische Festung vorkommenden Sachverhalt klarlegt, damit das Publikum sieht, in welcher Weise wir durch die damaligen Verordnungen geschädigt worden sind. Denn die Verordnungen waren alle so gehalten — außer im „Vorwärts“ —, daß wir geschädigt einen nicht wieder gut zu machenden Schaden erlitten haben. Ich bitte im Namen sämtlicher Reinickendorfer Schlächter um Veröffentlichung dieser Zuschrift.“

Im Tuberkulose-Museum, das sich im Vordergebäude des Reichs-Wohlfahrtsmuseums in Charlottenburg, Frankfurterstraße, befindet, hat vorübergehend ein Modell der Kinderfürsorge-Anstalten des Roten Kreuzes in Hohenheimer Aufstellung gefunden, das für das neue Tuberkulose-Museum in Karlsruhe bestimmt ist.

Eine allgemeine Erhöhung der Verkaufspreise von Fischereierzeugnissen wurde in der gestrigen Generalversammlung der Berliner Fischereimeister und Holzindustriellen in den Konfordia-Beklämmer beschlossen. Auf den zur Zeit benutzten Preislisten sollen die Verkaufspreise sofort um 10 Proz. erhöht werden.

Die vom Verbande der Friedhofsbeamten Deutschlands gelegentlich der zur Zeit hier stattfindenden Verbandssammlung veranstaltete Fachausstellung, die das gesamte Friedhofs- und Beerdigungswesen umfaßt, ist gestern vormittag in den Germania-Sälen, Chausseestraße 103, eröffnet worden. Neu für Berlin ist der von einer Wiener Firma ausgestellte automatisch funktionierende Versenkungsapparat. Sobald der Sarg auf die drei Tragarme gestellt worden ist, genügt das Heben eines Knopfes, um den Gesamtmechanismus in Tätigkeit zu setzen, wobei durch eine Fremdvorrichtung die Einlegeschnelligkeit beliebig reguliert werden kann. Ist der Sarg unten angelangt, so öffnen sich die Gurten selbsttätig und werden in den Mechanismus wieder zurückgerollt. Eine Königsberger Firma führt einen Wasserautomaten vor, der bequem an die Wasserleitung des Kirchhofes angeschlossen werden kann und gegen Einwurf eines 1 Pfennigstückes, ohne zu spritzen, 10 Liter Wasser liefert. Weiter sieht man auf der Ausstellung Trauerdekorationen, Kirchhofspläne, Grabgitter, Blumen, Aufgebänge, Bildwerke und dergleichen.

Die Tage der Trabrennbahn auf Westend sind gezählt. Das Terrain gehört mit zum großen Geländekomplex der künftigen Villensolonie Neu-Westend, die sich zwischen Spandauer Bod und Spandauer Chaussee im Norden und der Döberitzer Heerstraße im Süden erstrecken wird. Die Vorarbeiten für die Bebauung dieses Gebietes sind zur Zeit in südwestlichen Teil bis unmittelbar an die Ostseite der Trabrennbahn, die Eichen-Allee, geblieben. Während in diesem Teil die Straßentregulierung bereits im nächsten Jahre in Angriff genommen wird, soll das Gelände der jetzigen Trabrennbahn erst zu Beginn des Jahres 1906 für Bebauungszwecke hergerichtet werden. Infolgedessen sieht sich die Leitung der Trabrennbahn schon jetzt veranlaßt, Umschau nach einem neuen Gelände zu halten; zur Zeit verhandelt sie unter anderem wegen Pachtung eines 500 Morgen großen Gebietes, das bereits im Reichsbild von Spandau in der Höhe vom Bod liegt.

Ein Brand des Vohlenbelages der Großbeeren-Brücke beschäftigte gestern in aller Frühe die Feuerwehr. Das Feuer, das wahrscheinlich durch ein weggeworfenes Streichholz entstanden ist, war so zeitig bemerkt worden, daß die Flammen nur unbedeutenden Schaden anrichteten und in kurzer Zeit durch Ausgießen gelöscht werden konnten.

Ein böses Unglück ist einem Stodarbeiter zugestoßen. Er war am 1. September von einer Krankheit genesen, versuchte an dem Tage wieder zu arbeiten, mußte jedoch wegen Entkräftung die Arbeit wieder aufgeben. Unterwegs fühlte er eine Ohnmacht herannahen und legte nur sein wertvolles Werkzeug in einer Gostwirtschaft nieder. Der arme Mann kam sich aber jetzt nicht mehr erinnern, in welcher Straße das Lokal gelegen ist, und alle seine Bemühungen, wieder zu seinem Eigentum zu kommen, waren umsonst. Vielleicht veranlaßt diese Veröffentlichung den in Betracht kommenden Restaurateur, dem hart betroffenen Arbeiter das Werkzeug wieder zuzufinden. Er heißt Johann Rowad und wohnt Brunnenstraße 94, Seitenflügel 4 Tr.

Abgefaßt wurde von einem Kriminalbeamten der Gelegenheitsarbeiter Unverzagt, der einen schwunghaften Handel mit Freibankfleisch trieb. Der Kriminalbeamte hatte nach längerer Beobachtung festgestellt, daß Unverzagt, der in der Waldstraße 59 ein Zimmer bewohnt, drei- bis viermal im Laufe des Tages, sobald frisches Fleisch in der Freibankverkaufsstelle Waldenstr. 27, der der früherer Schlächtermeister Kühle vorsteht, ankomme, solches abholte. Bei der Hausdurchsuchung, die die Polizei bei Unverzagt vornahm, wurden, wie die „Allg. Fleisch-Ztg.“ mitteilt, 104 Pfund Rindfleisch (Oberhälften) gefunden, wovon 101 Pfund im Kachelofen sich befanden, der im Innern ausgemauert war, und als Vorratskammer diente. Unverzagt gestand, daß er schon seit einem Jahre einen Handel mit Freibankfleisch betreibt; Kühle behalte, wenn frisches Fleisch eingehe, ein größeres Quantum für ihn zurück, das er nach und nach abholte und an Restaurateure absetzte. Das Fleisch wurde beschlagnahmt und die Anzeige der Aufsichtbehörde erstattet. Die allgemeinen Bestimmungen über den Vertrieb von Freibankfleisch vermögen eben nach Lage der Verhältnisse in Berlin nicht zu verhindern, daß mit solchem Fleisch ein die Meister schwer schädigender Mißbrauch getrieben wird.

Kupferdiebstähle sind in der letzten Zeit in einem großen Restaurant der Friedrichstadt verübt worden, wahrscheinlich durch Hausdieben, die sich wohl unter dem zahlreichen, oft wechselnden Personal befunden haben. Bei einer Prüfung des Geschirrs entdeckte man jetzt, daß von den kupfernen Kesseln und Pfannen, die in einem nicht verschlossenen Raum lagen, für etwa 2000 M. fehlen. Die Diebe haben ohne Zweifel nicht die ganze Deute auf einmal, sondern stückweise weggeschleppt. Bis jetzt ist von den Sachen noch nichts wieder zum Vorschein gekommen. Es ist wohl anzunehmen, daß die Geschirre durch Zusammenschlagen unkenntlich gemacht und lediglich als Metall an Althändler verkauft worden sind.

Feuerbeeren. Mittwoch früh gegen 4 Uhr wurde die Wehr nach der Großbeeren-Brücke, die über den Schiffahrtskanal führt, gerufen, weil hier der Vohlenbelag, jedenfalls durch achtloses Wegwerfen eines brennenden Streichholzes, in Brand geraten war. Der 11. Löszug konnte die Gefahr leicht beseitigen. — Zur selben Zeit war in der Bendixenstraße 8 in einem Keller Feuer ausgebrochen, das allerlei Gerümpel und Verpackungsmaterial ergriffen hatte. — Arbeiterinnen gingen in der Preußenstraße 28 in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Kronenstraße 11 alter Hausbrand brannte. — Ein Schornsteinbrand mußte abends in der Frankfurter Allee 56 beobachtet werden. — Zweimal wurde der erste Löszug im Laufe des gestrigen Tages wieder nach der Amalienstraße 2/3 gerufen, wo am vergangenen Sonntag ein großes Feuer wütete. In beiden Fällen brannten Lumpenballen in einem Speicher, doch konnte die Gefahr in kurzer Zeit immer beseitigt werden. — Die übrigen Alarmierungen, die noch in den letzten 24 Stunden einliefen, waren auf „blinden Lärm“ zurückzuführen.

Bei der inneren Umgestaltung des königlichen Schauspielhauses wird jetzt auch während der Nacht die elektrischen Lichtarbeiten durchgeführt. Am 1. Januar 1905 soll das Theater wieder eröffnet werden.

Theater. Im Schiller-Theater O. wird heute, Donnerstag, Zundermanns „Johannseifer“ mit Elise Wafa als Marthe und Erich Jügel als Georg wiederholt. — Das Schiller-Theater N. bringt heute, Donnerstag, Grillparzers „Medea“ mit Anna Feldhammer in der Titelrolle. — Im Apollo-Theater ist die Premiere der neuen Operette „Berliner Luft“ auf Mittwoch, 28. Sept., verlegt worden. Die Musik ist von Linde, der Text von W. Jacobson. — Deutsche Volksbühne. „Genoveva“ geht am Freitag und Samstagabend ebenfalls in Scene. Einzelne Längen sind beseitigt worden, so daß das Stück die gewöhnliche Theaterzeit nicht überschreitet. — Im Velle-Alliance-Theater kommt heute Donnerstagabend „Die Dame aus Trouville“ zur Aufführung; morgen Freitag beginnt August Junfermann sein nur auf drei Abende berechnetes Gastspiel mit „Unser Drilling“. In dem berühmten Reiterstück wird dem beliebten Künstler das gesamte Personal zur Seite stehen. — Die neue Herrnfeld-Komödie, an der die Direktoren gegenwärtig arbeiten, macht die besten Fortschritte, so daß voraussichtlich schon Mitte Oktober das Stück, das diesmal ein Dreierstück wird, seine Uraufführung erleben dürfte. — Lustspielhaus. Gestern vormittag fand die Abnahme des Theaters statt. Das Lustspielhaus wird nuncmehr definitiv am 1. Oktober ex. mit Hartlebens Komödie „Ein wahrhaft guter Mensch“ eröffnet.

Die 5. städtische Fortbildungsschule und die 11. Abteilung des Gewerbejaales, Hagelsbergstr. 34, wurden im letzten Sommerhalbjahr von 87 Schülern besucht, die in 67 Kursen von 34 Lehrern unterrichtet wurden. Das neue Winter-Halbjahr beginnt am Mittwoch, den 12. Oktober ex. Inwieweit der Unterricht wird erteilt im Deutschen, Rechnen, Schönschreiben, kaufmännischen Rechnen, kaufmännischer Korrespondenz, Freihand, Ornament, Projektionszeichnen, einfacher und doppelter Buchführung, Physik, Chemie, Algebra, Geometrie und Trigonometrie. Für Französisch, Englisch, Fachzeichnen für Mechaniker, Kunstschmiede und Maschinenbauer sind je 4 M., für Maschinenschreiben und Stenographie je 2 M., für Modellieren 1 M. pro Halbjahr zu zahlen. Anmeldungen werden von jetzt ab täglich durch Direktor Berndt, Hagelsbergstr. 34, zu jeder Zeit entgegengenommen.

Nachdem das Berliner Aquarium durch die königl. Biologische Station auf Helgoland eine Gesellschaft herrlicher Buntentiere empfangen, hat nun auch die Adria-Station Rovigno eine Sammlung prächtiger Aktinien eingeschickt. Während der erste Transport hauptsächlich aus Seeentellen bestand, lieferte die Adria verschiedene Arten der in Farben und Formen so mannigfaltigen Buntentypen ein, so daß das große Seerosenbecken die reizvollste Befestigung aufweist. Als eine Fierde seines Behälters giebt sich auch der in mehreren Exemplaren von Rovigno mit angelegte Schiffsbarsch, welcher diese Bezeichnung wegen der an Schriftzüge erinnernden bläulichen Linien auf den Körperseiten führt, außerdem aber in Orange, Lilienfarbe und Blau prangt. Die Amphibien-Abteilung hat einen Zuwachs erfahren durch zwei nordamerikanische Riesensalamander, die ob ihres ungeschlachten Keuhorns und ihres Aufenthalts in schlammigen Fließbetten „Schlammteufel“ genannt werden. Obgleich sie in Bau und Tracht ganz Salamander und Molch sind und in der Länge sich dem japanischen Familiengenossen nähern, von dem einige über meterlange Exemplare im Aquarium vorhanden sind, so weicht der Amerikaner hinsichtlich der Fortpflanzung von unsren Wassermolchen ab und ähnelt hierin den Kröten, indem er nicht wie jene seine Eier einzeln an Blätter legt, sondern sie in kleinen Abständen in zähe Gallertmasse einbettet, so daß das Ganze wie bei den Kröten eine mehrreihige Schnur oder einen Strang bildet, der, wie man im Aquarium beobachtete, zwischen den Pflanzen am Boden Grunde ausgespannt wird.

Die Besuchszeit der königlichen Museen ist für die Wintermonate folgendermaßen festgesetzt: Das Alte und Neue Museum, das Pergamon-Museum, die Nationalgalerie, das Museum für Völkerkunde und das Kunstgewerbe-Museum sind während der Monate Oktober bis März an den Wochentagen mit Ausnahme der Montage, die Nationalgalerie mit Ausnahme der Dienstage, von 10 bis 3 Uhr, Sonntag und an den zweiten Feiertagen der hohen Feste während der Monate Oktober und März von 12 bis 5 Uhr, November und Februar von 12 bis 4 Uhr, Dezember und Januar von 12 bis 3 Uhr für das Publikum geöffnet. Das Kaiser Friedrich-Museum wird nach der für die zweite Hälfte des Oktober in Aussicht stehenden Eröffnung dem Publikum in denselben Zeiten wie das Alte und Neue Museum zugänglich sein.

Aus den Nachbarorten.

In der gestrigen Sitzung der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung begann die Tagesordnung mit der Einführung von drei vor den Herren gewählten neuen Mitgliedern, unter denen sich Genosse Liebe als Kandidat in der sozialdemokratischen Fraktion befand. Auch die andern Fraktionen haben sich durch diese Radikalen auf volle Dupend abgerundet. So haben von den 72 Stadtverordneten-Mandaten die konservativ-liberal schillernde Fraktion der Unpolitischen, früher Ströherianer, und die Fraktion der Liberalen, deren Liberalismus allerdings, wie Genosse Hirsch ihnen neuerlich mit Recht zurief, in letzter Zeit noch unter Eugen Richter geklungen ist, jetzt jede zwei Dupend Stimmen, ferner die unpolitisch-hausagrarische Fraktion Alt-Charlottenburg ein Dupend und die Sozialdemokraten vorläufig auch ein Dupend Stimmen. Ein Antrag betreffend die Einleitung des Enteignungsverfahrens betreffs eines Streifen Landes, der zur Anlegung eines Vorortkanals zwischen Westend und der Stadt- und Ringbahn benötigt wird, und ein weiterer Antrag betreffend den Neubau der Charlottenburger Brücke wurden Ausschüssen überwiesen. Die übrigen Anträge, die Nachbewilligungen und Straßentregulierungen betreffen, wurden genehmigt. Die Beantwortung einer Interpellation des Stadts. Dr. Zeyler (Soz.), ob der Magistrat Kenntnis hat von den Belästigungen, welchen Charlottenburger Bürger Siemenseiche Arbeiterinnen seitens der Polizei ausgesetzt sind, und was er dagegen zu thun gedenkt, — lehnte der Oberbürgermeister ab, da es dem Magistrat nicht möglich sei, auf das Verhalten der Polizei einzuwirken. Der Antrag auf Besprechung der Interpellation wurde nicht genügend unterstützt. Doch wird sie in der nächsten Sitzung in Form eines Antrages wieder eingebracht werden. Bei der Neuwahl eines Stadtbaurats erhielt der bisherige Baurat Bretschneider von 48 abgegebenen Stimmen 35, eine viel auf Baurat Rascher und 9 Zettel wurden unbefriedigt abgegeben, ein Zeichen, daß ein Teil der Versammlung mit Bretschneiders Tätigkeit als Arbeitgeber nicht zufrieden ist.

Auf dem Terrain der Vaugenossenschaft „Paradies“ bei Falkenthal-Grünau haben Rentiergäste Einbrecher gestiftet. Sie haben einige 20 Lauben und Häuschen demoliert, die Türen ausgehoben, Scheiben zertrümmert und den gesamten Dauter, Betten usw. durcheinander geworfen. Auch in der umweit davon liegenden Laubenkolonie Falkenthal sind in der letzten Zeit derartige Einbrüche verübt worden. Auffällig ist dabei, daß bei den letzterwähnten Einbrüchen, außer Kleinigkeiten, nichts gestohlen worden ist, so daß die Vermutung naheliegt, daß es sich um Raubakte von Leuten handelt, die den Verlinern, fast ausschließlich Parteigenossen, nicht wohl wollen. Der Grundbesitzerverein Falkenthal hat auf die Ermittlung der Thäter eine Belohnung von 30 M. ausgesetzt, und bittet die Genossen aus Alt-Grünau und Ruchoworten, etwaige Beobachtungen an Friedr. Kubat nach Berlin, Falschstraße 9, oder nach Falkenthal, Falkenhäuschen, mitzuteilen.

Eine unheimliche Stille verhängt sich in Spandau von der Bildfläche. In einer abgelegenen, früher an die inzwischen niedergelegte Stadtmauer grenzenden Straße stand ein kleines, mannsbüchliches Gebäude, das zuletzt einem Barbier gehörte. Vor dem war es Eigentum des Fiskus und wurde zur Unterbringung derjenigen armen

Kinder benutzt, die von außerhalb nach Spandau transportiert wurden, um hungernd zu werden. Die dem Weil des Fiskus verfallenen Barbier trafen tags vorher ein und verblieben die letzte Nacht ihres Lebens in dem bezeichneten Gewahrsam, einem engen von meterhohen Mauern umgebenen düsteren Raum. Das uralte Bauwerk wird jetzt abgebrochen und zur Vergrößerung der Klosterkirche verwendet. Sein letzter unfreiwilliger Inhaber war der wegen seines Attentats auf Friedrich Wilhelm IV. zum Tode verurteilte Bürgermeister Tschon.

Lichtenberg. Die im Frühjahr 1905 stattfindenden Ersatzwahlen zur Gemeindevertretung werden ihre Schatten voraus. Neben den dem Turnus nach ausscheidenden Vertretern werden für zwei aus dem Orte verzogene und für ein verstorbene Mitglied auch zwei Vertreter zu wählen sein, deren Mandate nun schon in der zweiten Instanz für ungültig erklärt sind. Ein Wähler der zweiten Klasse hat, mit Vollmachten von Korensen ausgerüstet, sich nicht damit begnügt, die papiernen Wähler der ersten Klasse zu vertreten und deren Stimmen für sich in die Wagschale zu werfen, sondern er nahm auch an der Bildung des Wahlvorstandes in der bevorzugten Klasse teil und sah ferner als Beisitzer am Wahltische, trotzdem seine „Vollmacht“ für ungültig erklärt wurde. Sein und seines „Mitgewählten“ Mandat ist vom Kreisaußschuß und nun auch vom Bezirksaußschuß für ungültig erklärt worden, aber — Gemeindevertreter sind die Herren doch.

Bei einem Sturz vom Dampfer tödlich verunglückt ist der dreißigjährige Maurer Oswald Pöschel. P. arbeitete in Groß-Voidamer Chaussee. Während seine Arbeitskollegen sämtlich auf einer andern Stelle des umfangreichen Baues zu thun hatten, war P. auf der Hoffsteie beschäftigt. Er schmeint infolge eines Fehltritts in die Tiefe gestürzt zu sein, wo ihn die Mitarbeiter leblos aufgefunden. Ein sofort herbeigerufener Arzt konnte dem Verunglückten nicht mehr helfen, denn er starb unter seinen Händen. P. hinterläßt eine Frau und vier ummündige Kinder.

Nachfröste haben in der Umgegend Berlins in den letzten Tagen den Feldfrüchten erheblichen Schaden getan. Grüne Vohnen, Kürbisblätter, Kartoffelsprossen etc. sind vielfach erfroren. Teilweise hatte sich auch schon Eis gebildet. Angesichts dieser Nachfröste macht es einen sonderbaren Eindruck, daß in Werder a. H. verschiedene Obstbäume zum zweitenmal in voller Blüte stehen.

Gerichts-Zeitung.

Der Reichstags-Abgeordnete Werner trat gestern vor dem Schöffengericht als Privatkläger gegen den Rechtsanwalt Dr. Siegmann auf, dem er vorwarf, in einem vor dem Zivilgericht gehaltenen Vaidoyer durch eine Bemerkung ihn beleidigt zu haben. Rechtsanwalt Dr. Siegmann vertritt die „Victoria“-Verfälscher-Gesellschaft in verschiedenen Prozessen, die diese angestrengt hat. Gegen die „Victoria“ sind bekanntlich in letzter Zeit mehrere Personen zu Felde gezogen und haben ihr den Vorwurf der Unrechtheit bei Verleumdungen gemacht. Insbesondere war von dem Schriftsteller Toporski eine Broschüre gegen die „Victoria“ erschienen, die auf den Straten ausgetrieben wurde. Gegen die Verbreitung der Broschüre hatte die „Victoria“ die Hilfe der Gerichte angerufen und die Verhaftung der Schrift erreicht. Bald darauf hat der Abg. Werner im Reichstags bei der Beratung des Etats des Reichsanwalts des Innern die „Victoria“-Angelegenheit zur Sprache gebracht und dabei zahlreiche Stellen aus der beschlagnahmten Broschüre vorgelesen. Diese Rede des Abg. Werner wurde dann wieder als Broschüre auf den Straten ausgetrieben, und auf diese Weise gelangte ein großer Teil des Inhalts der beschlagnahmten Schrift unter das Publikum. Dagegen konnte nichts gemacht werden, denn es handelte sich um die wahrheitsgetreue Wiedergabe der Rede eines Reichstags-Abgeordneten. Die „Victoria“ strengte darauf wegen der beiden Broschüren gegen den Verfasser eine Entschädigungsklage an. In einem am 11. April stattgefundenen Termin gab der Rechtsanwaltschaft Dr. Siegmann eine eingehende Schilderung von der Vorgeschichte dieses Prozesses und kam dabei auch auf das Vorgehen des Abg. Werner im Reichstags zu sprechen. Er soll dabei gesagt haben: daß sei „bezahlte Arbeit“ gewesen. Darauf gründet sich die Privatklage. Rechtsanwalt Dr. Siegmann bestritt dies und glaube, nur die Wendung „bestellte Arbeit“ gebraucht zu haben. Er habe damit nur ausdrücken wollen, daß der Abg. Werner nicht aus dem Gewissen eines Volksvertreters heraus, der bestimmte Mängel bloßlegen will, sondern zu andern parteipolitischen Zwecken unter dem Schutze seiner Immunität auf Umwegen das, was eben erst polizeilich verboten war, wieder unter das Publikum habe bringen wollen. Er sei darin durch die Thatfache bestärkt, daß Abg. Werner beim Vorlesen der Stellen aus der Broschüre, gerade die Stelle weggelassen habe, in welcher mitgeteilt wurde, daß sich das Ausschichtamt schon mit dieser Victoria-Angelegenheit beschäftigt und gegen die Verleumdungen nichts zu erinnern gefunden habe. — In der gestrigen Verhandlung wurde festgestellt, daß Rechtsanwalt Jüngst in jenem Termine vor dem Zivilgericht beantragt hatte, die von ihm stenographierte Äußerung seines Prozeßgegners Dr. Siegmann zu Protokoll zu nehmen, was abgelehnt wurde. Dr. Siegmann hatte sofort erklärt, daß er seines Wissens nicht von „bezahlter“, sondern von „bestellter“ Arbeit gesprochen habe, und der damalige Vorsitzende und ein Beisitzer glaubten, ihm darin recht geben zu müssen. Dagegen bekundeten gestern vier Zeugen, daß der Ausdruck „bezahlte Arbeit“ gefallen sei. Der vernommene Schriftsteller Toporski erklärte auf Verfragen, daß er sich überhaupt nicht an den Abgeordneten Werner gewandt habe, um auf diesem Umwege den Inhalt seiner Broschüre doch in die Öffentlichkeit bringen zu können. — A. U. Jüngst beantragte für den Privatkläger, für den der gebrauchte Ausdruck zweifellos beleidigend sei, eine angemessene Bestrafung. Der Privatkläger schloß sich diesem Antrage an und führte aus: In beiden Versionen liege eine schwere Verleumdung. Einem Volksvertreter, der öffentliche Uebelstände rüge, dürfe man nicht sofort unterstellen, daß er „bestellte Arbeit“ geliefert habe, d. h. sich weniger von seiner Ueberzeugung als von der Rücksicht auf gewisse Parteizwecke habe leiten lassen. Auch ein Rechtsanwalts dürfe dies nicht unter dem Schutze des § 193 thun, im Gegenteil müsse ein so redogewandter Mann und Kenner des Rechts seine Zunge doppelt im Zaume halten. — Der Privatkläger nahm dagegen den Schutz des § 193 St.-G.-B. für sich in Anspruch. Er habe lediglich die Interessen der von ihm vertretenen Partei wahrgenommen und wenn ihm dabei ein anderer Ausdruck untergefallen sein sollte, als er beabsichtigte, so habe ihm dabei jede beleidigende Absicht ferngelegen. Nach seinen Informationen habe er nur andeuten wollen, daß hier ein Volksvertreter nicht aus bedrängtem Gewissen heraus in die Öffentlichkeit getreten sei, sondern aus andern Motiven — sei es aus antisemitischer Tendenz, um seiner Partei neuen Agitationsstoff zu liefern, sei es aus Grund früherer Hänfeleien, die die „Victoria“ mit den Antisemiten gehabt habe. Der Beklagte berief sich auch auf den Grafen Pofadowski, der das Vorgehen des Privatklägers einer vernichtenden Kritik im Reichstags unterworfen und auf das Bedenkliche hingewiesen habe. Privatkläger schloß sich ohne weiteres im Reichstags öffentlich anzugreifen. — Reichstagsabgeordneter Werner erwiderte darauf: Graf Pofadowski würde jene Rede wohl nicht gehalten haben, wenn sich inzwischen schon der Wiener Victoria-Prozess abgepielt hätte. Lediglich habe Graf Pofadowski zwischen der zweiten und dritten Lesung des Etats eine auf die Verleumdungen bezügliche Verfügung erlassen, was wohl als eine Folge seiner des Klägers) Ausführungen zu betrachten sei. — Der Schöffengericht hielt für festgestellt, daß dem Angeklagten in seinem Vaidoyer die Wendung „bezahlte“ Arbeit untergefallen sei, den er aber sofort dahin erläutert habe, daß er „bestellte“ Arbeit habe sagen wollen. Der Angeklagte, der unabweislich das Interesse der von ihm vertretenen Partei wahrnahm, habe in gutem Glauben gehandelt, als er die Entwidlungsgeschichte des Prozesses vortrug und auf das Vorgehen des Klägers hinwies, die Form lasse eine

Central-Verband
d. Zimmerer Deutschlands
 Zahlstelle Berlin u. Umgegend
 Hiermit die Nachricht, daß am
 Sonntag unter Mitgl.
Rudolf Löhl
 verstorben ist.
 Seine letzten Wünsche:
 Die Beerdigung findet am Don-
 nerstag, den 22. Septbr., nachm.
 4 Uhr, von der Leichenhalle des Auf-
 erstehungs-Kirchhofes in Weißen-
 see aus statt.
 Um rege Teilnahme bittet
 Der Vorstand.



WINTERGARTEN
 Pas de Deux oriental.
 Tilly Böbb mit ihren 12 Löwen.
 Paula Worm, Operettensängerin.
 Rudolf Segommer, Ventriquoist.
 Severin und Mlle. Dorville in der
 Pantomime „Der Trunkenbold“.
 Harmony Four, Gesangsquartett.
 Nirvana, lebende Bilder.
 Die Klein-Familie, Radfahrer.
 Jano Pernyn, Pariser Sängerin.
 Die 8 Cocktails, Tanz-Ensemble.
 The Asahis, japanische Akrobaten.
 Die 3 Motors, Hochturner.
 Biograph, darstellend d. Ringkampf
 zwisch. Hackenschmidt u. Jenkins.

Victoria-Brauerei
 Lützowstr. 111/112.
 Täglich im Garten oder
 Saal:
Korsts
Norddeutsche
Humoristen
 und
Quartett-Sänger.
 Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
 Bons haben Gültigkeit.

Möbelverkauf!
 In meiner Möbelladell, **Gneisenau-**
straße 15, am Galleischen Thor, stehen
 viele Wohnungs-Einrichtungen, ver-
 stehen gewesene und neue Aus-
 stellungen zum sehr billigen Verkauf.
 Teilzahlung bei ganz geringer An-
 zahlung gestattet. Beamten ohne
 Anzahlung. Durch große Gelegen-
 heits-Einkäufe zu billigen Preisen
 liefert ich gediegene Einrichtungen
 für 150, 200, 300, 400 Mark, hoch-
 elegante von 500 bis 10000 Mark.
 Ganz besonders empfehlenswert ist der
 große Vorrat verleiht gewesener und
 gütlichgehaltener Möbel, die noch fast neu
 sind und in Preise bedeutend herabgesetzt
 sind. Kleiderständer 24, Kommode 18,
 Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit
 Matratze 20, Tischspinde, Becken
 30, Salongarnitur, Tischgarnituren
 105, Kuschelstühle mit Matratzen
 40, geschmückte Büffets, Bücherstän-
 de, Vasegläser mit Sattelstühlen 85,
 Schreibtisch 40, Chaiselongue, Englische
 Schlafzimmer, Speisezimmer, Salons,
 auch Jugendstil, sehr billig. Gekaufte
 Möbel werden 3 Monate kostenfrei
 aufbewahrt, durch eigene Gespanne ge-
 liefert. Musterbuch gratis. 2152*

Modelleure.
 Freitag, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen,
 Kommandantenstraße 20:
Oeffentliche Modelleur-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Berichterstattung über die letzten Verhandlungen mit den Prin-
 zipalen und Beschlußfassung. 22/18
 Das Erscheinen jedes Kollegen ist dringend notwendig.
Die Kommission.

Gewerkschaft der Maler Berlins
 und Umgegend.
 Freitag, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung für den Bezirk Norden
 im Lokale des Herrn Dietrich, Brunnenstr. 41.
 Tages-Ordnung: 1. Der Generalstreik. Referent: Genosse
 M. Strasser. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 155/3
 Kollegen, erscheint alle in dieser Versammlung, da wichtige Angelegen-
 heiten erörtert werden. **Die Verwaltung.**

Mühlhäuser Kautabak
 von **Hugo Carl Hagenbruch**, Mühlhausen
 i. Th. nur echt, wenn die Rollen den beigebrannten
 Getreie enthalten, worauf genau zu achten bitten.
 Vertreter für Berlin und Umgegend:
August Kleinert, 58142*
 Berlin SW., Grohbeerenstraße 39.

Berliner Ressource
 Kommandanten-Strasse 57.
 Empfehle meine hocheleganten, renovierten, großen u. kleinen Festkör-
 zu Festlichkeiten und Veranlassungen.
 Fernsprecher Amt IV, 9075. [9082*]
Adolf Stein.
 Sonnabende und Sonntage noch frei.

Gustav Behrens
 Spezialitäten-
 Theater,
 Frankfurter-
 Allee 85.
 Neu! Geschwister Ratsal, die schönsten
 Concertmaerchen. Neu! Mr. Muson,
 Eccentric-Spatenlänger. Neu! Sal-
 vator & Selma, Strafrechtsdramen auf
 lebendem Fiedelthal. Neu! Original-
 Koch. Außerdem die übrigen erst-
 klassigen Spezialitäten.
 Anfang 7 Uhr. Sonntags 8 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.
 Stettiner Säng-
 er (Meyer, Petro, Britton,
 Steidl, Böhm, Blöttner,
 Bachmann, Walden,
 Schrader).
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag 7 Uhr.

V. und VI. Wahlkreis
 (30. Kommunal-Wahlbezirk).
 Freitag, den 23. September 1904, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenhauer Hof“, Rosenhauerstraße 11/12:
Oeffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Preissindnoten im roten Hause. Referent: Stadtverordneter **Franz Kotske**. 2. Diskussion
 und Aufstellung eines Kandidaten für den 30. Kommunal-Wahlbezirk. 3. Verschiedenes.
 Zahlreiches Erscheinen der Parteigenossen des 5. und 6. Kreises erbeten. **Die Vertrauensleute.**
 Flugblatt-Verbreitung am Sonntag, den 25. September, 1/8 Uhr früh im 5. Kreise
 von den Lokalen: **Wirth**, Auguststr. 51, **Wittchow**, Al. Hamburgerstr. 27 (Eingang Wasserstraße); im
 6. Kreise von den Lokalen: **Herker**, Bergstr. 10, **Hoppe**, Kiderstr. 21.

Achtung! **Achtung!**
Luxuspapier-Branche!
 Heute Donnerstag, 22. September, abends 8 Uhr, im großen Saale von Keller,
 Koppens-Strasse Nr. 20:
Oeffentliche Versammlung
 aller in der Luxuspapier-Branche beschäft.
 Arbeiter und Arbeiterinnen.
 Tages-Ordnung:
 1. Der Herrenhandypunkt der Berliner Luxuspapier-Fabrikanten. Referent: Kollege **Brückner**.
 2. Diskussion und Verschiedenes.
 Die Kollegen und Kolleginnen aus allen Luxuspapier-, Couvert- und Papierausstattungs-Fabriken
 sind zu dieser Versammlung eingeladen.
 Heute abend muß ein jeder zur Stelle sein!
Die Lohnkommission. 25/1

Möbel ab Fabrik
 Gediegene Arbeit.
 Eine erste anspruchsvolle Möbel-
 fabrik ist bereit, an **Deante**,
Brautpaare etc. kompl. Ein-
 richtungen sowie einzelne
 Gegenstände bei 1/2 oder 1/3
 Anzahlung laut Kassa-Katalog
 abzugeben. Abreisen bitten
 unter L. 1 in der Hauptstadt,
 d. Bl. abzugeben. Fordern
 Sie die kostenfreie Zusendung
 des Kataloges.
Dr. Simmel, Prinzen-
 Str. 41,
 Spezialarzt für (25/12*)
Haut- und Harnleiden.
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12. 2-4.

Achtung! Fliesenleger! Achtung!
 Freitag, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr,
 im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 7):
Mitglieder-Versammlung
 der Sektion d. Fliesenleger d. Central-Verb. d. Maurer.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht von
 der letzten Einigungs-Kommissions-Sitzung. 4. Verschiedenes.
 Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig.
 148/19* 3. A.: Der Sektions-Vorstand.

ERÖFFNUNGS-ANZEIGE
 Heute Donnerstag, nachmittags 5 Uhr: Eröffnung
 * * * meiner Special-Abteilung für * * *
Damen-Konfektion
Julius Lindenbaum
 Special-Haus für Herren- und Damen-Bekleidung
 * * * Große Frankfurter-Straße 141 * * *
 Ecke Frucht-Straße.

Klaviatur-Arbeiter!
 Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr:
Oeffentliche Versammlung
 im Lokal **Süd-Ost**, Wrangelstraße Nr. 75.
 Tages-Ordnung:
Unsere Lohnbewegung.
 Die Branchen-Kommission. Die Agitations-Kommission des Fachvereins.
 Ortsverein der Pianoforte-Arbeiter. 80/0

Maler, Lackierer, Anstreicher.
 Freitag, den 23. September 1904,
 abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
 im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15 (Saal 4).
 Tages-Ordnung:
 1. Der Gesehntour zur Verhütung von Vorkrankungen der Maler
 und Lackierer. Referent: Kollege **Wark** aus Hamburg. 2. Diskussion.
 Der wichtigen Tagesordnung wegen darf kein Kollege in der
 Versammlung fehlen. 124/18
 Die Ortsverwaltung der Vereinigung der Maler.

Gegründet 1872. **F. Nahrstedt** Gegründet 1872.
 SO., Wrangelstraße 40/41, an der Skalitzerstraße.
Gr. Räumungs-Ausverkauf!
 Bis zur Eröffnung
 der bedeutend vergrößerten Geschäftsräume gebe auf alle Einkäufe mit Ausnahme von Nähgarnen
10 % Rabatt in bar oder Doppelmarken.
 Günstigste Gelegenheit **Geld zu sparen** beim Einkauf von:
 Kleiderstoffen, Wäsche, Tricotagen, Wollwaren, Möbelstoffen, Gardinen, Läufer-
 stoffen, Steppdecken, Teppichen, Blusen, Kinder-Kleidchen, Knaben-Anzügen,
 Damen- und Kinder-Jacketts, Hüten etc.
 Einige Restbestände zu Spottpreisen.

Verfammlungen.

Die Versammlung des socialdemokratischen Wahlvereins für den vierten Berliner Wahlkreis (Dien), welche am 20. September im Etablissement „Königsbau“ in der Frankfurterstraße tagte, war außerordentlich stark besucht. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen Dr. Friedberg über: „Parlamentarismus und Generalstreik“.

Dr. Friedberg leitete sein Referat mit einigen persönlichen Bemerkungen ein. Zunächst wollte er seinen Dank aussprechen dafür, daß ihm die Genossen des Dien vor etwa drei Jahren das Stadtverordnetenmandat für den 22. Bezirk übertragen hätten. Damals handelte es sich darum, einen Platz in der Frankfurterdeputation für die socialdemokratische Fraktion zu erobern, was denn auch gelungen sei, da die Gegner ihm gegenüber ihre Reden fallen ließen. Viele von den Genossen wußten, daß er sonst die Anforderungen der Genossen, Mandate zu übernehmen, mit der Bitte abgelehnt, ihn höchstens in unsicheren Kreisen oder Bezirken aufzustellen, wo er, ohne gewählt zu werden, der Partei agitatorisch nützen könne. Wenn er nun jetzt das Stadtverordnetenmandat aus verschiedenen Gründen niedergelegt habe, so werde doch seine ganze Kraft den Interessen und dem Dienst des Proletariats gewidmet sein.

Kampf nehme die Persönlichkeit jedes Einzelnen in Anspruch; jeder müsse seinen Mann stehen und niemand könne sich auf einen Vertreter verlassen. Dr. Friedberg wies zum Schluß darauf hin, daß man bei einem Generalstreik allerdings werde Opfer bringen müssen. Der Generalstreik fange friedlich an. Was dann komme, wenn man uns zwingen wolle, zu arbeiten, oder wenn der Hunger sich einstelle — — — auf die Gesetze des Klassenstaats würden wir pfeifen dabei. Den Parlamentarismus werde man uns nehmen, in den rein wirtschaftlichen Kämpfen dränge man uns dem Generalstreik zu. Um das Banner des Generalstreiks werde sich die Arbeiterschaft eines Tages scharen, wenn die Organisationsentwicklung u. a. es ermöglichen, die Waffe mit Erfolg zu gebrauchen. (Lebhafter Beifall.)

Hugo Bösch als erster Diskussionsredner gesteht dem Genossen Friedberg als selbstverständlich das Recht zu, seine Anschauungen zu vertreten, bekämpft sie aber. Die Lokalorganisierten hätten zuletzt keinen Grund mehr gehabt, sich von der großen Schar der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter fernzuhalten. Da hätten sie nun in der Generalstreikidee einen neuen Grund gefunden und den Genossen Friedberg benützt, sie zu vertreten. Das möge wohl den Unwillen gegen Friedberg, über den er sich so bellte, mit berichtigt haben, wenn auch Friedberg nichts mit dem Sonderstreben der Lokalorganisation zu thun habe. Redner giebt Friedberg zu, daß der Druck von außen sicher dazu beigetragen habe, daß die Socialreform im Reichstage zu stande gekommen sei. Wenn Friedberg aber die parlamentarische Vethätigung überhaupt nicht wolle, so möchte Redner ihn doch mal fragen, ob er in Versammlungen und in der Presse auch nur den zehnten Teil dessen sagen könnte, was im Reichstage möglich. In Deutschland sei es sehr schwer, die öffentliche Meinung aufzureißen. Wenn aber Bebel oder ein anderer im Reichstage bei voller Redefreiheit die schärfste Kritik äbe und dies ungehindert gedruckt werden könnte, dann bleibe eine Wirkung nicht aus. Bösch führt Beispiele an. Friedberg sage, wir seien die Geseligen, die andern setzen sich über die Gesetze weg. Ja, warum denn? Weil nicht wir die Macht hätten, wohl aber sie! Friedberg lege zuviel Gewicht auf die äuhere Demonstration der Mäfeier. Viel wichtiger sei die Verkürzung der Arbeitszeit. Falls sei es, so zu thun, als ob nur einige Führer in den Gewerkschaften eine andre Form der Mäfeier wünschten; sie würden vielmehr durch die Mitglieder gedrängt. Die Führer der großen Gewerkschaften und alle, welche weiter blickten, seien mit Friedberg vollkommen einig darin, nicht bloß zu organisieren, sondern auch zu bilden, vollwertige Menschen zu schaffen, die zu erziehen, die lediglich aus rein materiellen Gründen in die Gewerkschaften kämen. Da müßten wir aber auch berücksichtigen, was in den Schulen unterlassen wurde. Auch auf diesem Gebiete müßten wir uns also beschäftigen und Forderungen stellen. Da brauchten wir schon wieder den Parlamentarismus in Staat und Kommune! Beides sei notwendig: der ökonomische Kampf und der parlamentarische. Bezüglich des Generalstreiks meint Redner, dies näher ausführend, daß er an den thatsächlichen Verhältnissen scheitern müßte. Die Kapitalisten würden ihn aushalten, nicht aber die Proletarier. Nun deutete ja Friedberg an, daß die Arbeiter, die der Hunger quäle, dann schon wissen würden, wo Hülfe zu beschaffen sei; der Hunger würde sie zu aktivem Handeln treiben. Die Herrschenden verfügten indessen doch vorläufig noch über die ganzen Machtmittel. Die Generalstreiker würden schließlich niederknirschen. Wenn wir aber das ganze Proletariat so durchseucht hätten, um einen Generalstreik machen zu können, dann — Liedlechts Wort bleibe immer noch wahr — brauchten wir den Generalstreik nicht mehr. Das schädlichste der Agitation für den Generalstreik sei jedoch, daß die Arbeiter sich dann um nichts anderes kümmern, sondern sich sagen würden: wenn der große Kladderadatsch kommt, machen wir ihn mit, das genügt. Es werde dem Proletariat die Kleinarbeit vererbt, die äußerst wichtig sei für ein ständiges Vorkwärtskommen. Die Arbeiterschaft müsse überall dabei sein. (Beifall.)

Bühner und Unger bekämpften unter zum Teil lebhafter Zustimmung eines Teils der Versammlung ebenfalls den Friedberg'schen Standpunkt. Ihre Ausführungen hielten sich im wesentlichen im Gebotengange derjenigen des Vordröner Bösch. Unger bedauert tief, daß Friedberg in einer früheren Versammlung das Wesen anarchistischer Mäfeier und ein Zusammengehen mit den Anarchisten angetan habe. Friedberg sage, er kämpfe für uns. Wenn das aber so weiter gehe, werde wohl die Socialdemokratie für die Mitarbeit danken. — Dr. Friedberg und Bösch tauschten dann noch einige persönliche Bemerkungen bezw. Berichtigungen aus. Friedberg erklärte unter andrem, daß er allerdings der Meinung sei und dafür eintrete, daß Socialdemokraten und Anarchisten im Klassenkampfe zusammengehören. Die Idee des Generalstreiks könnte das einigende Band sein. Friedberg bestreitet, die Verkürzung der Arbeitszeit zu unterschätzen. — Die weitere Debatte wird bis zur nächsten Versammlung vertagt. Es sind noch eine Anzahl Redner in der Liste verzeichnet. Friedberg wird dann auch den Einwendungen gegen seine Ausführungen entgegengetreten. Seit der letzten Versammlung sind 86 neue Mitglieder aufgenommen worden.

Eine Vorstandssitzung des Berliner Gewerkschaftskartells, die am Dienstag bei Patt in der Dragonerstraße stattfand, besahte sich mit der in Nr. 218 des „Vorwärts“ veröffentlichten Resolution des Ausschusses der Gewerkschaftskommission über die Kandidatenfrage zu den Gewerbegerichtswahlen. Hinrichsen, der die Verhandlungen einleitete, schilderte auf Grund des ersten Jahresberichts des Gewerkschaftskartells die Ereignisse, die vor fünf Jahren zum Austritt aus der Gewerkschaftskommission geführt haben, und bemerkte, es sei unrichtig, daß diese Gewerkschaften

ausgetreten seien, weil sie die proportionelle Besetzung der Delegation ablehnten; vielmehr seien gerade sie es gewesen, welche die proportionelle Vertretung wollten. Im folgenden Jahre, 1900, habe sich die Aufstellung der Kandidaten mit proportioneller Beteiligung des Kartells ohne Streitigkeit vollzogen. Im Jahre 1902 habe das Kartell seine Kandidatenliste nebst einem Begleitschreiben der Gewerkschaftskommission wiederum rechtzeitig zugesandt; Liste und Begleitschreiben aber habe die Kommission dem Kartell 12 Tage vor der Wahl ohne jede Antwort wieder zurückgeschickt. Nachdem sich nun in diesem Jahre die Berliner Vertrauensleute mit der Frage besahten, habe man im Kartell erwartet, daß diesmal die Aufstellung der Kandidaten ohne Vergeßwältigung der Kartellgewerkschaften vor sich gehen werde. Der Redner ging des weitern auf die Einigungsbestrebungen der Vertrauensleute ein und bemerkte, daß die Kartellvertreter den Vorschlag der Vertrauensleute, die Kandidaten in gemeinsamen Versammlungen der einzelnen Bezirke aufzustellen, mit Recht abgelehnt hätten, da ja in solchen Versammlungen die Mitglieder der Kartellgewerkschaften zweifellos durch die Masse der Centralverbänder majorisiert worden wären; übrigens hätten die Kartellvertreter, wenn sie diesem Vorschlage wirklich zustimmten, gar nicht wissen können, ob er auch von den Kommissionsvertretern angenommen worden wäre. Die Behauptung, die Beisitzer der Kartellrichtung könnten versuchen, in Tarifstreitfällen eine andre Auslegung geltend zu machen, wies der Redner mit scharfen Worten als eine schwere Verleumdung zurück und erklärte, die Beisitzer aus den Reihen der Kartellgewerkschaften hätten bis jetzt ihr Amt stets einwandfrei verwaltet und es sei noch keinerlei Beschwerde über sie laut geworden. Ebenso wies der Redner den Vorwurf des Streikbruchs der Löhner der Kartellrichtung zurück und bemerkte hinsichtlich der im Bericht von der Ausschussung der Gewerkschaftskommission erwähnten Sympathien für Dr. Friedberg's Generalstreiks-Agitation, daß diese Sache eigentlich gar nichts mit den Kandidaturen zu den Gewerbegerichtswahlen zu thun habe. Was die nach jenem Bericht für die Kartellgewerkschaften symptomatische Neigung zum Anarchismus anbelangt, so wurde sowohl vom Referenten als auch von Diskussionsrednern hervorgehoben, daß ja gerade die Kartellgewerkschaften die socialdemokratische Auffassung betonten, und daß die auf ihren Kongressen gefahten Resolutionen betonen, daß sie auf dem Boden des Participationsprogramms stehen. Demgemäß habe denn auch jüngst der Anarchist lange in öffentlicher Versammlung erklärt, seine Gesinnungsgenossen würden sich gern dem Kartell anschließen, wenn aus dessen Programm der Passus, der zur politischen Organisation verpflichtete, gestrichen werde. Unter diesen Umständen liege es den anarchistisch gesinnten Arbeitern natürlich näher, sich den in der Gewerkschaftskommission vertretenen Organisationen anzuschließen. Dem Vorwurf, planmäßig und systematisch Zersplitterung der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter zu betreiben, gegenüber wurde bemerkt, daß die Centralverbände selbst in Bezirken, wo eine starke Lokalorganisation bestehe, auf Zersplitterung hingewirkt hätten. — Im weiteren Verlauf der Diskussion äußerten sich sämtliche Redner im Sinne der Ausführungen des Referenten. Das Vorgehen der Gewerkschaftskommission wurde als Vergeßwältigung bezeichnet und von ihrer Resolution wurde erklärt, daß sie auf Verdröhung der Thatfachen aufgebaut sei.

Darauf besahte man sich mit den Vorbereitungen zu den Gewerbegerichtswahlen.

Bund für Menschenrechte. Heute abend 8^{1/2} Uhr Beisitzer 10/20 I: Vortrag: Gustav Baumbach über: „Religion und Ethik“. Freie Diskussion. Eintritt für Gäste 10 Pf.

Zitterklub „Menzelshauer“ (gem. Chor). Donnerstag, den 22. September, abends 8^{1/2} Uhr, Andreastr. 3: Sitzung.

Verband der Freischüler Deutschlands (Zweigverein Berlin). Donnerstag, den 22. d. M., abends 10 Uhr, bei Weyer, Rosenhaldenstr. 67: Mitgliederversammlung. Tages-Ordnung: 1. Krankenkasse. 2. Vortrag. 3. Verschiedenes.

Wartypreise von Berlin am 20. September. Nach Ermittlungen des st. Vollz.-Präsidiums. Für 1 Doppel-Centner: Weizen**), gute Sorte 17,65—17,92 M., mittel 17,59—17,56 M., geringe 17,53—17,50 M. Roggen**), gute Sorte 13,90—13,89 M., mittel 13,88—13,87 M., geringe 13,86—13,85 M. Futtergerste**), gute Sorte 15,60—14,70 M., mittel 14,60 bis 13,80 M., geringe 13,70—12,90 M. Dales*), gute Sorte 16,50—15,70 M., mittel 15,60—14,80 M., geringe 14,70—13,90 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—25,00 M. Speldebohnen, weiße 50,00—25,00 M. Linfen 60,00—25,00 M. Kartoffeln 11,00—8,00 M. Mäfeiroh 4,82—4,00 M. Hen 0,10—0,70 M. Für 1 Kilogramm Butter 2,80—2,00 M. Eier per Schoß 4,00—2,80 M. *) Drei Hugen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 20. September. Elbe bei Hufsa — 0,42 Meter, bei Dresden — 2,03 Meter, bei Magdeburg + 0,16 Meter. — Unkrut bei Straußfurt + 0,75 Meter. — Oder bei Rathbor + 1,78 Meter, bei Dresden Ober-Bege + 5,20 Meter, bei Dresden Unter-Bege — 0,40 Meter, bei Frankfurt + 0,15 Meter. — Weichsel bei Brachmünde + 1,90 Meter. — Warthe bei Polen — 0,22 Meter. Neze bei Uß + 0,34 Meter.

Witterungsübersicht vom 21. September 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Wind-richtung	Wolkenhölhe	Beiter	Temp. n. G. in C.	Temp. in F.	Stationen	Barometer-stand mm	Wind-richtung	Wolkenhölhe	Beiter	Temp. n. G. in C.	Temp. in F.
Swinemünde	771	D	2bedekt	8	Caparanda	773	S	2beiter	7				
Danzburg	771	DRO	2halb bb.	9	Veresburg	776	SIII	—	bedekt	10			
Berlin	770	D	2beiter	7	Gort	—	—	—	—				
Frankf. a. M.	766	R	3bedekt	5	Iberdeen	771	S	2beiter	10				
München	764	D	5bedekt	3	Paris	764	NRD	2wolkenf.	5				
Wien	766	R	1bedekt	7									

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 22. September 1904. Trocken und ziemlich heiter, aber kühl bei frischen nordöstlichen Winden.



bietet die beste Garantie gegen vorzeitige Abnützung der Wäsche. Absolut frei von scharfen Bestandteilen, hergestellt aus den besten Grundstoffen nach dem vollkommensten Fabrikationsprozesse, unerreich an Milde und Reinigungskraft ist sie der beste Freund der sorgsamem Hausfrau. Sunlight-Seife schützt den Schatz des Hauses — den Wäschebestand. Die Hände der Waschfrau bleiben unverseht und weich. Im Gebrauch sparsam, in der Wirkung wunderbar, ist sie die billigste Haushaltungsseife.

